Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik
4,50 € Nr. 12 – Winter/Frühjahr 08

FANTÔMAS

MAGAZIN FÜR LINKE DEBATTE UND PRAXIS

Neues Soziales Kapital

Neoliberalismus Light?
Charity, Gemeinsinn, unternehmerisches Selbst

Ost goes West
Partizipation, Exklusion, Integration

Kapital und Armut
China, Russland, Argentinien

Nach Heiligendamm
Sozialforum, Campaigning, linke Intervention



Neues soziales Kapital?

Fantômas 12

Wenn wir FreundInnen und Bekannten vom Titel der aktuellen *Fantômas* berichteten, fielen die Reaktionen unterschiedlich aus. „Interessant", bemerkten die einen, „Ach, Bourdieu" die nächsten und „Wie jetzt?!" die anderen. Wir haben uns nicht irritieren lassen und das Heft wie geplant produziert. Dabei wurde uns die Brisanz der vor fast einem Jahr entwickelten Themenidee erst während der eigentlichen Produktion bewusst, das heißt: als alle Beiträge vor uns lagen. Zwischenzeitliche Zweifel, ob wir mit unserer Fragestellung zu früh, zu spät oder überhaupt ganz falsch liegen, sind seither ausgeräumt: Die in diesem Heft vorgelegten Texte zeigen deutlich, dass wir mit unserem Titel – Neues soziales Kapital – zum richtigen Zeitpunkt richtig liegen. Mit einer Einschränkung: Obwohl wir das Spiel mit Worten, Mehrfachbedeutungen und Hintersinnigkeiten lieben, müssen wir just jene Erwartung enttäuschen, die mit dem Ausruf „ach, Bourdieu" verbunden war: Kein Artikel zur Soziologie Pierre Bourdieus, zu seinem so prägnanten Begriff des sozialen Kapitals, obwohl alleine der ein ganzes Heft verdient hätte. Allerdings nehmen wir diese Entschuldigung gleich schon wieder halb zurück: Um soziales Kapital im Sinne der Möglichkeit, durch die gezielte Verbindung mit anderen Anpassungs- und/oder Widerstandskräfte zu multiplizieren, dreht sich nämlich das ganze Heft.

Soziales Kapital also, und dann noch die Frage, ob es neu ist. *Kapital* steht zunächst für Kapitalismus und damit für die andernorts aufgeworfene Frage, welcher „Geist" den Kapitalismus derzeit beherrscht. Unser Eindruck war und ist, dass dieser Geist seit geraumer Zeit mindestens wankelmütig ist, vielleicht sogar desorientiert. Einerseits. Andererseits in seinen konkreten Praxisformen brutaler denn je. Die allzu einfachen Neoliberalismus-Erklärungsformeln, die noch nie wirklich stimmten, stimmen jetzt erst recht nicht. Offenbar bricht sich die materielle und ideologische Auflösung der Gesellschaft in den Markt, der Menschen in „Unternehmersubjekte" und des Globus in eine homogene, vom Turbo-Kapitalismus glattgezogene Zone inzwischen in so deutlicher Weise in den sozialen Erfahrungen der Leute, dass sich in der Fassade der vermeintlichen Alternativlosigkeit des globalen neoliberalen Projekts Risse auftun; spürbar und sichtbar nicht nur in Heiligendamm 2007. Diesen Eindruck stellen wir zu Beginn unseres Heftes in einem ausführlichen Gespräch mit **Alex Demirovic**, **Angela Klein** und **Peter Birke** zur Debatte: Wiederkehr des Sozialen, Krise des Neoliberalismus? Einen Konsens erzielen wir am Ende schon deshalb nicht, weil wir es darauf gar nicht anlegten. Dass wir uns gegenwärtig in einer Situation des „Nicht mehr" und „Noch nicht" befinden, liegt dennoch auf der Hand, ebenso wie die Tatsache, dass es jetzt und in Zukunft erst recht darauf ankommt, mehr von den alltäglichen sozialen Kämpfe zu verstehen, damit sich die diagnostizierte „kritische Stimmung" absehbar tatsächlich in gegenschlagkräftige emanzipatorische Politik übersetzt.

Unter der Überschrift **Kapitalisierung des Sozialen** untersuchen wir im ersten Teil des Heftes eine eigenartige Konstellation: In dem Maße, in dem sich das Kapital selbst den Auftrag erteilt, durch marktgerechte Herstellung von *Charity* endlich die sozialen Probleme zu lösen, an deren Bewältigung der Sozialstaat schon immer gescheitert sei, wird die für den Neoliberalismus fundierende Denkfigur der vollständigen Auflösung des Sozialen im Markt einerseits durchkreuzt, andererseits bestätigt: **Miriam Edding** berichtet davon. Ähnliches gilt für die ideologische Zentralfigur des Neoliberalismus, das unternehmerische Selbst. **Stefanie Graefe** diagnostiziert das *Burnout* dieser Figur; eine Krise, die durch Anreicherung mit sozialem Sinn ohne Einschränkung des Verwertungsimperativs therapiert werden soll. Postsoziale Sozialpolitiken, also die Mobilmachung des Gemeinsinns durch Sozialtechnokratie, Krippenplatz-Debatten und „Freiwilligenkultur" legt **Erika Feyerabend** auf den Seziertisch. Und **Moe Hierlmeier** zeigt, wie die Bertelsmann Stiftung hierzulande das in Porto Alegre erprobte Konzept des partizipativen Bürgerhaushalts einsetzt – zur Abschöpfung kreativer Ressourcen, für die Privatisierung kommunaler Politik.

Unter neoliberalem Regime wird der für Lohn, Preis und Profit entscheidende Widerspruch von Kapital und Arbeit zunehmend durch den von **Kapital und Armut** überformt. Deshalb wendet sich der zweite Teil des Hefts unter diesem Titel den repressiven Strategien zu, mit denen das Kapital noch und gerade die Armen produktiv zu machen sucht. **Rainer Land** zeichnet nach, wie in der Regulation der „Überflüssigen" der Westen vom Osten lernt. **Boris Kagarlizkij** zeigt, wie wunderbar in Putins Russland seit nunmehr acht Jahren autoritär-paternalistische Verarmungspolitik und knallharter Marktradikalismus harmonieren. In der globalen Freihandelspolitik der EU kann von fürsorglichem Paternalismus keine Rede sein. Wie die Euro-Bürokratie die Macht des schrankenlosen Zugriffs transnationaler Konzerne auf den Rest der Welt sichert, erklärt **Frauke Banse**.

Die Beiträge im letzten Teil des Hefts thematisieren „soziales Kapital" in seiner wichtigsten Bedeutung. Sie werfen Spotlights auf Bewegungen, die in der einen oder anderen Weise auf eine **Sozialisierung des Kapitals** zielen, wobei dieser Begriff langfristig bekanntlich die Vergesellschaftung der kapitalistischen Privatwirtschaft anvisiert. Uns interessiert unter dieser Überschrift hier die kurz- und mittelfristige Perspektive, also die Stärkung, Vernetzung und Neuzusammensetzung antineoliberaler sozialer Bewegungen. Im Blick zurück auf die Protestwoche von Heiligendamm skizziert **Thomas Seibert** eine „Phase zwei" der Globalisierungskritik, in der das Verhältnis von Parteien und Bewegungen und von moderaten und radikalen Linken neu zu bestimmen sein wird.

Jochen, Anna und Stefan vom **Fürther Sozialforum** berichten von erfolgreichen lokalen Kämpfen gegen ARGE-Ausgrenzung und Privatisierungspolitik. **Anton Kobel** fordert Gewerkschaften auf, sich die Kampagnen gegen Schlecker und Lidl zum Vorbild und ihre gesellschaftliche Verantwortung endlich ernst zu nehmen. **Nora Sausmikat** zeichnet die politischen Diskussionen chinesischer Intellektueller nach. **Anne Tittor** berichtet, wie die Geschichte der *Piquetero*-Bewegung nach den inzwischen sechs Jahre zurück liegenden Revolten im post-neoliberalen Argentinien weitergegangen ist. **Petra Gerschner** und **Michael Backmund** stellen den Künstler **Josef Kleine** vor. Der Bildteil in diesem Heft ist gestaltet mit Fotografien aus Kleines Arbeiten *Auf Augenhöhe* und *Historische Pflaster.*

Dass *Fantômas* 12 in neuem Layout erscheint, haben wir zwei Frauen zu verdanken: **Andrea Schuldt**, die das Konzept entworfen, und **Renate Möller**, die es umgesetzt hat.

Das Wichtigste am Schluss: Der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. als Herausgeber der Monatszeitung *ak – analyse & kritik* und das Halbjahresmagazin *Fantômas* braucht Geld. Viel Geld. Zusammen 25.000 Euro. Nur so können wir unsere inhaltlich gehaltvolle, materiell aber äußerst prekäre Arbeit auch im nächsten Jahr fortsetzen. Also spendet bitte reichlich auf dieses Konto: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Kontonummer 13150204, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20. DANKE!

Der Unmut der Vielen

Muss Neoliberalismus „sozial" werden? Ein Gespräch mit Peter Birke, Alex Demirovic, Stefanie Graefe und Angela Klein

„Die Reichen retten die Welt", titelte der Spiegel *: Nicht Geiz, soziales Unternehmertum ist geil. Götz Werner füllt mit der Forderung nach Grundeinkommen landauf landab die Säle, die bundesdeutsche Familienministerin appelliert an die staatliche Verantwortung für die Aufzucht des nationalen Nachwuchs und „bürgerschaftlich engagiert" sollen sowieso alle sein. Nicht nur Linke registrieren Anzeichen eines Stimmungswandels. Was das alles miteinander zu tun hat? Vielleicht doch immerhin dies: Das Soziale lässt sich offenbar nicht mehr so einfach aus dem politischen Diskurs heraushalten und unter Verweis auf die sich aus der Globalisierungsdynamik ergebenden „Sachzwänge" erledigen wie noch vor einigen Jahren. Was nicht heißt, staatliche Politiken seien tatsächlich „sozialer" geworden, im Gegenteil: Zu übertriebenem Optimismus gibt es keinen Anlass, wohl aber dazu, den Eindruck einer „Wiederkehr des Sozialen" im herrschenden politischen Diskurs und auf der Straße genauer zu hinterfragen. Der folgende Beitrag ist das Ergebnis eines per Email erfolgten Austauschs, den wir hier in Form einer Gesprächscollage neu arrangiert haben.*

Stefanie Graefe (SG): Wenn wir unser Heft „Neues soziales Kapital" nennen, dann interessiert uns, die *Fantômas*-Redaktion, mit welcher Art von Veränderung wir es derzeit zu tun haben. Lässt sich tatsächlich von einer „Wiederkehr des Sozialen" sprechen? Und falls ja – wäre diese „bloß diskursiv" oder auch als Indiz einer Verschiebung von Kräfteverhältnissen innerhalb des neoliberalen Regimes zu deuten? Auf globaler Ebene spräche für eine solche Annahme beispielsweise auch die diversen Abwahlen neoliberaler Regierungen in Lateinamerika. Allerdings: Wenn wir diese Frage stellen, dann geht es uns *nicht* darum zu behaupten, „der" Neoliberalismus sei jetzt an sein Ende gekommen. Dennoch vermuten wir, dass sich tatsächlich a) „etwas" verändert hat und b), dass diese Veränderung *auch* eine Antwort auf die verschiedenen lokalen, regionalen und globalen sozialen Kämpfe der letzten Jahre ist. Kurz und gut: Ich möchte euch um eine erste Einschätzung zur Sache – „Neues soziales Kapital" – bitten.

Alex Demirovic (AD): Die Diskussion über soziales Kapital oder Ehrenamt erscheint mir kein Zeichen für etwas Neues. Sie wird meiner Wahrnehmung nach seit Anfang der 1990er Jahre geführt und zielt auf bürgerschaftliches Engagement und Selbsttätigkeit. Von der rot-grünen Bundesregierung wurde schon in der ersten Regierungsperiode eine Enquete-Kommission eingerichtet, die sich mit Fragen zivilgesellschaftlichen Engagements befasst hat; ebenso wurde unter Walter Riester zum ersten Mal ein Armutsbericht vorgelegt. Das alles geschah parallel zu einer Steuergesetzgebung, die zu massiven Umverteilungen von unten nach oben beitrug. In der zweiten Legislaturperiode von Rot-Grün wurden dann die Vorschläge der Hartz-Kommission durchgesetzt. Sie insbesondere stehen in einer breiten Wahrnehmung für neoliberale Hegemonie. An solchen Diskussionen würde ich die Wiederkehr des Sozialen also nicht festmachen wollen. Aber es gibt sicherlich Veränderungen, die sich in den zahlreichen Demonstrationen, der Gründung der Wahlalternative, deren Fusion mit der Linkspartei zeigen. Unter dem Druck von Protesten kommt es zur Einrichtung von branchenspezifischen Mindestlöhnen, über die Anhebung der Mindestsätze bei Hartz IV oder die Verlängerung des Arbeitslosengeldes wird nachgedacht. Gegenüber den gewaltigen Umverteilungen der vergangenen Jahre durch Reallohnverluste und steuerliche Begünstigungen von Unternehmen und Reichen ist das in der Bilanz wenig. Es zeigt aber, dass eine lange politische Phase des Aussitzens, wie sie die Regierungen Kohl und Schröder/Fischer praktiziert haben, nicht mehr so einfach fortzusetzen ist. Anzeichen für solche Veränderungen gibt es auch anderswo: In Kalifornien verfolgt Schwarzenegger das Ziel einer einheitlichen Krankenversicherung, die niederländische Regierung gibt sich neuerdings sozial und bemüht sich, die Situation von im besonderen Maße von Arbeitslosigkeit betroffenen Quartieren zu verbessern. Doch gleichzeitig gibt es gegenläufige Tendenzen in Frankreich, Italien oder Griechenland: späterer Renteneintritt, Einschränkung des Streikrechts …

Peter Birke (PB): Ich denke nicht, dass es richtig ist, von „einer Verschiebung des Diskurses" zu sprechen. Denn die eingangs erwähnten Formen, das Soziale wieder ins Gespräch zu bringen, sind zumindest in der Bundesrepublik, in Westeuropa und den USA, nicht wirklich neu. Vielleicht ist das in Lateinamerika anders, auf jeden Fall spielen in Venezuela oder Argentinien vor dem Hintergrund der massiven sozialen Bewegungen der letzten zehn Jahre ganz andere Fragen eine Rolle. Für die Situation hier gilt aber, dass das Gegensatzpaar neoliberaler Block/soziale Verantwortung stets miteinander verbunden war und immer noch ist. Gerade die bundesdeutschen, versicherungsbasierten und damit vom Lohneinkommen abhängigen Sozialsysteme können und konnten ohne diese Dialektik doch gar nicht existieren. „Das Soziale" war und ist mit dem nach Geschlecht und sozialer Herkunft und im Rahmen des Migrationsregimes hierarchisierten Zugang zum Arbeitsmarkt verknüpft. Deregulierung, Flexibilisierung und Individualisie-

rung setzen systematisch an diesen Hierarchien an. Soziale Bewegungen zerbrechen auch an dieser Hierarchisierung, das letzte Beispiel dafür war die Bewegung gegen die Hartz-IV-Gesetze, in der sehr viele unterschiedliche Interessen und soziale Situationen aufeinandertrafen. Da war es schon ein Unterschied, ob man in der ehemaligen DDR oder in Westdeutschland kämpfte, gegen das Asylbewerberleistungsgesetz oder gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe als Versicherungsleistung. Das (vorläufige) Scheitern der Bewegung lag auch darin, dass diese Unterschiede nicht wirklich diskutiert und miteinander in Beziehung gebracht wurden.

Diskurs und Kräfteverhältnis

Angela Klein (AK): Was mich an der Fragestellung stört, ist, dass sie auf den Diskurs starrt – besser: aus einer schlichten Gegenüberstellung von Reden und Handeln ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis abzuleiten versucht. Demnach gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder das Handeln ist gleich geblieben und es hat sich „nur" der Diskurs geändert – eine Konstellation, die Politiker selten durchhalten –, oder es hat sich beides geändert. Dass Letzteres des Fall ist, lässt sich unschwer belegen: Beispiel Mindestlohn, Beispiel Debatte über die Regelsätze beim ALG II und die Anhebung des ALG I, Beispiel Elterngeld. Daraus allerdings zu schließen, dies sei Ausdruck eines veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das ein „sozialeres Handeln" erzwungen habe, kann man nur, wenn man die zur Diskussion stehenden Maßnahmen nicht genau unter die Lupe genommen hat. Zu Recht nämlich ist die Wahrnehmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung eine gänzlich andere: Sie verspürt nichts von einem sozialeren Handeln und einem Aufschwung ihrer materiellen Existenz. Vielmehr klagt sie, der Aufschwung der Konjunktur würde bei ihr nicht ankommen. Die Wirtschaft brummt, die Gewinne explodieren und trotz gleich bleibend scharfer internationaler Lohnkonkurrenz sinken die Arbeitslosenzahlen. In der vorherigen Phase rückläufiger Konjunktur hatte Kanzler Schröder den Menschen erklärt: Wir müssen alle gemeinsam eine Kraftanstrengung machen, um aus der Krise heraus zu kommen. Einige Großunternehmen konnten mit Blick auf die schlechte Konjunktur ihre Beschäftigten sogar dazu überreden, so genannte Beschäftigungssicherungsabkommen abzuschließen: Lohnverzicht üben gegen das Versprechen, dass die Unternehmen umso mehr drauflegen, wenn die Konjunktur wieder anzieht. Nun zieht sie an, und die Reallöhne ziehen nicht mit. Das empfindet die Bevölkerung als zutiefst ungerecht. Das Rätsel mit dem veränderten Diskurs löst sich also auf, wenn man nicht wolkige Kategorien wie „den Neoliberalismus" oder „den hegemonialen Diskurs" bemüht, sondern anerkennt, dass die Regierung Merkel unter anderen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen arbeitet als die Regierung Schröder: a) Wirtschaftsaufschwung, b) große Koalition.

SG: Was die zu einfache Gegenüberstellung von Diskurs und Handeln angeht – d'accord. Auf der anderen Seite stört mich an deiner Sichtweise, dass darin einzig makroökonomische („Aufschwung") oder -institutionelle Faktoren („Regierungswechsel") soziale Veränderungsprozesse auslösen. Handeln, Fühlen und Denken der Menschen scheinen vollständig durch diese determiniert. Geht man davon aus, dass es auch hier keinen einfachen, von „oben" oder „der Konjunktur" produzierten Ursache-Wirkungs-Zusammenhang gibt, dann haben wir durchaus noch zu entscheiden, ob die Tatsache, dass die Regierung Merkel offenbar gezwungen ist, auf die veränderte Stimmungslage in der Bevölkerung zu reagieren, nichts mehr ist als ein weiteres Indiz für die Schwäche der „Lohnabhängigen" (und was ist überhaupt mit all denjenigen, die das schon gar nicht mehr sind?) oder nicht *auch* Indiz einer Legitimationskrise der neoliberalen Ideologie. Eine Krise, deren weiterer Verlauf, wie der jeder Krise, in alle Richtungen offen ist.

AK: Hm. Dass die Frage, ob die Konjunktur brummt, die Arbeitslosigkeit – wie auch immer – sinkt, und eine Regierungskoalition am Werk ist, geformt von zwei Parteien, die sich beide als Volksparteien verstehen und entsprechende Rücksichten nehmen müssen, eine wesentliche Rahmenbedingung für eine Massenstimmung ist, wird man kaum leugnen können. Von „determinieren" war nicht die Rede. „Determinieren" würde nämlich heißen, dass dieser Umstand sich eins zu eins in Massenstimmung übersetzt. Das tut er aber gerade nicht, sondern er provoziert eine so genannte „Linksverschiebung" in der breiten öffentlichen Meinung. Die Leute sind halt nicht blöd und merken, dass die positiv veränderten Rahmenbedingungen nicht ihnen, sondern mal wieder den Kapitaleignern zugute kommen: Korrekturen an früheren „Reformen" gibt es nur, wenn sie nichts kosten. Wenn die 30 wichtigsten Dax-Konzerne ihren Aktionären in diesem Herbst einerseits siebenundzwanzig Milliarden Euro ausschütten, und andererseits die drei Milliarden Euro Überschuss, die die Bundesagentur für Arbeit auf Kosten der Arbeitslosen gemacht hat, für tabu erklärt werden – dann geht Otto Normalverbraucher das Messer in der Tasche auf.

Legitimationskrise neoliberaler Hegemonie?

AD: Ja, das ist richtig. Die Gewinne einer Vielzahl von Unternehmen liegen seit Jahren weit über dem Durchschnitt des wirtschaftlichen Wachstums. Von einer allgemeinen Krise kann deswegen auch nicht die Rede sein. So kommt man schnell auf ein Dauerproblem in den Analysen der marxistischen Linken: entweder geht es um den idealen Durchschnitt der kapitalistischen Verhältnisse, also das, was sich bei allen Veränderungen durchhält, oder aber zeitdiagnostisch um das aktuelle Moment, mit dem die Gefahr der Überverallgemeinerung verbunden ist. Aus meiner Sicht geht es darum, die Geschichtlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise selbst zu denken, also ihre ständige Transformation, ihren selbst revolutionierenden Charakter. Wir können also versuchen, aktuelle Konstellationen zu bestimmen, durch die sich auf erweiterter Stufenleiter und in einer konkreten Form die kapitalistischen Verhältnisse reproduzieren.

Was die Verschiebung im „hegemonialen Diskurs des Neoliberalismus" angeht: Ich meine, dass der Neoliberalismus eine politische Strategie ist, die keine Hege-

monie hat, weil sie gar nicht auf Hegemonie zielt. Hegemonie meint doch, dass eine herrschende Klasse ihre Interessen verallgemeinert, indem sie auf bestimmte eigene Interessen verzichtet und solche der subalternen Gruppen aufnimmt. Der Neoliberalismus seit den 1980er Jahren ist eher eine Strategie der Zerstörung vorhandener Kompromissgleichgewichte: Umbau des Sozialsystems, Schwächung oder Zerschlagung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, Entrechtung der Lohnabhängigen, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Reorganisation der Wirtschaft zugunsten global operierender Unternehmen. Dabei wird auch geprüft, ob die Kosten, die ein Kompromiss mit sich bringt, wirklich aufgebracht werden müssen oder ob es nicht ausreicht, die Bereitschaft zur Unterwerfung durch den beredten stummen Zwang der Verhältnisse herzustellen: Arbeitslosigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Selbstvorsorge, Arbeitszeitverlängerungen, Leistung und Elite, Herstellung einer Kultur der Angst. In einem großen Umfang waren die liberalen Konzepte erfolgreich – nicht im Sinne einer aktiven Unterstützung, sondern in einer passiven Hinnahme vieler politischer Entscheidungen in der Bevölkerung. Das will ich nicht als Hegemonie bezeichnen – eine Form von Herrschaft unter wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen –, sondern als eine neue Machttechnologie der Dominanz und Ideologisierung des Ökonomischen betrachten.

Gespaltene Klassen, verstreute Kämpfe

AK: Weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben, ist die Stimmung in der Bevölkerung inzwischen umgeschlagen. Deshalb kann die Regierung Merkel nicht den Diskurs der Regierung Schröder wiederholen. Sie muss auf die veränderte Stimmung eingehen, von sozialer Gerechtigkeit schwafeln und von Teilhabe am Aufschwung, auf die jeder ein Anrecht habe. Der Diskurs darf auch nicht in krassem Widerspruch zu den Maßnahmen der Regierung stehen, sonst wird er unglaubwürdig. Im Ergebnis sucht die Regierung Merkel nach Maßnahmen, die scheinbar auf die Stimmung in der Bevölkerung eingehen, die möglichst wenig bis nichts kosten und die die Spaltung innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen weiter vorantreiben. Sozial ist an dieser Regierung gar nichts. Im Gegenteil: Sie schafft es zu verhindern, dass die unteren Einkommen von einem beispiellosen Reichtum, der derzeit in die Kassen geschwemmt wird, irgendetwas haben. Das ist die Kunst ihrer Politik.

AD: Neben den sich aufdrängenden gesellschaftlichen Problemlagen und Protesten sollte die Dynamik des Kapitalverhältnisses nicht aus den Augen verloren werden. Dies bewegt und erhält sich nur durch Schwankungen hindurch. Einerseits möchte es den Anteil der Lohnarbeit auf ein denkbar niedriges Niveau begrenzen (Menge der Arbeitskräfte, Qualifikation, Löhne). Andererseits kommt es zu Abwanderung von Wissenschaftlern und Fachkräften, es fehlen je nach Region in zahlreichen Branchen die Fachkräfte, so dass Unternehmen die entstehende Nachfrage nicht bedienen können. Es gibt also Gegentendenzen. Dies könnte durchaus eine weitere Ursache dafür werden, dass die neoliberale Strategie mit einem gewissen Maß an Konsenselementen kombiniert wird.

PB: Es ist zu ungenau und zu mechanisch, die vorgeblich schlechte „Stimmung in der Bevölkerung" anzuführen, die es scheinbar erzwingt, dass die „Politik Konsenselemente einführt". Auch die politischen Setzungen, die im Rahmen der Hartzgesetze wichtig waren, haben ja „Konsenselemente" enthalten. Subsidiarität, mehr Selbstverantwortung, Aktivierung – das war ein europaweiter Trend, der vorgab, eine Alternative gegenüber der „reinen" neoliberalen Politik zu bieten, die durch die Sozialproteste der 1990er an ihre Grenzen geraten waren. Selbst das Argument, dass ALG II eine Art „Grundsicherung" sei, wurde vor fünf Jahren bereits ins Feld geführt. Mit dem Stichwort „Sozialabbau" alleine lässt sich diese Politik nicht hinreichend beschreiben. Es war vielmehr eine Politik, die an den Wunsch der Einzelnen appellierte, sich zu beteiligen, aktiv zu sein. Die linke Kritik des staatlich verordneten Sozialen, die die Revolten und sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre mit Forderungen nach Selbstverwaltung, Selbstorganisation und Autonomie prägte, taucht in dieser Politik wieder auf, wenn auch auf den Kopf gestellt. Denn die Politik der Aktivierung fordert(e) letztlich noch mehr Hingabe an die Lohnarbeit, noch mehr soziale Entrechtung und noch mehr Repression. Mich interessieren insbesondere die Punkte, an denen dieses Aktivierungs-Dispositiv heute immer weniger greift. Inzwischen haben die Leute selbst hierzulande langsam genug, es kommt jeden Tag zu neuen, wenn auch außerordentlich verstreuten Arbeitskämpfen, das Thema Prekarität ist zumindest eine zeitlang Feuilleton-tauglich gewesen. Alles in allem sieht es nach einer Situation des Noch-nicht aus, in der das Alte in der Krise ist und etwas Neues noch nicht auf den Weg gebracht werden kann.

Die philantropische Wende

SG: Relativ unklar scheint mir bisher zu sein, worüber wir eigentlich sprechen, wenn wir „das Soziale" sagen. Meiner Meinung nach ist das Soziale mindestens doppelt bestimmt: als politisches Konstrukt einerseits, als tatsächlich und unter anderem sich in sozialen Bewegungen und politischen Protestformen artikulierendes Alltagsleben andererseits, wobei sich beide Ebenen wechselseitig formen und verändern. Was mir offensichtlich scheint, ist die Verschiebung auf der ersten, der „politisch-konstruktiven" Ebene: Wer von Politik oder auch Wachstum, Aufschwung, Standort spricht, kann, so scheint es, vom Sozialen nicht schweigen. Gleichzeitig vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein besonderes Engagement irgendeines besonderen Menschen medial zur Schau gestellt wird ...

AD: Wenn in solchen Darstellungsformen das Soziale wiederkehrt, dann handelt es sich dabei selbst um „verkehrte" Formen rationaler Probleme:

a) Philanthropisch. Ein Beispiel: Veronica Ferres unterhält eine – sicherlich steuerlich unterstützte – Stiftung, die über den sexuellen Missbrauch von Mädchen aufklären will. Dies will die Schauspielerin tun, weil der Staat da zu wenig tut.

b) Religiös. Auch die katholische Kirche äußert sich kritisch zum Kapitalismus. Sie ist bemüht, im Namen der Fürsorge für die

Elenden eine Rückkehr zu der Zeit vor der modernen Wissenschaft, autonomen Kunst, einheitlichen Kirche und kapitalistischen Wirtschaft zu propagieren. Eine Konsequenz dieser Beispiele: Das Soziale ist ein fragwürdiges Konstrukt, das seit seiner Entdeckung im 19. Jahrhundert der Befriedung der gefährlichen Klassen, der Prävention von sozialen Unruhen dient.

SG: Ich glaube nicht, dass die gegenwärtige „philanthropische" Tendenz dasselbe ist wie die rot-grün-neoliberale Politik der Aktivierung selbstverantwortlicher BürgerInnen, die bei Versagen der Selbstverantwortung gegebenenfalls Hartz-IV-EmpfängerInnen werden. Das Prinzip von „Gerechtigkeit", was in letzterer aufgerufen wurde, ist das Grundprinzip des Homo Oeconomicus: Handle wirtschaftlich, koste wenig und arbeite viel, dann liegst du der Gemeinschaft auch nicht auf der Tasche, und wenn alle das beherzigen, dann gibt es eine schöne Chancengleichheit, und mehr ist auch nicht drin. In diesem Modell sind stehen vor allem die Marginalisierten unter Rechtfertigungs- und Anpassungsdruck. Wenn Veronica Ferres nun eine Mädchen-Stiftung gründet oder Bill Gates sich aufmacht, das AIDS-Problem in Afrika zu lösen, dann tun sie das aus einer Art sozialer Selbstverpflichtung der Reichen und Prominenten den Armen und Misshandelten gegenüber. Dass man das nicht verklären sollte, versteht sich. Es handelt sich dabei um eine moralische Akkumulation von symbolischem Kapital, die vor allem eine performative Bekräftigung der Kluft zwischen herrschenden Eliten und Rest der Welt ist.

AD: Ich verstehe die philanthropischen Akte nicht ideologiekritisch als eine moralische Strategie zur Akkumulation von symbolischem Kapital, sondern durchaus als ernst gemeinte zivilgesellschaftliche Bemühungen, Krisentendenzen mit bürgerlichen Mitteln zu korrigieren, also Aufspaltungen der Gesellschaft und Abspaltungen zu verhindern, also als eine besondere Macht- und Herrschaftsstrategie. Die SPD und die große Koalition haben auf die Proteste und die Existenz einer linken Konkurrenz zu SPD und Grünen reagiert. Die Unternehmensmitbestimmung wurde, anders als von CDU/CSU und FDP geplant, nicht angetastet, das Arbeitslosengeld für Ältere soll verlängert werden, eine Erhöhung von Hartz IV ist im Gespräch. Das verweist auf eine gewisse Unruhe …

Ökonimisierung des Sozialen, Ökonomie der Angst

PB: … auf die nicht erst die große Koalition reagiert. Über mögliche Versuche der Re-Regulierung und die Frage, wie diese aussehen könnten, haben wir vor fast zehn Jahren schon einmal gesprochen – in einer Zeit, in der es um die Ablösung der Regierung Kohl ging, auf der Grundlage von Massenprotesten unter anderem gegen die Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Was dann als „aktivierender Sozialstaat" durchgepaukt wurde, war bereits eine Form, anders über „das Soziale" zu sprechen. Sozialpolitik erstens zunehmend einer ökonomisierten Logik unterworfen. In diesem Zusammenhang kam es zu einer umfassenden Delegation der Verantwortung für das eigene Schicksal bei Krankheit, Erwerbslosigkeit oder Wohnraummangel in die vereinzelten Individuen. Zweitens konnte auch diese Politik nicht auskommen, ohne auf eine moralische Kategorie der „Gerechtigkeit" zu verweisen. Dieser zweite Aspekt wird oft übersehen, aber er ist entscheidend, wenn wir die Sozialpolitik des letzten Jahrzehntes nicht alleine als Repräsentation neuer Strategien der herrschenden Klassen, sondern *auch als Antwort* auf die sozialen Kämpfe seit Mitte der 1990er begreifen wollen.

AK: Sicher ist: Die Lohnabhängigen haben sich in den letzten beiden Aufschwungjahren nicht das zurückgeholt, was sie in der vorherigen Phase der Rezession verloren hatten. Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis hat sich für sie verschlechtert. Warum? Ab und an lohnt ein Blick in die Wirtschaftspresse. Die Unternehmer zeigen sich dort unzufrieden, weil „ausgerechnet" die Regierung Merkel den „Reformkurs", der unter Schröder so schwungvoll begonnen hat, abbremst. In den Spalten etwa der *Financial Times Deutschland* wird darüber diskutiert, warum das so ist. Ein kluger Kommentator kam dabei zu folgender Erkenntnis: Es sei ein Irrtum zu meinen, Phasen guter Konjunktur seien für Reformen (im Sinne der Kapitaleigner) günstig, weil die Menschen ihre Folgen dann weniger spürten. Das Gegenteil treffe zu. Geht es mit der Wirtschaft bergab, kann man den Menschen mehr zumuten, weil es dann insgesamt weniger zu verteilen gibt. Die günstigsten Bedingungen für drastische Einschnitte ins soziale Netz sind demnach Phasen wirtschaftlicher Depression. Dann kann man mit der Angst regieren. In Phasen des Booms ist eine Ökonomie der Angst nicht möglich. Und wie man mit der Angst regiert, das erprobt derzeit Innenminister Schäuble auf anderem Terrain …

PB: Es gibt sowohl eine Ökonomie als auch eine Politik der Angst. Aber anders als du, Angela, gehe ich nicht davon aus, dass diese erst jetzt erprobt wird. Sie setzte bereits in den frühen 1990er Jahren ein, als Substitution des Kalten Krieges, setzte sich über 9/11, das Aufkommen rechtspopulistischer und rassistischer Parteien fort, und sie war auch in der Politik von New Labour verankert. Insofern ist die Angst sowohl im Boom als auch in der Rezession durchgehend Teil des politischen Kampfes gewesen. Wenn du sagst, dass „in Phasen des Booms eine Politik der Angst nicht möglich ist", dann reproduzierst du unbeabsichtigt ein Bild des „Goldenen Zeitalters", das heißt die Vorstellung, dass die Liberalisierung der Bundesrepublik wesentlich ein Resultat des Booms gewesen sei. Aber tatsächlich war der Kampf um individuelle und kollektive Freiräume auch historisch offen. Dass die Verhandlungsmacht der LohnarbeiterInnen zeitweise relativ günstig war, hat nichts daran geändert, dass die politische Macht von den Herrschenden gegebenenfalls mit einer „Politik der Angst" und auch durch offene Gewalt verteidigt wurde. Eine Eskalation repressiver Politik ist nichts Neues, es ist sowohl Option als auch Praxis, die in den 1960er und 1970er Jahren ebenso existierte wie heute. Wir sollten eine Mentalität zu vermeiden, die sich immer wieder dafür rüstet, in das „letzte Gefecht" zu ziehen, wo doch der Widerstand gegen Schäuble&Co. nicht nur Mut, sondern auch Geduld fordert.

Der stumme Zwang der Verhältnisse

AD: Was die Seite der Unternehmen angeht: Ob die sich durch die Proteste unter Druck gesetzt fühlen, ist schwer zu beantworten, mein Eindruck ist, dass wir vom Management, seinen Diskussionsprozessen und Konflikten zu wenig wissen. Allgemeiner lässt sich sagen, dass Unternehmen generell ein bestimmtes Maß an Vertrauen in der Gesellschaft organisieren müssen – darauf hat schon Gramsci in den *Gefängnisheften* hingewiesen. Denn sie kontrollieren den gesellschaftlichen Produktionsapparat, von dem in einigen Hinsichten die Reproduktion des Lebens aller abhängt. Da es sich um Privateigentum handelt, entscheiden aber nicht alle mit, sondern nur die Eigentümer oder – im Fall von Aktiengesellschaften – relevante Eigentümergruppen. Es bedarf also der Zustimmung all derjenigen, über die verfügt wird. Eine Strategie, Konsens zu erhalten, ist, dass Unternehmen gesellschaftliche Selbstverpflichtungen eingehen, sich selbst als Bürger (!) betrachten. Dies veranlasst sie zu allgemeinwohlorientierten Spenden, zur Gründung von Stiftungen. Das ist auch nicht immer zum Vorteil der BürgerInnen (man denke an die Bertelsmann Stiftung, an die Lenkung der Lehrangebote in den Hochschulen). Wichtiger ist, dass die Unternehmen Gewinne machen müssen. Zugeständnisse auf betrieblicher Ebene, um diese Gewinne zu steigern, wurden – so beobachtete Klaus Dörre – seit den späten 1990er Jahren wieder zurückgenommen. Grund dafür war die Sorge des Managements, dass eine zu starke Partizipation zu Forderungen nach Demokratisierung der Unternehmensstrukturen bis hin zur Infragestellung der Notwendigkeit eines Managements selbst führen könnte. Gewonnene Spielräume der Lohnabhängigen wurden vielfach wieder eingeschränkt mit Hilfe des „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse“. Und der Neoliberalismus ist die praktische Ideologie dieses stummen Zwangs. Sie erlaubt, auf internationale Wettbewerbsbedingungen hinzuweisen, die Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen zu nutzen und bestehende Verhältnisse zu deren Nachteil zu verändern. Das Modell einer Legitimationskrise erscheint mir für eine Analyse des Neoliberalismus deshalb nur bedingt zu passen. Legitimationskrise heißt, erhobene Ansprüche mit der Realität zu vergleichen und ihre Verwirklichung einzuklagen (also Gleichheit oder Freiheit). Im Fall des Neoliberalismus ist dies ambivalent. Er verspricht Freiheit, wird diese verwirklicht, dann meint dies, dass alle sich unternehmerisch verhalten; im Fall der Gleichheit kommt es zu einer Bewertung der Risiken und zur Feststellung von Ungleichheit hinsichtlich vieler Risiken. Allerdings wäre es denkbar, dass nach den jetzigen und langfristigen Kosten der neoliberalen Zerschlagung gesellschaftlicher Kompromisse gefragt wird. Aber das sehe ich bislang nicht.

In einer anderen Zeit angekommen?

PB: Ich bin skeptisch, wenn du, Alex, den Neoliberalismus als „Strategie der Zerstörung“ – also im Gegensatz zu der Hegemonie-Politik des Fordismus – charakterisierst. Diese Setzung enthält die Vorstellung, dass ein Hegemonie-System das andere ablöst und wir uns in einer langen und offenen Übergangsphase befinden. Dagegen zeigt sich meines Erachtens in den aktuellen sozialen Bewegungen und Kämpfen, wie aktiv und handlungsleitend Elemente sind, die sowohl auf eine Art Gerechtigkeits-Ökonomie der „fordistischen“ Periode, als auch auf Autonomie- und Emanzipationsvorstellungen der Linken aus den 1980er Jahren zurückgreifen. Wir neigen dazu, auf der Grundlage der Idee, dass wir mittlerweile in einer „anderen Zeit“ angekommen sind, diese Elemente als „Reste“ zu sehen, die keine Perspektive haben. Aber weder historisch noch aktuell war die Mentalität der sozialen Kämpfe stabil.

SG: Eben darauf würde ich gerne noch einmal zurückkommen – auf die Bedeutung der sozialen Kämpfe. Dass es mehr Unzufriedenheit, verstreuten Protest und, wenn schon keine Legitimationskrise, dann doch wenigstens einen Legitimationsdruck gibt, der auf Seiten der Konzerne und der Regierenden „lastet“, darüber scheinen wir uns einig zu sein. Was aber spricht – empirisch und strategisch – dagegen, dies *auch* als Effekt zu deuten – als Effekt von Ermüdungserscheinungen (inklusive der viel beklagten „Politikverdrossenheit“, die vielleicht gar nicht so beklagenswert ist), aber eben auch der von euch benannten verstreuten Artikulationen von Protest seitens derjenigen, die das Konstrukt „des Sozialen“ alltäglich auf ihre verschiedenen Weisen mit Leben füllen? Und: Muss man nicht die globalisierungskritische Bewegung und eben auch die Trendwende in Lateinamerika einbeziehen, also die Tatsache, dass die TINA-Formel keineswegs mehr gänzlich alternativlos geschluckt wird, so schwach, widersprüchlich oder wenig greifbar diese Alternativen aus linker Sicht auch immer sein mögen? Also: Wenn die derzeitige Situation der Krise des Alten und des „Noch-Nicht“ des Neuen Chancen für linke soziale Bewegungen bereithält – welche wären das eurer Meinung nach?

Seattle, Kopenhagen, Heiligendamm …

AK: Den Legitimationsverlust des globalisierten Wirtschaftsliberalismus gibt es schon länger – eingesetzt hat dieser Prozess mit Seattle, und die globalisierungskritische Bewegung (zumal in den Industrieländern) ist selber ein Produkt davon, sie hat ihn verstärkt und verbreitet, aber nicht ursprünglich hervorgebracht. Über die Schwelle: „Delegitimierung des Neoliberalismus“ sind wir also längst hinaus. Diese Arbeit ist erledigt. Die Frage, die jetzt vor uns steht, lautet: Was können wir gegen die liberale Globalisierung tun? Wie und wo können wir Erfolge erzielen? Und da haben wir leider bisher wenig vorzuweisen. 80.000 Menschen in Heiligendamm sind ein Mobilisierungserfolg, aber kein Erfolg in den Termini sozialer Errungenschaften oder errungener politischer Positionen. Hartz IV war eine herbe Niederlage, von der wir uns bislang nicht erholt haben. Die Erwerbslosenbewegung hat es in alle Winde getrieben und ziemlich handlungsunfähig gemacht. Die Gewerkschaften bekommen – im Aufschwung – die Folgen zu spüren in der Form, dass neue Arbeitsplätze vorrangig als Leiharbeitsplätze geschaffen werden. Das Reallohnniveau ist erst in diesem Jahr ganz schwach gestiegen, nachdem es viele Jahre massiv gesunken ist. Und ein Ende des Aufschwungs kündigt sich bereits

wieder an. Wir sind also immer noch mitten in einer Rolle rückwärts und haben die Frage zu beantworten, wie wir diesen Trend aufhalten können. Wer sich da in den Luftblasen sonnt, die die Regierung absondert, und die Verdienste für die Luftblasen ganz dem Agieren der globalisierungskritischen Bewegung zuschreibt, geht sowohl an dem kritischen Zustand der No-Global-Bewegung als auch an den realen Nöten eines großen Teils der Bevölkerung vorbei. Es liegt da eine Fehlinterpretation der unerwartet hohen Mobilisierung nach Heiligendamm vor. Dort ist es nicht gelungen, eine Brücke zwischen der allgemeinen Ablehnung auf der einen, und konkreten Konzepten von Gegenwehr auf der anderen Seite zu schlagen. Über das Niveau des Protestes sind wir noch nicht hinaus – es wird aber sichtbar, dass das nicht mehr reicht.

Überraschende und denkwürdige Koalitionen

PB: Allerdings sollten wir auch mal den Blick über die Landesgrenzen wagen. Zum Beispiel hat vor wenigen Tagen in Dänemark eine Demonstration der Beschäftigten des sozialen Bereiches, der Studierenden und der SchülerInnen stattgefunden, an der nicht weniger als 100.000 Menschen teilgenommen haben, mit einer Vorgeschichte von massiven und andauernden wilden Streiks, die vor allem Pflegeheime und Kinderläden umfassten und bei denen es um die Kritik der unakzeptablen Verhältnisse im sozialen Bereich unter den Bedingungen einer gleichzeitigen ungeheueren Akkumulation von gesellschaftlichem Reichtum in privaten Händen geht. Gleichzeitig haben die Proteste gegen die Räumung des Jugendzentrums Ungdomshuset in Kopenhagen einen Höhepunkt erreicht und es sieht so aus, als ob diese Bewegung ein Erfolg wird. In Rom haben kürzlich fast eine Millionen Menschen gegen die Sozialkürzungen einer Linksregierung demonstriert, gefolgt von einer Streikwelle im öffentlichen Dienst. Nicht überall erscheint die Situation so relativ geschlossen und die sozialen Kämpfe so relativ verstreut wie im Augenblick in der Bundesrepublik. „Wir" wissen nicht alles über die sozialen Kämpfe der Gegenwart. Seit Mitte der 1990er Jahre existieren – symbolisiert durch die Streiks in Frankreich, aber auch den Kampf der Docker in Liverpool – Bewegungen, die sowohl mit bestimmten Ausformungen der neoliberalen Politik als auch mit dem Versuch von New Labour&Co. brechen, die oben beschriebene Art der Reorganisierung des Sozialen vorzunehmen. Dabei ist bemerkenswert, dass diese Auseinandersetzungen, von Paris 1995 bis Rom oder Kopenhagen 2007, keineswegs Klassenkämpfe im engeren Sinne waren und sind. Es geht explizit etwa um den Kampf um die Wohlfahrt, um soziale Rechte und um den Zugang zu öffentlichen Räumen. Wir sehen überraschende und denkwürdige Koalitionen.

In dieser Hinsicht würde ich auch eine andere Bilanz von Heiligendamm vorschlagen als Angela. Ich denke, diese Bewegungen durchleben keine Geschichte mehr, die sich auf einer „Stufenleiter" der Politisierung und an einer traditionellen Idee eines Klassenkampfes, der letztlich als Aufstieg der Lohnarbeit gedacht wird, messen lassen. Denn diese Kämpfe sind durch den Einsatz von „untypischen" Gruppen geprägt, und sie liegen quer zu unseren tradierten Begriffen des Zusammenhangs zwischen Lohnabhängigkeit und Emanzipation. Einige unserer Hoffnungen könnten darauf gesetzt werden, dass die neuen Maulwürfe ihre inneren Konflikte um Geschlechter- und Migrationsverhältnisse anders austragen als früher, das heißt Formen der Assoziation finden, die sich vor der „Spaltung" nicht mehr so sehr fürchten wie frühere Generationen. Und hier spielt auch die No-Global-Bewegung eine Rolle, aber eher als Beispiel und Katalysator, denn als neues zentrales Organ linker „Politisierung". Heiligendamm war da nach meiner Meinung ein wichtiger weiterer Schritt, auch wenn die Verbindung zwischen den verschiedenen sozialen Kämpfen noch zu wünschen übrig lässt. Unsere Aufgabe ist es in dieser Situation vor allem, neugierig zu sein und zu untersuchen, was sich verändert.

Die Linke braucht neue Antworten

AD: Dem stimme ich zu, wir müssen mehr über die sozialen Kämpfe wissen, auch mehr über die alltäglichen Kämpfe, nicht nur die großen, oftmals medial aufgeblasenen Protestereignisse. Auf alle Fälle scheinen die Vorbehalte gegenüber der herrschenden Politik groß zu sein, wie die Umfragen zeigen (Afghanistan, Sozialpolitik, Rentenpolitik, Gesundheitspolitik, Privatisierung öffentlicher Güter), zudem gibt es eine große Distanz zu Parteien und Politikern. Das bringt die Gefahr des rechten Populismus mit sich; wie diese kritische Stimmung sich in emanzipatorische Ziele übersetzt, ist nicht klar, allein die Bezugnahme auf demoskopische Mehrheiten in der Bevölkerung für eine Linke wird aber nicht ausreichen. Die Linke hat in der Regel als Antwort nur, für mehr Politik, mehr Engagement, mehr Öffentlichkeit einzutreten. Aber wenn das erfolgreich ist – wie nach '68, wie mit der rot-grünen Koalition – gewinnen die Institutionen und die, die beanspruchen, die anderen zu führen. Ohne Zweifel eine widersprüchliche Konstellation. Könnte es nicht so sein, dass die Vielen die Demokratie so ernst nehmen, dass sie sich so oder so nicht gern regieren lassen?

Alex Demirovic ist Sozialwissenschaftler, Redakteur der *Prokla* und arbeitet in Berlin.

Angela Klein ist verantwortliche Redakteurin der *Sozialistischen Zeitung* (Köln), Mitglied der IV. Internationale seit 1973 und aktiv in der Erwerbslosen- und der Sozialforumsbewegung.

Peter Birke ist Historiker und arbeitet in Hamburg in der Gruppe *Blauer Montag* mit.

Stefanie Graefe ist Redakteurin von *Fantômas*.

DER HEILENDE WERT DES SOZIALEN

DAS UNTERNEHMERISCHE SELBST IN DER ERSCHÖPFUNGSKRISE

Anna K. ist verzweifelt. Sie weiß nicht mehr weiter. Nichts will ihr mehr gelingen. Die Arbeit ist ihr schon lange über den Kopf gewachsen. Der Chef nicht mehr zu ertragen. Der Ehemann vor Jahren davon gelaufen. Auch mit den Kindern – nichts als Probleme. Anna K., erfolgreiche Internistin, ist „eine attraktive Frau: fünfzig, brünetter Typ, offene Haare, modisch gekleidet", erklärt Prof. Dr. B. Doch der Psychiater weiß auch: Der äußere Schein trügt. Anna K. ist krank. Sie ist „ausgebrannt". Ein Schicksal, das sie mit vielen teilt. (1)

VON STEFANIE GRAEFE

„Brennt die Leistungsgesellschaft aus?" fragen die Autoren der Studie *Die Burnout Epidemie*. (2) Die Frage ist berechtigt. Immerhin hat sich der Anteil psychischer Erkrankungen an der Summe aller Krankheitstage in Deutschland seit 1990 verdoppelt. Jede vierte Krankschreibung geht inzwischen auf Depression, Stress, Burnout oder verwandte Leiden zurück, nur Tumorpatienten bleiben noch länger krank als die seelisch Erschöpften. Krankenkassen rechnen Kosten vor und entwickeln Präventionsprogramme. „Seelisch bedingte Gesundheitsstörungen", weiß die BKK, belasten nicht nur das Gesundheitswesen, sondern auch „die Unternehmen und die Volkswirtschaft durch indirekte Kosten". Mehr als die Hälfte aller Ausgaben für Therapie, Rehabilitation und Pflege, nämlich rund 122 Milliarden Euro jährlich, entfallen inzwischen „auf psychische und Verhaltensstörungen". (3) Internet-Fragebögen geben Auskunft über das eigene Burnout-Risiko. Gefährdet ist demnach, für wen die Arbeit wichtiger als das Privatleben ist, wer zu wenig Anerkennung bekommt, zuviel Verantwortung trägt, schlecht delegieren kann, zur Überidentifikation mit seiner Arbeit neigt, idealistisch und perfektionistisch ist und sich von sich selbst und den „eigenen Wünschen weit entfernt" hat. (4)

CHANGE AS CHALLENGE

Burnout, Erschöpfung, Depression und Stress sind zugleich Spitzenthemen der inzwischen kaum noch überblickbaren Lebenshilfe-Ratgeberlandschaft. Seit den 1970er Jahren ist die Veröffentlichungskurve rasant gestiegen, was nicht unbedingt heißt, dass mehr Menschen unter Burnout leiden, wohl aber, dass mehr Menschen darüber schreiben und lesen. Auch die hohe Zahl der Krankschreibungen kann, muss aber nicht ein quantitatives Mehr an Leid belegen, sondern vielleicht nur, dass unter dem Namen Burnout sprechbar geworden ist, was in anderen Zeiten „die Nerven" waren oder sich erst in Magengeschwür, Migräne oder Hexenschuss materialisieren musste, um ernst genommen zu werden.

Formulieren wir es also vorsichtig: Offenkundig gibt es eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen, die alltäglich ihre Arbeitskraft verkaufen, dies üblicherweise aber nicht so nennen, sondern nach Jahren des „Engagements", der „Initiative", „Herausforderung", „Verwirklichung" oder schlicht „Pflichterfüllung" eines Tages feststellen, dass sie die an sie gestellten Anforderungen immer weniger erfüllen können, obwohl sie sie doch erfüllen wollen, und in der Folge dieses Nichtkönnens und Dochwollens in einen recht unglücklichen Zustand geraten, in dem Lebensfreude und Leistungsbereitschaft gegen Null tendieren. Und um dieses Phänomen rankt sich ein gesellschaftlicher Diskurs der Sorge, der sich nicht zuletzt aus ökonomischen Motiven speist.

Das ausgebrannte, das „erschöpfte Selbst" (5) ist allerdings nicht einfach nur ein Kostenfaktor. Sondern auch Symptom einer Krise. In der Praxis weniger funktionsfähig als gedacht zeigt sich hier der allzeit leistungsbereite, ökonomisch und eigenverantwortlich handelnde „Unternehmer seiner selbst". Dabei war und ist dies die Meisterleistung neoliberaler Ideologie: dem Zeitgeist das Modell des unternehmerischen Selbst so tief eingebrannt zu haben, das seine Anwendbarkeit sozusagen grenzenlos erscheint. Doch die Aufforderung zur ständigen selbstbestimmten Selbstvermarktung fällt bei den vielen Burnout-Gefährdeten zwangsläufig ins Leere, handelt es sich doch um Menschen, denen das Folgende, vorübergehend oder dauerhaft, abhanden gekommen ist: „Ein fester Glaube an die eigenen Ziele, die Gestaltbarkeit der Umwelt und die eigene Bewältigungskompetenz, ein aktiver Umgang mit Problemen, schließlich die Fähigkeit, unvorhergesehene Veränderungen in den Lebensplan zu integrieren (*change as challenge*)." (6)

Interessant und ein wenig paradox ist nun: Dieser *Glaube* ist ebenso Leitprinzip des idealtypischen Allzeitunternehmers wie er, jedenfalls der Beratungsliteratur zufolge, Schutz vor Burnout bietet. Offenbar jedoch nur mit begrenztem Erfolg, wie sich mit Blick auf die steigenden Krankenzahlen feststellen lässt: Das Unternehmersubjekt mag nimmer. Sein Vorbildcharakter ist überarbeitungsbedürftig. Genau dies ist es, was der Burnout-Diskurs vorlegt: die Skizze einer Reform des unternehmerischen Selbst.

Korrekte Selbstwahrnehmung, maximaler Lebensprofit

Was wird in der einschlägigen Literatur als Ursachen und Therapie des Burnout beschrieben? Zum einen wird festgestellt, dass Menschen Bedürfnisse haben, die über die Erbringung von Leistung, die Erzielung von Gewinnen und den Konsum von Waren hinausgehen. Ein Bedürfnis zum Beispiel danach, dass das eigene Handeln Sinn macht. Oder das Bedürfnis nach Zeit, genauer: nach leistungsfreier Zeit. Auch bräuchten Menschen, um glücklich und eben nicht ausgebrannt zu sein, tragfähige und befriedigende Beziehungen zu anderen Menschen. Aber auch eine Verbindung zu etwas, das mehr oder größer ist als sie selbst und ihre Alltagssorgen; ob Religion oder Politik, ist nicht so wichtig, Hauptsache weniger Ego-Fixierung. Und dann gibt es noch den Körper. Der nicht nur Dekorobjekt oder Arbeitsinstrument sein sollte, sondern zugleich Quelle von Ruhe und Genuss und der nicht nur vernutzt, sondern bewegt und gepflegt sein will.

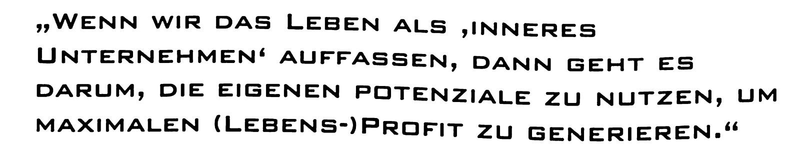
Was die Anti-Burnout-Literatur also empfiehlt, ist, zu sich selbst ein mehr bedürfnis- und beziehungsorientiertes und ein weniger instrumentell-verwertendes Verhältnis aufzubauen, auch wenn die Welt, in der man lebt, einem tagtäglich das Gegenteil abverlangt. Doch sollte man ja auch nicht so weit gehen, das Regime der Verwertbarkeit selbst in Frage zu stellen. Wohlwollend könnte man sagen: Wir werden aufgefordert, uns so exakt auf den Grenzen der herrschenden Glaubenssystems zu bewegen, dass diese zwar sanft ausgedehnt, selbst aber nicht in Frage gestellt werden. Weniger wohlwollend: Der Teufel soll mit dem Beelzebub ausgetrieben werden. Denn zugleich wird empfohlen, sich *noch umfassender* selbst zu verwerten:

„Da die emotionale Erschöpfung ein Kernelement des Burnouts ist, beginnt der erste Schritt mit einer korrekten Selbstwahrnehmung. Wenn wir unser Leben als ein ‚inneres Unternehmen' auffassen, dann geht es darum, die eigenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Talente und Potenziale optimal mit den Möglichkeiten, die das Leben bietet, zu verzahnen, um so einen maximalen (Lebens-)Profit zu generieren." (7)

Burnout als Gelegenheit zur Optimierung der Mehrwertschöpfung in der eigenen Lebensführung. Zahllose Titel bestätigen: Niederlagen bieten Chancen, Scheitern ist eine Kunst, jede Krise birgt ein Potenzial. Nichts bleibt, das schlicht Unglück zu nennen wäre. Wer negative Erfahrungen nicht positiv umdeutet, muss noch viel lernen – und braucht sich nicht wundern, wenn er oder sie krank wird.

Die Burnon-Elite: Menschen im Aufbruch

Einen echten Burnout haben offenbar sowieso nur Alpha-Typen. Jedenfalls erfährt man nicht viel über die Burnout-Erfahrungen von Erwerbslosen, Prekären, Teilzeit- oder gar Ohne-Papiere-Beschäftigten. Dafür ist viel von motivierten Hochleistungsträgern die Rede. „Wer ausbrennt, muss gebrannt haben" heißt es – und das heißt auch: Nur die besonders Engagierten, die besonders Anerkennungswürdigen sind wirklich *reif* fürs Burnout. Nutzen die dann die Gunst der Krise in der in den Ratgebern empfohlenen Weise, also produktiv statt resignativ, dann ist ihnen nicht einfach ein Ende der Erschöpfung in Aussicht gestellt. Sondern ein runderneuertes Leben, in dem die Möglichkeiten der wertvollen Sinnhaftigkeit und der sinnvollen Wertschöpfung gleichsam unbegrenzt sind. Zwar wird hier und da mal erwähnt, dass auch Erwerbslosigkeit in tiefe Niedergeschlagenheit führen kann. Doch ist es in diesem Fall erst recht „... dringendst erforderlich, dass Sie sich ‚mental' wieder flott machen und echt zuversichtlich in die Zukunft sehen. Dafür gibt es gute Konzentrationsmethoden. Es hilft Ihnen nicht, wenn Sie – vielleicht ohne es zu bemerken – auf alle Übel dieser Welt innerlich ‚meditieren' und dabei ständig an Ausstrahlung und Kraft verlieren. Werden Sie aktiv. Heute will kein Unternehmen mehr einen Mitarbeiter, der ‚ein lebendiges Trauerspiel' zum Besten gibt." (8)



Hochgebildet, aktiv, charismatisch, stark, sozial engagiert, spirituell geöffnet, körper- und gesundheitssensibel, sich dabei der eigenen Grenzen ebenso wie der persönlichen Werte bewusst und fähig, diese der Welt weiterzugeben – so in etwa stellt sich das ideale, vor Burnout gefeite Arbeitssubjekt dar. Klar ist: Von solcherart weit entwickelter Subjektivität profitieren nicht nur die Menschen selbst, sondern auch die Unternehmen. Was auf der individuellen Ebene die Burnout-Prävention oder -Therapie, ist auf der Ebene des Unternehmens ein auf „burnon" zielendes *Change Management*. Dessen Prinzipien beschreibt *changeX*, das „führende Online-Medium für Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft" unter anderem mit folgenden Schlagworten: „Ich muss etwas zurückschrauben", „Mit ‚Weniger' den Wohlstand erhalten", „Sinnstiftung am Arbeitsplatz", „Selbsterkundung, Selbstfindung, Selbstbewusstheit" – und wer sich dafür einsetzt, der gehört zu den „Menschen im Aufbruch". (9)

Die Prinzipien des Burnon-Managements verkörpert am überzeugendsten der „soziale Unternehmer", ein Typus Mensch, der sich einerseits erfolgreich am Markt und an der Börse positioniert, andererseits selbst *taz*-Panther-Preis-verdächtig ist. Entweder betreibt er effektive Burnout-Prävention oder, fast wahrscheinlicher, er hat bereits eine Sinnkrise durchlitten und ist daraus *verändert* hervorgegangen, war vorher simpler „Leistungsträger" und ist nun – ja, sagen wir es ruhig: ein Visionär. „Social Entrepreneurs agieren wie äußerst effiziente Unternehmer, reduzieren ihren Fokus aber nicht auf die rein monetäre Gewinnmaximierung. Es sind bestausgebildete, höchst engagierte, sehr realitätsnahe und wirtschaftlich denkende Menschen, deren Fokus die ‚Nutzenmaximierung für alle Beteiligten' ist. Das ist das wirklich Neue", weiß Andreas F. Philipp, Gründer der „Sinn-Gesellschaft". Aus seiner Sicht stellen sich im 21. Jahrhundert die folgenden, dringlichen Fragen:

„Wie begegnen wir der extrem schnell wachsenden Schere, die sich zwischen Arm und Reich öffnet – sowohl lokal als auch global? Kinderarmut und Verwahrlosung sind keine Randthemen, sondern tägliche Realität für viele Millionen Menschen in unserem Land. Wie begegnen wir den Folgen der Globalisierung? Wie gelingt es uns, den Bedürfnissen so genannter ‚emerging markets' gerecht zu werden und gleichsam ökologische und soziale Fragen wirklich ernst zu nehmen? Welche neuen Ideen entwickeln Unternehmen, um die bisher noch nicht erreichten 80 Prozent der Weltbevölkerung am Konsum teilhaben zu lassen?" (10)

Werte-Marketing für emerging markets

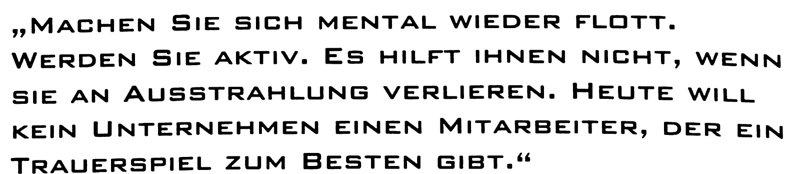
„Nutzenmaximierung für alle Beteiligten" – so wenig dies im real existierenden Kapitalismus möglich ist, so interessant ist doch, dass diese Maxime nur schwerlich in die Logik des *Homo Oeconomicus*, eine Art Urvater des unternehmerischen Selbst, passt. Stets rational auf der Grundlage von Präferenzabwägung entscheidend und ausschließlich auf den *eigenen* Vorteil bedacht, taugte der Homo Oeconomicus zwar kaum dazu, Sympathieträger zu sein, galt aber in den Wirtschaftswissenschaften relativ unangefochten jahrzehntelang als einzig seriöses Modell für die Erklärung menschlichen Verhaltens. Und eben dieses Modell hat inzwischen Schlagseite bekommen. Der Homo Oeconomicus sei tot, heißt es jetzt, „eine Fiktion, die so nicht existiert". (11) Tatsächlich nämlich handeln Menschen, sogar in der speziellen Situation des wirtschaftspsychologischen Experiments, nicht ausschließlich selbstbezogen, sondern beziehen in ihre Entscheidungen andere Menschen, Vorstellungen von Fairness und die Gesamtsituation mit ein. Für traditionelle Neoliberale ein irritierender Befund.

Der soziale Unternehmer hingegen hat die Zeichen der Zeit verstanden. Er produziert nicht bloß Güter, Dienstleistungen oder Labels. Sondern *Sinn*. Gerne wird in den einschlägigen Sites auch mit dem Begriff *Wert-Schöpfung* gekalauert. Da Sinn und Werte Ressourcen sind, die nichts kosten, sich aber dennoch verkaufen lassen, liegen hier ungeahnte Innovationspotenziale brach. Deren Erschließung erfordert ein gerüttelt Maß an „Mindness", das heißt an Einsicht, dass sich der generelle Konsumtrend „von Geld zu Geist" verlagert, weshalb einzig eine glaubwürdige „Werte-Kongruenz" mit der Kundenzielgruppe dauerhaften Profit verspricht. (12) Wer es überzeugend schafft, die eigenen Produkte auch als ökologische, soziale oder sonstige Werte zu verkaufen, der sichert sich die Treue von Kunden, deren Bedürfnisse es ihrerseits wert sind, geweckt und mit passgenauen Waren und Dienstleistungen befriedigt zu werden.

Social Entrepreneurship ist „eine Geisteshaltung, die jeder von uns täglich umsetzen kann"(13), heißt es. Eine Geisteshaltung zudem, die „uns" vor sinnlosem Ausbrennen bewahrt. Jedenfalls wenn wir verstanden haben, dass es nicht darum geht, den Imperativ der Gewinnmaximierung ersatzlos zu streichen, sondern darum, ihn *anzureichern*. Mit sozialem Sinn. Das Soziale ist demnach eine individuelle und stressvorbeugende Wertschöpfungsressource, deren Potenzial sich im glücklichsten Fall im „gesellschaftsverantwortlich tätigen Unternehmen" vervielfältigt. Kurz: Die Therapie des ausgebrannten Unternehmersubjekts besteht in dessen ganzheitlicher Veredelung. Aufgepolstert um Ethik, Geist, Sinn und Soziales erscheint die schlaffe Figur des unternehmerischen Selbst, taufrisch, gestrafft und verjüngt wie nach einer Wellness-Kur, erneut am Horizont.

Wacht auf, Erschöpfte dieser Erde ...

Dass Kapitalismus krank macht, ist eigentlich keine sehr gewagte Behauptung. Aber in dem Geschreibe über die Erschöpfung, die die Besten unter uns ergriffen hat, scheint genau dieser schlichten Wahrheit der Status eines Geheimwissens zuzukommen. Mantraähnlich wird wiederholt, dass es die falschen Selbsttechniken sind, die Menschen ausbrennen lassen, die überhöhten Selbsterwartungen, die geringe Frustrationstoleranz, die verinnerlichten Leistungsansprüche. Gleichzeitig gibt es teils verblüffende Ähnlichkeiten zwischen den Empfehlungen zur individuellen Stressprävention und emanzipatorischen Gegenmodellen zum kapitalistischen Arbeitswahn-Alltag. So etwa zwischen dem Standardmodell des optimalen Zeitmanagements und dem von Frigga Haug entworfenen Konzept *Vier mal vier*. Während Zeitmanagement-Papst Lothar Siewert eine „ausgewogene Balance zwischen den vier Bereichen, die unser Leben ausmachen" empfiehlt (14) – Arbeit, Körper, Beziehungen, Sinn –, plädiert Haug für einen Sechzehnstundentag in folgender Aufteilung: „Vier Stunden in der Erwerbsarbeit, vier Stunden in der Politik, vier Stunden zum Lernen, für Kultur und Entwicklung und vier Stunden (...) für die Reproduktionsarbeit an uns, den Kindern, den Eltern." (15)



Anders als Siewert führt Haug allerdings die Rechnung zu Ende: Die vier Lebensbereiche können nur dann ausbalanciert werden, wenn die Erwerbsarbeit vier Stunden am Tag nicht überschreitet und das Leben trotzdem materiell gesichert ist. Dem gegenüber suggeriert Siewert, alles sei möglich, auch bei Fortexistenz der bestehenden Verhältnisse: Die 40-Stunden-plus-x-Überstunden-Arbeitswoche, das Engagement im Ehrenamt, die liebevolle Aufzucht der Kinder, Zeit für Partnerschaftspflege, Freundeskreis, Erholung, Sport und Urlaub, nicht zu vergessen die kreative Verwirklichung der eigenen Werte. Dazu muss man lediglich die richtigen Prioritäten setzen und die handlichen Selbstorganisations-Formeln anwenden, an deren Verkauf Siewert selbst so schön verdient. Der Unterschied zwischen beiden Modellen ist auf den ersten Blick also klein, tatsächlich aber – wie so oft – ein Unterschied ums Ganze.

Was aber wäre das nun, das *andere*, das nicht verwertbare, „emanzipatorische" Soziale, das uns vor Überbeanspruchung und Selbstverlust bewahrt und zudem noch auf Gerechtigkeit

statt auf Work-Life-Balance zielt? Und – macht es glücklich? Vor Erschöpfung schützen tut es nicht unbedingt, wie jeder sozial bewegte Alltag zeigt, erst recht nicht unter prekären Existenzbedingungen. Genauso wie im „normalen" Arbeitsleben gilt hier, das über kurz oder lang rausfällt, wer den Speed nicht durchhält, dass *commitment* bis zur Selbstaufgabe respektabel, Multi-Tasking selbstverständlich und Privates tendenziell nebensächlich ist. Von daher verbietet sich am Ende, was Burnout-Präventionstechniken betrifft, auch jede übertriebene Häme: So mancheR KapitalismuskritikerIn kann ohne Ressourcen-, Beziehungs- und Zeitmanagement den eigenen Alltag gar nicht bewältigen.

Anna K. jedenfalls hat ihre Krise überwunden. Die nervtötenden Morgenkonferenzen in der Klinik nutzt sie jetzt für unsichtbare Entspannungsübungen. Ihr soziales Netz hat sie repariert. In ihrem Arbeitsalltag setzt sie bewusst Zäsuren. Ihre falschen Erwartungen hat sie mit Hilfe von Prof. B. einer „kognitiven Umstrukturierung" unterzogen. Am Ende ist es ihr gelungen, „eine lang verdeckte Ressource, nämlich ihre Widerstandskraft, aufleben zu lassen." Umso besser wird sie fortan die an sie gestellten Leistungsanforderungen bewältigen. (16)

Wem das nicht reicht, für die und den bleibt die Frage: Wie eine Sprache der Rechte in die Sorge um das erschöpfte Selbst einschreiben? Wie den Riss, der die Figur des unternehmerischen Selbst durchzieht, *politisch* wenden, ohne ihn zugleich *produktiv* zu machen? Wie eine soziale Individualisierung denken – und leben –, die das Soziale weder in Identitäts- oder Kollektivzwängen aufgehen lässt, noch es darauf zurechtstutzt, ökonomische Ressource für Profit- und Sinnmaximierung zu sein? Prof. B. und KollegInnen wissen darauf keine Antwort.

Stefanie Graefe ist Redakteurin von *Fantômas*, Sozialwissenschaftlerin und lebt in Hamburg.

Anmerkungen:

1) Otto Benkert: Stressdepression. Die neue Volkskrankheit und was man dagegen tun kann. München 2005, S. 13ff.
2) Andreas Hillert, Michael Marwitz: Die Burnout-Epidemie. Oder brennt die Leistungsgesellschaft aus? München 2006
3) BKK Gesundheitsreport 2005: Krankheitsentwicklungen – Blickpunkt: Psychische Gesundheit, http://www.bkk.de/bkk/psfile/downloaddatei/64/Gesundheit438ae1c8de09a.pdf
4) http://members.aon.at/possnigg/pages/burnout/indexb-o.htm
5) Alain Ehrenberg: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt/Main 2004
6) Ulrich Bröckling: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/Main 2007
7) Jörg-Peter Schröder: Pocket Business. Wege aus dem Burnout. Möglichkeiten der nachhaltigen Veränderung. Berlin 2006, S. 75
8) http://www.burnout-ev.de/arbeitslosigkeit.htm
9) http://changex.de/about.html
10) http://www.businessvillage.de/mag-404_Soziales-Unternehmertum—Ein-Interview-mit-Andreas-Philipp.html, Zitat redaktionell gekürzt.
11) http://www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1505080,00.html
12) http://www.sensonet.org/Sensotionen/gg-mindness.html
13) s. Anm. 10
14) Lothar Siewert: Noch mehr Zeit für das Wesentliche. Zeitmanagement neu entdecken. München 2006
15) *taz*, 23.06. 2007, http://www.taz.de/index.php?id=archiv&dig=2007/06/23/a0218
16) Benkert, a.a.O., S. 164

Bertelsmann meets Porto Alegre

Der Bürgerhaushalt als Modell kapitalistischer Modernisierung

Die Idee eines kommunalen Bürgerhaushalts genießt Sympathie – vor allem für kommunalpolitische AktivistInnen. Wer könnte auch etwas gegen demokratischere Entscheidungsprozeduren haben? Doch Vorsicht. Wie beim bedingungslosen Grundeinkommen gibt es dazu die unterschiedlichsten Modelle. Ausgangspunkt für die neuesten Debatten war Porto Alegre. Dort führte die PT (Partido dos Trabalhadores – Arbeiterpartei) nach 1988 den partizipativen Haushalt ein, mit dem tatsächlich neue Formen der Entscheidung für soziale Bewegungen ermöglicht wurden. In Deutschland wird die Debatte von der Bundeszentrale für politische Bildung, den Parteienstiftungen und vor allem der Bertelsmann Stiftung vorangetrieben. Der Vergleich lohnt sich also.

Von Moe Hierlmeier

Porto Alegre wurde von 1989 bis 2004 durchgehend von der PT regiert. Porto Alegre war ein Zentrum sozialer Bewegungen, die offensiv die Ausweitung der Entscheidungsmöglichkeiten für die Menschen in den Stadtteilen einforderten. Gleichzeitig war die PT geführte Lokalregierung bereit, die Budgetrechte an die Foren des Orçamento Participativo (OP-Partizipatives Budget) abzugeben. Diese Konstellation zwischen starken sozialen Bewegungen und einer PT-Lokalregierung ermöglichte die Kombination von direkt- und repräsentativ-demokratischen Formen der Mitbestimmung. Die EinwohnerInnen und sozialen Bewegungen der 16 Regionen der Stadt hatten so – trotz aller Beschränkungen und Grenzen – tatsächlich die Möglichkeit, über die Investitionen der Stadt mitzubestimmen, ohne nur konsultatives Beiwerk zu sein bzw. die eigene Autonomie aufgeben zu müssen.

Dieser Kampf in, um und gegen den Staat führte zu interessanten Ergebnissen. Immer mehr Menschen beteiligten sich am OP. Dabei waren Frauen, arme Menschen und ethnische Minderheiten überdurchschnittlich repräsentiert. Dementsprechend profitierten diese Gruppen auch stärker von diesem Prozess. Die Investitionen in den ärmeren Vierteln erhöhten sich deutlich. Im Gegensatz dazu wurde der traditionelle Zugang der Eliten zu den Ressourcen der Stadt mittels Klientelismus und Korruption eingeschränkt. Auch deshalb stieß der partizipative Haushalt bei der Oberschicht auf wenig Gegenliebe.

Die Herausforderungen der Globalisierung

Die in Deutschland vorherrschende Debatte hat mit dieser emanzipatorischen Ermächtigungsstrategie von unten nichts zu tun. Die Federführung in der Debatte hat hierzulande die Bertelsmann Stiftung – mit über 300 MitarbeiterInnen die größte und einflussreichste ihrer Art. Weitere Akteure in diesem Feld sind die Bundeszentrale für politische Bildung und die Stiftungen aller im Bundestag vertretenen Parteien.

Die Idee des Bürgerhaushalts kann nicht ohne die strategischen Perspektiven der Bertelsmann Stiftung diskutiert werden. Für die Bertelsmann Stiftung handelt es sich bei den Debatten und der Implementierung des Bürgerhaushaltes um keine Spielwiese für demokratische Utopisten, sondern sie sind ein wichtiger Bestandteil eines *umfassenden strategischen Konzepts*. Dieses ist in dem Strategiepapier „Gesellschaftspolitische Ziele und Perspektiven der Bertelsmann-Stiftung. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft" niedergelegt. Dabei geht Bertelsmann von einem grundlegenden Umbruch der globalen Ordnung und des globalen Kapitalismus aus. Diese Umbrüche erfordern *auf allen Ebenen* neue Antworten. Sicherheitspolitisch entstehen mit dem islamischen Fundamentalismus, der Verbreitung atomarer Massenvernichtungswaffen, der Verknappung strategischer Rohstoffe wie dem Öl, der Umweltzerstörung, der organisierten Kriminalität, dem Zerfall von Staaten und unkontrollierter Migrationsströme neue Bedrohungslagen. Da die Interessen zwischen der EU und den USA im Umgang mit diesen Bedrohungen oft differieren, aber gleichzeitig die jeweiligen europäischen Nationalstaaten mit der Lösung dieser Probleme überfordert sind, setzt sich die Bertelsmann Stiftung für den massiven Ausbau einer EU-europäischen „Sicherheitsarchitektur" inklusive einer global agierenden Interventionsstreitmacht ein. Im Internationalen Bertelsmann Forum (IBF) werden die Probleme der EU von den europäischen Eliten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft jährlich verhandelt. Man werfe nur einen Blick auf die TeilnehmerInnenliste und es wird sofort klar: Das IBF, das nicht zufällig im Außenministerium stattfindet, ist das EU-Pendant zur Münchener Sicherheitskonferenz.

Die Kommune als strategischer Akteur

Weitere Herausforderungen sind für die Bertelsmann Stiftung die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses durch den technischen Fortschritt und der umgreifende Kultur- und Wertewandel. Das alte System sozialer Sicherung lässt sich nicht halten, es drohen kulturelle Polarisierun-

gen und neue Fundamentalismen. Die neuen Herausforderungen verlangen ebenso neue Integrations- und Steuerungsmodelle. Die soll der Staat durch komplexe Innovationsnetzwerke fördern. Der „ermöglichende Staat ermutigt Innovation". In dem Szenario der globalen Brüche und Umbrüche spielen nun auch die Kommunen und die BürgerInnen eine wichtige Rolle. Der bisherige bürokratische Sozial- und Interventionsstaat ist ungeeignet, die anstehenden Probleme zu meistern, weil er viel zu hierarchisch aufgebaut und deshalb ineffektiv ist. Statt die Produktivität der BürgerInnen für die Lösung der Probleme zu mobilisieren, betrachtet er sie als Bedrohung. Eine zukunftsfähige Gesellschaft lässt sich so nicht verwirklichen. Notwendig ist vielmehr die Ausrichtung am unternehmerischen Handeln, also dem Wettbewerb. „Gesellschaftlicher Wettbewerb ist ein mächtiger Anreiz, um individuelle Potenziale zu entfalten und sie zugleich dem Gemeinwesen zugänglich zu machen." Der bisherige Reformstau muss aufgelöst werden. Die Kommunen bilden hier einen entscheidenden Ansatzpunkt. Aufgrund der hohen Schulden sind die Kommunen offen für eine Modernisierung der Verwaltung. Propagiert wir ein marktfähiger „Konzern Stadt". Ein solcher ist aber nur im Rückgriff auf die Produktivität der BürgerInnen erfolgversprechend. Es gilt, diese nicht mehr zu gängeln, sondern sie in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement und dem Wunsch nach Partizipation zu fördern. Die neue Definition von Solidarität heißt „bürgerschaftliches Engagement". Ein solches erfordert aber flache Hierarchien statt vertikaler Bürokratie. „Schluss mit der Bevormundung!" lautet der Slogan der Bertelsmann Stiftung. Mit dem festen Willen zur Veränderung und der Bereitschaft zur Flexibilität können auch die Kommunen die Globalisierung erfolgreich mitgestalten: „Weltbank und Deutsche Bank sagen uns, dass mit der Globalisierung die Spielräume fürs Lokale wachsen. Nutzen wir sie endlich." Einige positive Entwicklungen im Bereich Kommunalpolitik sind auszuweiten. Dazu rechnet die Bertelsmann Stiftung die Kommunalakademie der SPD und die von ihr selbst geförderten parteiübergreifenden Projekte CIVITAS und POLIS. Um die propagierten Ziele zu erreichen, arbeitet die Stiftung auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft und sucht offensiv den Kontakt zu Entscheidungsträgern. Die enge Beziehung zu Rot-Grün ist bekannt: Die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen sind strategisch im Hause Bertelsmann entwickelt worden. „Fordern und Fördern" ist ihr dominierendes Leitmotiv. Auch zur derzeitigen Bundesregierung bestehen beste Kontakte.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN, NEUE ANTWORTEN

All das, was in den letzten 25 Jahren in den Betrieben in Richtung flacher Hierarchien mit teilautonomen Arbeitsgruppen durchexerziert worden ist, wird jetzt auf die Gesellschaft übertragen. In einem Interview zu seinem Buch „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers" führt Reinhard Mohn, der Gründer der Bertelsmann Stiftung, aus: „Das Buch zeigt die Möglichkeiten auf, den unternehmerischen Arbeitsstil auch im öffentlichen Bereich zu verwenden und damit die Vorteile von Effizienz, Fortschritt und Sparsamkeit allen Bürgern zukommen zu lassen." Ziel sei so wenig Staat wie möglich. Wie in der Wirtschaft so sei auch in der staatlichen Verwaltung der hierarchisch-bürokratische Führungsstil veraltet und durch einen neuen, einen partnerschaftlichen zu ersetzen. Dazu gehören Subsidiarität, Dezentralisierung, Freiheit, Transparenz, Wettbewerb, Leistung, Effizienz, Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung. Deshalb fördert die Bertelsmann Stiftung massiv Projekte, die zukunftsorientiert sind, einen Aufbruch vermitteln, also innovativ sind: „Je weniger wir uns von den Herausforderungen lähmen lassen, je entschlossener wir sie als Chancen erkennen, desto produktiver und zukunftsgerechter werden unsere Lösungen sein. Heute und in Zukunft birgt das Festhalten an alten Mustern unabsehbare Risiken. Erst die mutige Suche nach neuen Lösungen eröffnet wirkliche Chancen für alle. So befördern wir nachhaltig den notwendigen *Mentalitätswandel* in unserer Gesellschaft – hin zu mehr Zukunftsoptimismus und Innovationsfreude. Neues zu erproben, kreative Lösungen zu finden, die eigenen Fähigkeiten zu beweisen – das sind Bedürfnisse, die jeder Mensch hat. Es sind diese Kräfte und Talente, die wir auf allen Ebenen unserer Gesellschaft freisetzen und bestärken wollen. Menschen, die ihre Fähigkeiten innovativ einsetzen, brauchen *Freiräume.*" Denn aus der „Freisetzung und Moderation zivilgesellschaftlicher Eigeninitiative gewinnt unsere Politik neue Kräfte, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch angesichts dramatischer Herausforderungen zu erweitern und zu vertiefen". Nur mit Hilfe der Zivilgesellschaft und der Nichtregierungsorganisationen ist der Umbau des hierarchischen, bürokratischen Sozialstaats hin zu einem „ermöglichenden Staat" mit flachen Hierarchien auf Basis von Netzwerken möglich. „Wir legen Wert darauf, dass Nichtregierungsorganisationen und engagierte Gruppen der Zivilgesellschaft an der Formulierung von Politikzielen und an deren Umsetzung mitwirken. Durch diesen Aufbau öffentlicher Gegenmacht können wir den Einfluss organisierter Partikularinteressen zurückdrängen." Die Beteiligung der BürgerInnen am Bürgerhaushalt hat somit die Funktion, sie gegen den Moloch Staat (neo)liberal zu mobilisieren.

„DER BISHERIGE REFORMSTAU MUSS AUFGELÖST WERDEN. DIE KOMMUNEN BILDEN HIER EINEN ENTSCHEIDENDEN ANSATZPUNKT."

KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSELQUALIFIKATION

Appelliert wird an eine imaginäre „Verantwortungspartnerschaft" zwischen Staat, Unternehmen und Bürgern. Unterstützt werden deshalb Projekte, die diese Kriterien aus Sicht der Bertelsmann Stiftung erfüllen: die Kampagne „Du bist Deutschland", die Kampagne anlässlich des „Jahrs des Ehrenamtes" (2001) und eben die Bestrebungen für einen kommunalen Bürgerhaushalt. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung von NRW unterstützt die Bertelsmann Stiftung sechs Pilotkommunen, die bei sich den Bürger-

haushalt eingeführt haben, mit der Hans-Böckler-Stiftung hat sie das Netzwerk „Kommunen der Zukunft" eingerichtet. (1) Der Staat ist dabei nicht mehr der von oben durchregierende Leviathan, sondern Moderator im Modernisierungsprozess. „Gefragt ist eine intelligent-flexible, effizienzorientierte und leistungsprämierte Staatsklasse." Grundlegende Veränderungen sind nur mit den BürgerInnen, nicht gegen sie zu erreichen. Dies erfordert eine hohe Kommunikationsfähigkeit. Sie ist für die Bertelsmann Stiftung eine der Schlüsselqualifikationen für Good Governance. Doch daran mangelt es weitgehend. „Noch immer wird unterschätzt, dass jedes noch so erstrebenswerte Ziel an einer fehlerhaften Kommunikation scheitern kann. [Diese Erkenntnis] hat aber noch kaum praktischen Niederschlag in der Strategieführung der Politik gefunden. Strategische Kommunikation bleibt das Stiefkind deutscher Reformpolitik", so Werner Weidenfeld, Noch-Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung. Für Oliver Haubner, Projektleiter in der Bertelsmann Stiftung für die Bürgerhaushalte, ist Kommunikationsfähigkeit ein Instrument politisch-strategischer Steuerung. Sie schafft Transparenz und damit Akzeptanz.

Auf einer Tagung unter dem Titel „Dialog Global: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen", die die Bertelsmann Stiftung zusammen mit der InWent gGmbH durchführte, machte er aber auch die Differenz zu Porto Alegre deutlich: „Bürgerhaushalt bedeutet nicht, die Bürger über den Haushalt entscheiden zu lassen (direkte Demokratie)!" Stattdessen sollen die Bürger Vorschläge für eine moderne Kommunalverwaltung liefern. Im Gegenzug wird der Entscheidungsprozess für den kommunalen Haushalt transparenter. Eine derartige „Social Responsibility" führt zu einer erhöhten Akzeptanz des Modernisierungsprozesses im Sinne einer wettbewerbsorientierten Kommunalverwaltung. Bevorzugte Instrumente sind dabei die Verzahnung von öffentlichen und privaten Aufgaben im Rahmen von Public-Private-Partnership (PPP)-Vereinbarungen. Damit übernehmen die Unternehmen „gesellschaftliche Verantwortung – auch aus wohlverstandenem Eigeninteresse", so die Stiftung ganz offenherzig. Ziel ist die weitgehende Privatisierung öffentlicher Güter und der öffentlichen Verwaltung. Dahinter steckt ein milliardenschwerer Markt. Interessant in diesem Zusammenhang ist das Beispiel der britischen Region East Riding. Dort wird seit 2005 ein Großteil der öffentlichen Verwaltung von der Bertelsmann-Tochter ARVATO erledigt. Dabei mussten 500 MitarbeiterInnen der Verwaltung zu ARVATO wechseln. Auch in einigen deutschen Kommunen sind Projekte angelaufen.

Die Kunst moderner, gouvernementaler Regierung

Das Modell des Bürgerhaushalts der Bertelsmann Stiftung zeigt einen modernen, deliberativen (Neo-)Liberalismus auf höchstem Niveau. Die Bertelsmann Stiftung propagiert ihre Modelle nicht mit Schaum vor dem Mund. Stattdessen bettet sie diese ein in einen aufgeklärten Diskurs von Nachhaltigkeit, Good Governance und Social Responsibility von Staat und Unternehmen. Ihre Vorschläge präsentiert sie nicht als feststehende Wahrheiten, sondern als offene Modelle, die sich in der Realität bewähren müssen. Deshalb versteht sie sich nicht nur als Think Tank, sondern ist – wo immer möglich – an der operativen Umsetzung beteiligt. Ebenso wichtig wie die Propagierung von Konzepten ist ihr der Aufbau von Netzwerken in Politik und Wissenschaft, die die Umsetzung der Konzepte ermöglichen. Berührungsängste kennt sie nicht.

Wie die Debatte um den Bürgerhaushalt gezeigt hat, geht es um die Mobilisierung und Abschöpfung kreativer Ressourcen ohne Ausweitung des institutionellen Terrains. Der Bürgerhaushalt im Sinne der Bertelsmann Stiftung ist eine Form neoliberaler Gouvernementalität (Foucault). Sie zielt auf eine Ökonomisierung des Sozialen. Der Abbau staatlicher Leistungen wird verkoppelt mit dem Appell an „Eigenverantwortung" und selbstregulatorische Kapazitäten von autonomen Subjektivitäten (Ehrenamt). Der Kampf um einen emanzipatorischen Bürgerhaushalt in Form eines Beteiligungshaushaltes muss erst noch geführt werden.

Moe Hierlmeier ist Redakteur von *Fantômas* und lebt in Nürnberg.

Anmerkung:

1) Die Bundeszentrale für politische Bildung engagiert sich vor allem bei den Bürgerhaushalten der Berliner Bezirke. Damit beschritt sie, so ihr Leiter Thomas Krüger, Neuland, da sie erstmals in einem konkreten Aktionsfeld zivilgesellschaftlicher Partizipation aktiv wurde.

Literatur:

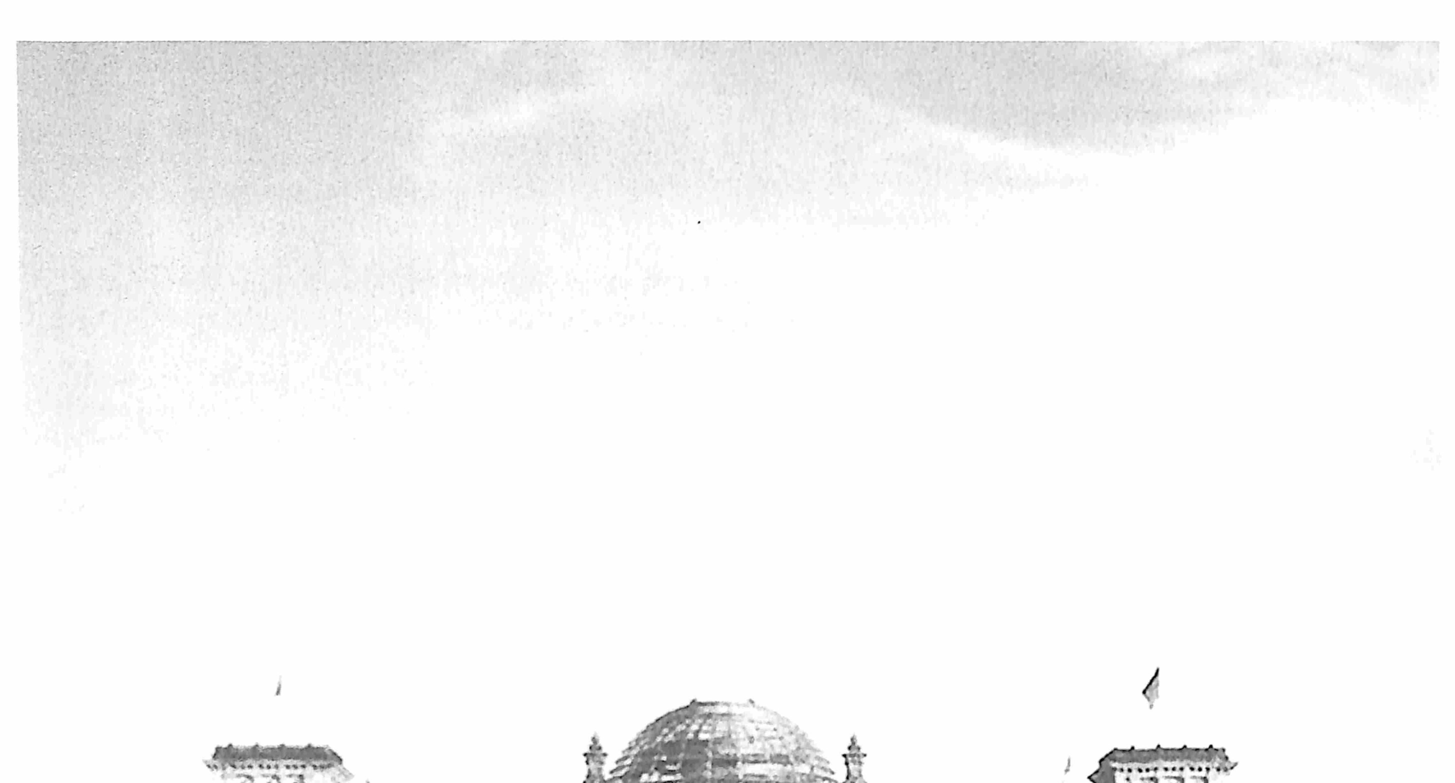
Werner Biermann / Arno Klönne: Agenda Bertelsmann. Ein Konzern stiftet Politik. Köln 2007

Bernhard Leubolt: Staat als Gemeinwesen. Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre. Wien/Münster 2006

Die Zitate der Bertelsmann Stiftung stammen aus diversen Papieren, die alle auf ihrer Homepage zugänglich sind. Zentral ist das Strategiepapier „Gesellschaftspolitische Ziele und Perspektiven der Bertelsmann Stiftung. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft."

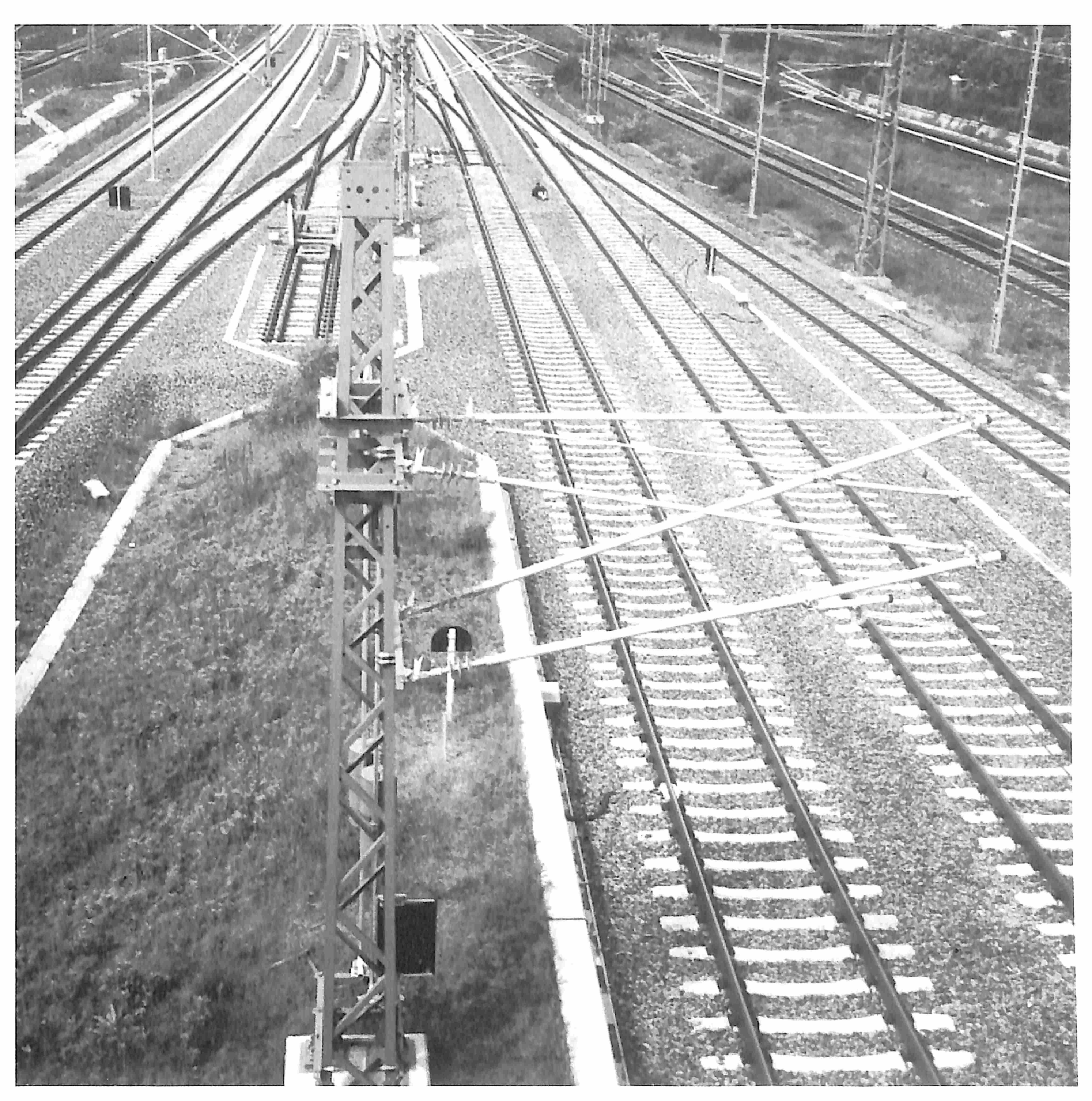
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F14-136FDB3B/bst/xcms_bst_dms_16282_16283_2.pdf

s.a.forum 2/2003 - Das Magazin der Bertelsmann Stiftung





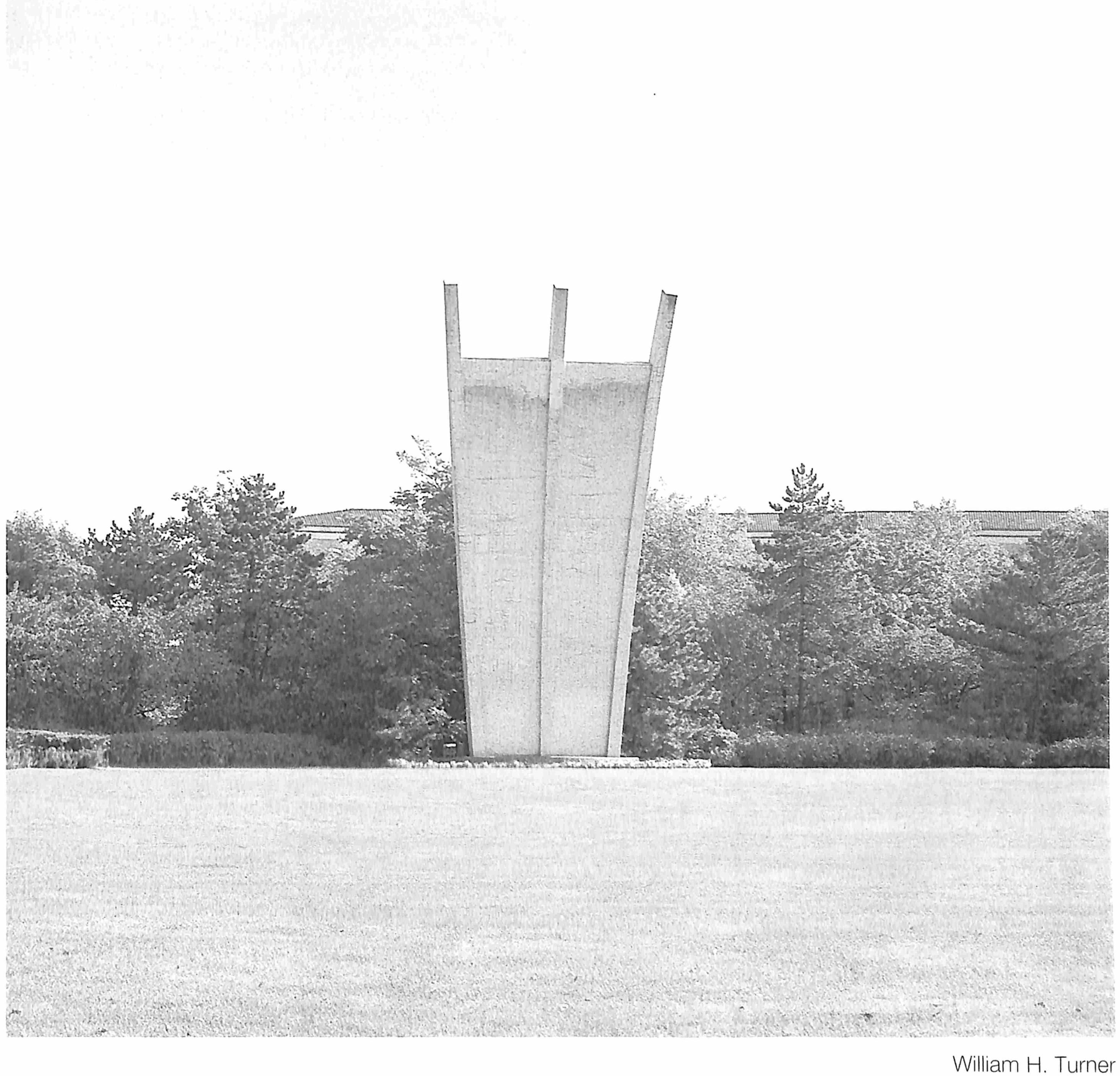
Marinus van der Lubbe



Heinrich Himmler



Jesse Owens



William H. Turner

„IT'S THE WAVE OF THE FUTURE – CATCH IT NOW!"

DER NEUE TREND ZUR RETTUNG DER WELT: PHILANTHRO-KAPITALISMUS

Eine neue Generation von Spendern will die Welt durch die Kraft des Kapitals revolutionieren. Gemeinnützige Institutionen, NGOs und der Sozialbereich werden als großer Markt gesehen, auf dem sich die besten Service-Unternehmen durchsetzen. Den Spendern geht es sowohl um die Schaffung neuer Finanzierungsmöglichkeiten jenseits von Staatsgeld und klassischer Spende, als auch um ideologische Geburtshilfe für einen neuen Typus von Hilfsorganisation, ein Mischgebilde zwischen Charity und Wirtschaftsunternehmen. Armut ist ein Wachstums-Business, so ihr Credo, und ihre Bekämpfung bietet ungeahnte Potenziale.

VON MIRIAM EDDING

Seit der Mega-Spende des US-amerikanischen Investors Warren Buffet an die Bill & Melinda Gates Foundation geistert ein neues Wort durch die Medien: Der „Philanthro-Kapitalismus" soll die Welt von den großen Problemen wie Armut, Krankheit, Unterentwicklung und Klimawandel erlösen. 31 Milliarden US-Dollar hat Buffet, der angeblich drittreichste Mann der Welt, der Stiftung von Bill Gates, der Nummer Eins auf der Reichen-Liste, zugesagt, um den Kampf gegen Krankheiten in den armen Teilen der Welt endlich zu gewinnen.

Über die „Retter der Welt" berichtete der *Spiegel* angesichts des politisch und finanziell schwergewichtigen Einsatzes von Bill Clinton und Al Gore gegen den Klimawandel, und auch *Die Zeit* widmete dem neuen Trend unter der Überschrift „Mal eben die Welt retten" eine Titelstory. Das medienwirksame Engagement von prominenten Politikern, Finanz-Tycoonen und Filmstars ist aber nur die Spitze des Eisbergs: Große private Stiftungen sind dabei, sich als einflussreichste Geldgeber für den so genannten Dritten, den „Non-Profit"-Sektor zu etablieren. Die Tatsache, dass die Gates Foundation über ein Jahres-Budget von 2,4 Milliarden Euro verfügt und damit doppelt so viel ausgeben kann wie die Weltgesundheitsorganisation WHO, verdeutlicht die Macht dieser privaten Stiftungen.

MESSBARKEIT, TRANSPARENZ, EFFEKTIVITÄT

Ehemals überwiegend staatliche Aufgaben wie die Finanzierung von Bildung, Gesundheit und Entwicklungspolitik werden in Zukunft weltweit zunehmend von privaten Geldgebern finanziert oder kofinanziert sein. Vermeintlich wegweisende Pilotprojekte erhöhen den Druck auf die anderen Organisationen im sozialen Sektor, sich den inhaltlichen Vorgaben dieser gut ausgestatteten Vorzeige-Projekte anzupassen. Gleichzeitig etablieren die„Global Players" im Hilfs-Business einen Diskurs, der einen – um im Jargon zu bleiben – nachhaltigen Einfluss auf die sozial-politische Landschaft nehmen wird.

Die Grundidee der Hilfs-Elite ist einfach: Die Methoden, die der kapitalistischen Wirtschaft zu ihrem durchschlagenden Erfolg verholfen haben, müssen einfach nur auf den sozialen Bereich angewendet werden. Würden das Know-how, die Effektivität und der Unternehmergeist der Wirtschaftsmanager in dem chronisch unter Geldnot leidenden, uneffektiven, verschwenderischen und prinzipiell nicht lösungsorientiert arbeitenden Dritten Sektor angewendet, so die Logik, dann ließen sich die Probleme der Welt schon in den Griff bekommen. Folglich geht es darum, auch die klassische Spende oder Mittelvergabe als „soziale Investition" zu begreifen, einen möglichst hohen „sozialen Gewinn" zu erwarten und dementsprechend vielversprechende Organisationen als Spendenempfänger auszuwählen.

Begriffe wie Venture Philanthropy, Social Investment, Social Return und High-Potential Nonprofit Organization schwirren durch die englischsprachige Fachpresse. Unter Venture-Kapital versteht man privates Geld, das in nicht börsennotierte junge Unternehmen investiert wird, um diesen eine Anschubfinanzierung oder Wachstum zu ermöglichen. Das Risiko einer solchen Geldanlage ist sehr viel höher als bei herkömmlichen Investitionen, aber die erwartete Gewinnspanne ist es auch. Oft tritt der Geldgeber, der sich mit seiner Investition quasi in das Unternehmen einkauft, gleichzeitig als Berater auf, der durch sein Wissen dem Startup-Unternehmen zum Erfolg verhilft. Dieses Modell, auf soziale Einrichtungen angewandt, wird dann als „Venture Philantropy" bezeichnet. Zentrale Kriterien, um den Erfolg der eigenen „sozialen Investition" zu bestimmen, sind Messbarkeit, Transparenz und Effektivität der erzielten Resultate. Die Frage des Outputs nimmt großen Raum in den aktuellen Debatten ein: Die New Yorker Stiftung Robin Hood etwa wirbt damit, dass für jeden investierten, also gespendeten US-Dollar zwölf US-Dollar an sozialem Gewinn erwirtschaftet würden. In der anglo-amerikanischen Charity-Szene sind Sätze zu finden, wie ansonsten nur in den Werbe-Flyern von Finanzinvestoren: „better value for your money" – „mehr Gewinn für Ihr eingesetztes Geld" – sind normaler Bestandteil der Mitteleinwerbung.

Staatlich finanzierten Einrichtungen wird mangelnde Transparenz vorgeworfen, weil diese ihre Erfolge nicht auf Heller und Cent belegen können. Demgegenüber zielen die neuen Stiftungen darauf, ihren Einfluss auf die von ihnen geförderten „high-potential-non-profit"-Organisationen zu stärken. Die Institution, in die investiert wird, ist dem Geldgeber gegenüber rechenschafts-

pflichtig, und wenn sie nicht die erwarteten Resultate bringt, wird das Kapital abgezogen. Kapitalistische Konkurrenz belebt nicht nur das Geschäft, sondern gilt als ein für die Verbesserung der Arbeit von NGOs und sozialen Einrichtungen unerlässlicher Faktor: „Notwendig: Gesunder Wettbewerb im globalen Philanthropy-Markt" lautet die Überschrift eines Artikels in der internationalen Philanthropy-Fachzeitschrift *alliance magazine*. Matthew Bishop, ansonsten Autor der Wirtschaftszeitung *The Economist*, fährt fort: „ Und der beste Weg, diese Potenziale zu nutzen ist der offene und transparente Wettbewerb zwischen Philanthropen, damit die guten Ideen und Ansätze die schlechten verdrängen."

Eine Kreuzung aus Bill Gates und Mutter Teresa

Ein weiteres zentrales Konzept der Philanthrokapitalisten ist das „Soziale Unternehmertum". Auch wenn der Begriff noch unterschiedlich gefüllt wird, verweist auch er auf die Grundannahme der wirtschaftsgläubigen Weltverbesserer: Dass nämlich die Hauptprobleme der Menschheit durch ein Mehr an wirtschaftlichem Handeln zu lösen seien. Der Dritte Sektor gehört demnach in die Hände von Menschen mit unternehmerischen Fähigkeiten und bloß nicht in die Hände des Staates. Der Bereich Soziales soll nicht von Steuern leben, sondern vom Engagement wirtschaftlich handelnder Subjekte: „Mittelvergabe und Spenden", die nur auf Wohltätigkeit zielen, führen eher zu Abhängigkeit als zu einer Unternehmenskultur, die dem Gemeinwesen hilft, aus der Spirale der Unterfinanzierung heraus zu finden" lautet das Credo der Sozialunternehmer. (1) Soziale Unternehmen kombinieren soziales Engagement mit wirtschaftlichem Handeln. Angesichts sinkender Sozialausgaben des Staates sollen soziale Einrichtungen sich finanziell selbst tragen. Ein typisches Beispiel für ein Social Enterprise ist die international tätige Hilfsorganisation Oxfam, die Teile ihrer Arbeit durch professionell betriebene Second-Hand-Läden finanziert, in denen von ehrenamtliche MitarbeiterInnen ausschließlich gespendete Kleidung verkauft wird. Auch die Inwertsetzung der eigenen Arbeit ist ein zukunftsträchtiges Modell: So gibt es in England und den USA immer mehr Institutionen, die ihr „soziales Wissen" vermarkten. Die in London ansässige New Philanthropy Capital (NPC) zum Beispiel bietet interessierten SpenderInnen den Service, in Frage kommende soziale Spendenorganisationen nach Effektivität und Qualität zu bewerten. Neue Spendenpotenziale werden aufgetan, in den Dritten Sektor fließt mehr Geld. Und NPC lässt sich für diesen Service bezahlen.

Unter Social Entrepreneurs werden aber auch Menschen verstanden, die mit dem *drive* und den Fähigkeiten des idealtypischen Unternehmers, für den alle Probleme nur dazu da sind, gelöst zu werden, die Welt zum Besseren verändern. Bei der Lobpreisung des Social Entrepreneurs stimmen seine Promoter geradezu revolutionäre Töne an: „Gebt mir einen Hebel, der lang genug ist, und ich werde die Welt bewegen" zitieren Arthur Wood und Maximilian Martin vom UBS Philanthropy Service den griechischen Mathematiker Archimedes, um das Weltbild der Social Entrepreneurs zu beschreiben. Es geht um eine Art Kreuzung aus Bill Gates und Mutter Theresa, um Menschen, die ihre innovativen Ideen solange verfolgen, bis sie den gewünschten „system change" erreichen. Der Gründer der Grameen Bank und Erfinder der Micro-Kredite, Muhammad Yunus, gilt in der „Szene" als der Prototyp des Social Entrepreneur. Sein Modell der Kreditbeschaffung für die Ärmsten der Welt ist inzwischen weltweit anerkannt und Yunus Nobelpreisträger.

Mit Esprit für neuen Unternehmergeist

In Deutschland sind es noch relativ wenige, die sich die Idee von den Social Entrepreneurs als neuen Rettern der Welt auf die Fahne geschrieben haben. Dafür sind das aber „alte Bekannte": Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums, hat im Jahr 1998 die Schwab Foundation for Social Entrepreneurship gegründet, die jährlich einen Preis an die erfolgreichsten Sozialunternehmer Deutschlands vergibt. Die Bertelsmann-Stiftung, die in Deutschland als eine Art Think Tank für die Modernisierung des Kapitalismus agiert, zeichnet in Wettbewerben Social Entrepreneurs aus. Auch die Eberhard-von-Kuenheim-Stiftung (BMW-Stiftung) hat die Zeichen der Zeit erkannt und fördert Menschen, die sozial-unternehmerisch handeln. Allerdings wirbt sie etwas plumper als die anderen Akteure ganz offen für den eigenen Nutzen dabei: Auf ihrer Homepage endet der euphorische Aufruf, sich mit Esprit für den neuen Unternehmensgeist einzusetzen, so: „Freude am neu:wagen." Die Diskussion um Soziales Unternehmertum und Venture Philanthropy steckt in Deutschland noch in den Anfängen. Aber es ist davon auszugehen, dass sie auch hier in den nächsten Jahren an Fahrt aufnehmen wird. Es liegt auf der Hand, dass Weltrettungsstrategen, die auf die heilende Kraft des Marktes setzen, die Ursachen für die zu lösenden Probleme nicht im Markt begründet sehen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass Arbeits- und Produktionsbedingungen sowie internationale *Terms of Trade* in der Argumentation der Philanthrokapitalisten nicht vorkommen.

Interessanter ist daher die Kritik, dass die Sozialunternehmer den gesamten Dritten Sektor aus der Sphäre des Politischen herauslösen wollen. Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung sind in philantrokapitalistischer Logik keine gesellschaftlichen Aufgaben mehr, die von politischen Institutionen mit demokratischer Legitimation gestaltet werden müssen, sondern werden zu rein technischen Problemen, die durch lösungsorientiertes Management optimal zu bearbeiten sind. Die angebliche Ideologielosigkeit der neuen „Macher", die Probleme effektiv bewältigen, ohne sich mit politischen Überlegungen aufzuhalten, überträgt die undemokratische und elitäre Funktionsweise der Privatwirtschaft auf den Bereich des Sozialen. Nicht in der finanziellen Privatisierung des Sozialen Sektors liegt die Hauptgefahr, sondern in der Privatisierung der Entscheidungsgewalt über zentrale politische Bereiche der Gesellschaft.

Miriam Edding ist seit zwei Jahren selber im „Weltrettungswesen" tätig und immer noch damit beschäftigt, Einblick in die schöne neue Stiftungswelt zu bekommen. Angesichts der dort geführten Debatten schwankt sie zwischen Faszination und Grusel.

Anmerkung:

1) Sir Ronals Cohen, UK Social Investment Taskforce zitiert nach: Clare Goff, „It's the wave of the future: catch it now", in: *socialenterprise*, May 2006, Issue 47

JOINT VENTURE FÜR DEN GEMEINSINN

Millionen Menschen arbeiten unentgeltlich, nach Angaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend meist in den Bereichen „Sport" und „Geselligkeit". In anderen Sektoren besuchen freiwillige HelferInnen Kranke und Hochbetagte oder packen bei Unfällen und Katastrophen zu. Fantômas stellt dem hochherzigen Lob des Gemeinsinns die profane Frage nach dem gemeinen Nutzen und schließt dem noch eine Polemik gegen zwei prominente Protagonisten der „Mobilmachung im Feld des Sozialen" an.

VON ERIKA FEYERABEND

Allein im Sozial- und Gesundheitswesen leisten die HelferInnen 4,4 Milliarden unbezahlte Arbeitsstunden, geschätzt im Wert von 109 Milliarden €. Das Wirken ohne Lohn hat Tradition. Die sozialen Dienste waren bis ins 19. Jahrhundert eine ehrenamtliche Domäne von Frauen. Als die Pflege zum Beruf der Frauen wurde, waren vor allem ihre mal biologisch, mal sozialisatorisch imaginierten „weiblichen" Eigenschaften gefragt: Dienen, Barmherzigkeit und Berufung. Seit jeher sind in den Kleiderkammern der Arbeiterwohlfahrt, beim Blutspendedienst des Deutschen Roten Kreuzes oder bei kirchlichen Wohlfahrtsverbänden unbezahlte Hilfen inklusive Barmherzigkeitspostulaten fest einkalkuliert.

Seit einiger Zeit wird der verstaubt wirkende Begriff des „Ehrenamts" renoviert und unter neuen Titeln beworben. So genannte Freiwilligenagenturen vermitteln per Telefon und Internet unbezahlte soziale Arbeit. Im „Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement" finden sich Wohlfahrtsverbände mit Rettungsdiensten, Freiwilligenagenturen, Patientenselbsthilfe, spendenden Unternehmen und Landesministerien zusammen. Die rot-grüne und die große Koalition beschwör(t)en das „bürgerschaftliche Engagement". In groß angelegten Untersuchungen wird unausgeschöpftes Potenzial ausgemacht und über öffentliche Diskurse, verbesserte Haftpflicht und Steuervergünstigungen mobilisiert.

„GEMEINSINN" WOFÜR?

Welche arbeitsmarktpolitischen Effekte werden über die Konjunktur des „Gemeinsinns" bewirkt, welche Subjekte auf diese Weise an- und damit auch hervorgerufen und für welche Ökonomien? Politische Akteure beschwören das „bürgerschaftliche Engagement" als den „sozialen Kitt", der die Gesellschaft zusammenhält und sinnstiftend wirkt. Gerade ein demontierter Sozialstaat braucht neu mobilisierte Arbeit, unbezahlte natürlich. Die Arbeiterwohlfahrt ergreift die „Initiative Ehrenamt". Das Diakonische Werk findet: „Handeln Ehrensache". In der Image-Produktion wird das Primat der Ökonomie unkenntlich. Die Mitgliederbindung funktioniert über den Verweis auf Hilfe und Wohltat. Ganz und gar materiell, ermöglichen unbezahlt Engagierte, dass bezahlte Arbeit bei der Betreuung von Kranken und Alten auf reine „Funktionspflege" verdichtet wird. Sie schließen die Lücken, die sozialpolitische Streichprogramme und profitorientierte Dienstleistungsanbieter hinterlassen. Denn die abhängig beschäftigte Pflegerin gilt als unwirtschaftlich, wenn sie mit der hochbetagten Frau Müller quatscht.

Viele, die sich freiwillig anstrengen, gehen dort gleichzeitig ihrem Broterwerb nach. Zum Beispiel Bernd Kentsch. Er ist gerne Krankenpfleger und arbeitet in seiner Freizeit unbezahlt als DRK-Rettungsassistent. „Was ich hier machen darf, ist geregelt. Was ich machen kann, ist absehbar. Beim Rettungseinsatz ist nichts vorhersehbar. Bei den Auslandseinsätzen ist das noch extremer. Da muss ich ständig improvisieren." Die regulierten und entfremdeten Bedingungen der Lohnarbeit ebnen die Wege in die „Freiwilligenkultur". Reimer Gronemeyer ist bei der „Aktion Demenz" aktiv. Als pensionierter Professor für Soziologie möchte er mit Nachbarschaftshilfen und einer „neuen Kultur des Helfens" die Versorgung Altersverwirrter verbessern: „Leute, die als Krankenschwestern, Behindertenbeauftragte etc. mit der Thematik Demenz befasst sind, lassen sich zu freiwilligen Tätigkeiten bewegen. Da hoffen sie auf Problemlösungen im eigenen Berufsalltag, auch auf Projekte und neue Betreuungsformen." Es sind die festgefahrenen Sozialbürokratien, die nur im unbezahlten Engagement auf neue Anregungen hoffen lassen.

EINE NEUE „KULTUR" – FÜR WEN?

Was halten die Hilfebedürftigen von der „neuen Kultur"? Gerlef Gleis berät als Mitarbeiter des Vereins *Autonom Leben* in Hamburg behinderte Menschen, ohne Heim und finanziell abgesichert leben zu können. Er sieht den Rechtsanspruch auf bezahlte Leistungen gefährdet. Die Hilfsbedürftigen werden wieder zu Almosenempfängern. „Schon im Pflegeversicherungsgesetz steht: Die Pflegekassen und der Medizinische Dienst unterstützen und fordern die Betreuung durch hauptberufliche und ehrenamtliche Pflegekräfte. Der Trick: Pflegekassen und Gesetzgeber müssen den Hilfebedarf nur teilweise decken. Wenn behinderte Menschen beim Sozialhilfeträger Anträge stellen, nutzen diese Behörden solche Gesetze. Das ‚soziale Umfeld soll helfen – ganz dreist, um Kosten zu sparen. Ob es dieses Umfeld auch konkret gibt, spielt dann keine Rolle mehr."

Im Feld des Sozialen sind auch Langzeitarbeitslose anzutreffen. Als Ein-Euro-Jobber verteilen sie in Altenheimen Essen oder backen „zusätzlich" Kuchen für die Heimküche, was den Bäcker

um die Ecke brotlos macht. Sie reinigen „zusätzlich" im Krankenhaus, nachdem die Zeiten für den externen Reinigungsdienst gestreckt wurden. Selbst der Bundesrechnungshof stellt fest, dass viele dieser Jobs weder öffentlichem Interesse dienen noch „zusätzlich" und wettbewerbsneutral sind. Sie entstehen, wo Arbeitsplätze abgebaut werden und ähneln in ihren arbeitsmarktpolitischen Wirkungen dem freiwilligen Engagement. In manchen Kommunen wird „Bürgerarbeit" propagiert. Die völlig „Chancenlosen" mit „multiplen Vermittlungshemmnissen" sollen auf ALG-II-Niveau so von der Straße, die Gemeinschaft nichts kosten und einer „sinnstiftenden Aufgabe" geführt werden. Auch dafür ist der Gemeinsinn gut. Es erzeugt die fortgeschrittenste Form, sich als „Produktivkraft" verstehen zu lernen – selbst dann, wenn man nicht mehr gebraucht und zu „Sinn" gezwungen wird.

Mobilmachung im Feld des Sozialen. Eine Polemik

Gesundheitspolitik, Bildung, Rente, Pflege und Kinderkriegen sind prominente Kraftfelder parlamentarischer Politik geworden. Ursula von der Leyen kann als Ministerin viel beachtet die außerordentliche Bedeutung von Kinderbetreuung und Elterngeld für Ökonomie, Standort- und Arbeitsmarktpolitik vertreten. Medienschaffende und PolitikerInnen kommentieren ihre Vorschläge unterschiedlich. Manche begrüßen ihren Willen, Beruf und Kinder vereinbar zu machen. Andere verdächtigen das Elterngeld zu recht, vor allem „gebärunwillige" Akademikerinnen zu bevorteilen. Sie sollen Kinder kriegen, in zertifizierten Paarbeziehung oder alleine. Dass hier auf einer randständigen Spielwiese agiert wird, meint niemand. Das Feld des Sozialen wird als ökonomisch wichtig angesehen. Das ist alles andere als selbstverständlich. Über Jahrzehnte forderte die Frauenbewegung, dass Geschlechterbeziehungen und Erziehung in den Fokus der Politik gehören. Bekommen haben wir Ursula von der Leyen. In medienkompatibler Vorbildfunktion als sechsfache Mutter und prominente Bundestagsbeamtin in einer Person, macht sie bevölkerungspolitische Planungen salonfähig. Hinter der Rhetorik von Gleichberechtigung und kindlicher Frühförderung verschwindet die Frage, ob denn der Körper der Bevölkerung überhaupt Objekt staatlicher Planungsinteressen sein soll.

Tückische Gerechtigkeitsrhetoriken

Karl Lauterbach ist gelernter Mediziner, Gesundheitsökonom und SPD-Bundestagsabgeordneter. Normalerweise ist bei diesem Hintergrund nichts wirklich Gutes zu erwarten. In Talk-Shows und im Buchformat wettert er unermüdlich gegen den „Zwei-Klassen-Staat". Seine Diagnose ist populär und scheint auf den ersten Blick mit linken Positionen kompatibel zu sein: Die Bildungschancen sind schlecht verteilt. Die Hauptschule gehört abgeschafft und eine Vorschule auf „hohem Niveau" für alle etabliert. Die besser Verdienenden sollen die Einkommensschwachen in einer Bürgerversicherung mitversorgen. Das Rentensystem ist marode und muss mit einem Kapitalstock abgesichert werden, aber nicht durch Rentenkürzungen und private Versicherungsagenturen. Auch die Pflegeversicherung muss von allen finanziert werden und Ansprüche auf Unterstützung konsequent bei Einkommensschwachen ansetzen.

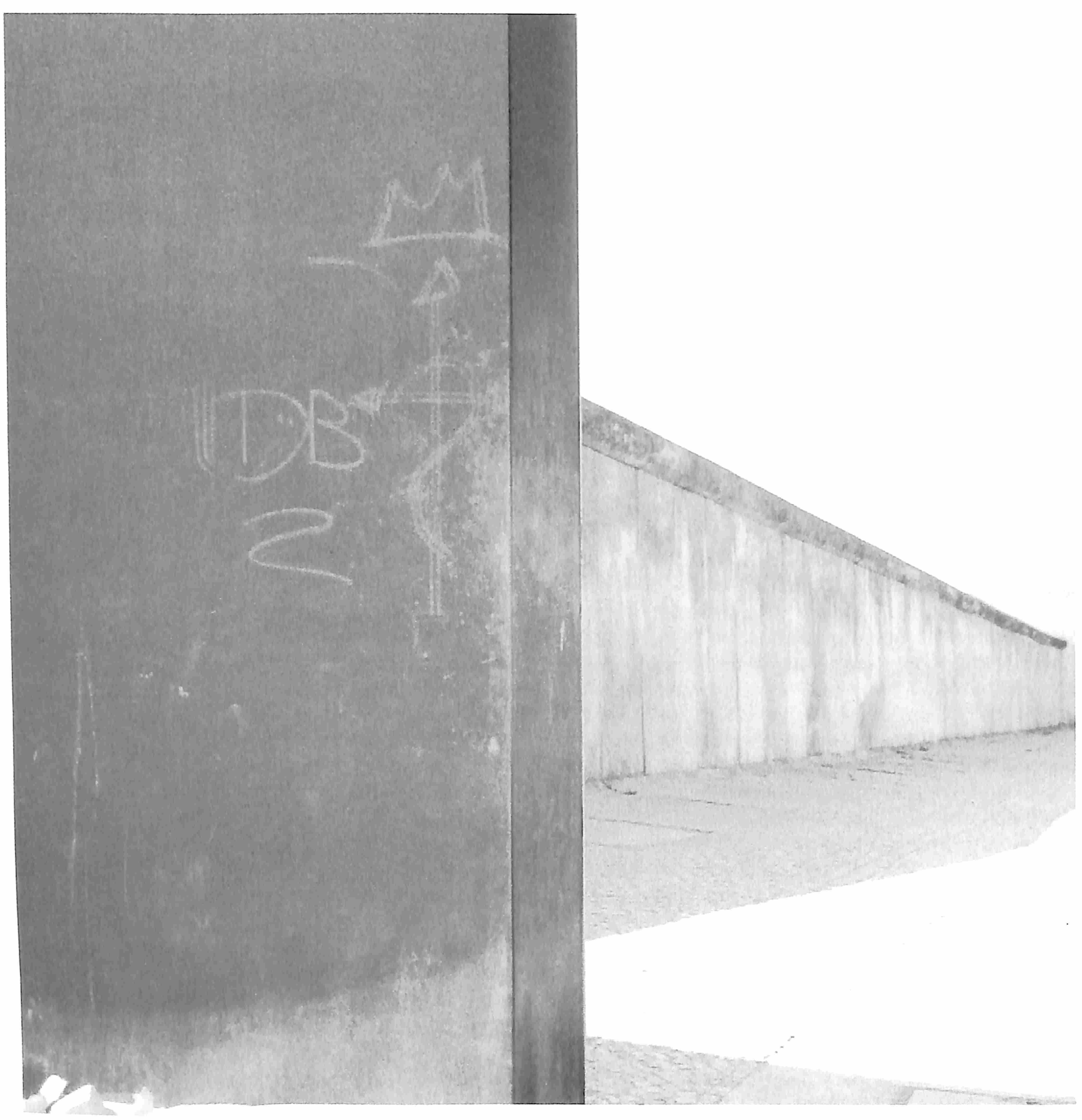
Das hört sich gut an, manche bedauern, dass Lauterbach für seine Forderungen keine parlamentarischen Mehrheiten bekommen wird. Und nach all den Jahren neoliberaler Privatisierungs- und Wettbewerbslogiken ist der Appell, gerechte Zugänge zu Bildung und Versorgung im Krankheitsfall oder Alter zu ermöglichen, realpolitisch hilfreich. Aber auch seine Entwürfe transportieren mehr als schöne Gerechtigkeitsrhetoriken.

Deutschland sei „schutzlos den Herausforderungen des demographischen Wandels und der Globalisierung ausgesetzt", sagt er. Und was macht das Bildungswesen? „Wir produzieren überwiegend Mischakademiker, die weder sehr günstig noch wirklich Weltklasse sind, und wir produzieren davon noch zu wenige." Dramatische Aussichten: „Die Nachfrage nach Häusern, Autos, Motorrädern und Einbauküchen wird wegen der sinkenden Geburtenraten genauso zurückgehen wie der Bedarf an Fabriken oder Facharbeitern, die dort arbeiten können." Um die Distanz zwischen Ist-und Soll-Zustand zu überwinden, müssen „Erneuerer, Leistungsträger und Konsumenten" her. Die Ökonomisierung des Sozialen kann nicht deutlicher hervortreten. Kindergärten und Ganztagsvorschule hoffen technokratisch auf eine neue Generation weltmarktfähiger Arbeitskraftunternehmer. Platz für BilliglohnarbeiterInnen gibt es in anderen Weltregionen genug.

Ökonomischer Imperativ

Wie soll der Systemfehler „Privatversicherung" gebändigt werden? Durch einen staatlicherseits neu justierten Wettbewerb. Zu gleichen Preisen sollen Kliniken, Ärzte und Apotheken ihre Dienstleistung anbieten, egal ob privat oder gesetzlich Versicherte an ihre Tür klopfen. Im „Supermarkt" der Krankenbehandlung möchte Lauterbach die Konkurrenz steigern – über transparentere Produktinformationen und Qualitätsmanagement. Das ist kein Versuch, die ohnehin fiktiven „Kräfte des Marktes" zu ersetzen oder abzufedern, sondern eine Politik der permanenten Mobilisierung ökonomischer Ressourcen. Bei der Gelegenheit lernen auch wir, Unternehmer unseres eigenen Lebens zu werden. Wir vergleichen Preise und standardisierte Qualitätsnormen im Gesundheitswesen. Wir optimieren unseren Gesundheitsstatus über tägliche Vorsorge und periodische Teilnahme an Früherkennungsprogrammen. Wir vergessen dabei nicht, die präventive Wirkung unserer Bildungsressourcen, die laut Experten Demenz und kostenträchtige Pflegezeiten minimieren kann. So wird der ökonomische Imperativ in der Daseins-Vorsorge nicht etwa abgeschwächt, sondern unendlich gesteigert.

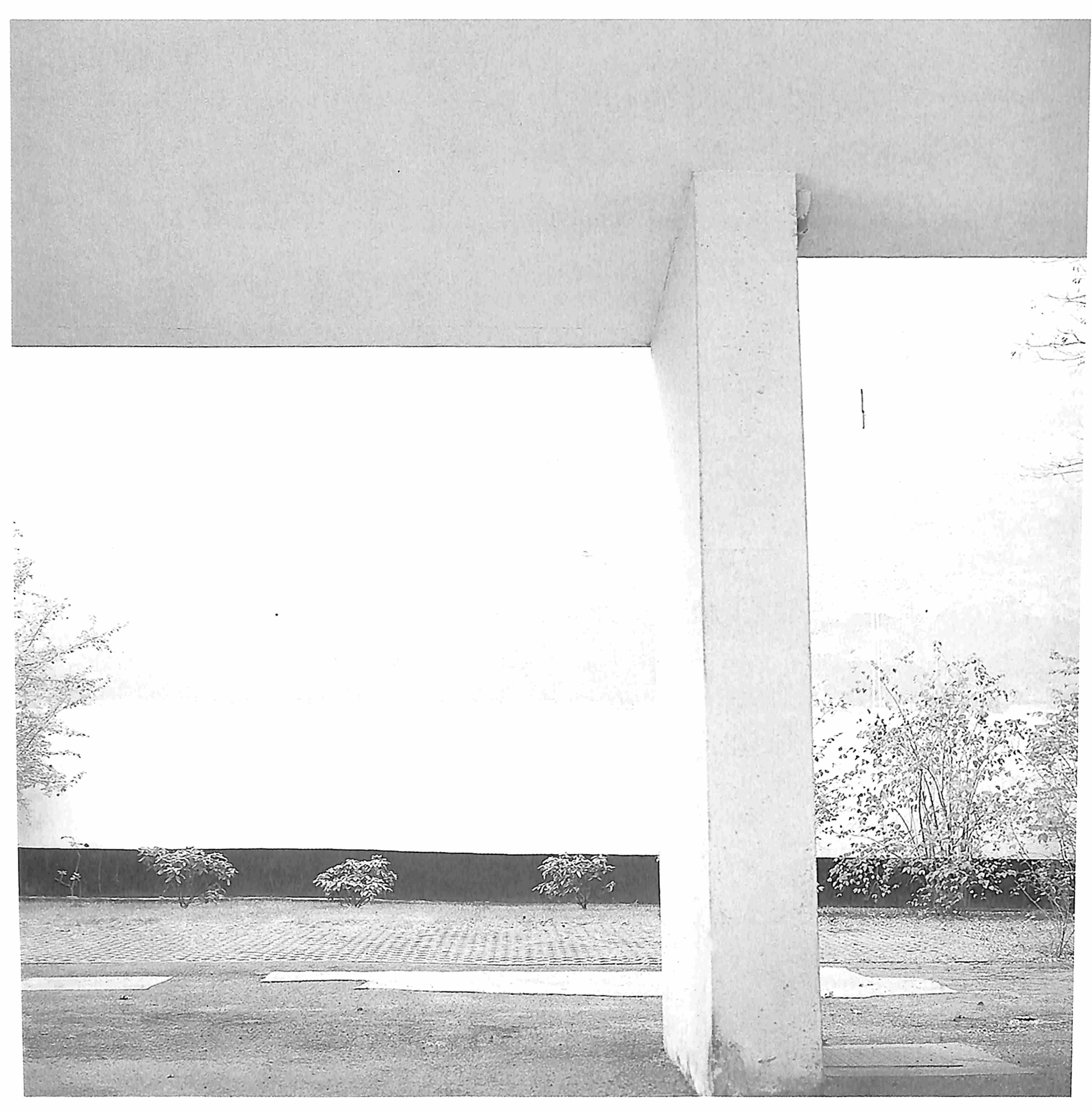
Erika Feyerabend ist Redakteurin von *Fantômas*, lebt in Essen und ist aktiv bei *BioSkop – Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften*.



Walter Ulbricht



John F. Kennedy



Benno Ohnesorg



Georg von Rauch

Exklusion durch Integration

Zur Produktion und Administration der Überflüssigen

Der folgende Beitrag ist ein stark gekürzter Auszug aus einer 2006 in der Berliner Debatte Initial Nr. 5 publizierten Studie Zur Lage in Ostdeutschland. Darin werden nach einer dichten Bestandsaufnahme der aktuellen Situation vier Thesen zum Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung formuliert:
1.) Die Zersetzung der fordistischen Erwerbsgesellschaft schreitet voran, bringt aber keinen „neuen funktionsfähigen Typ von Erwerbsarbeit" hervor.
2.) Der andauernde Umbruch führt deshalb systematisch zur Exklusion „überflüssiger" Segmente der Gesellschaft.
3.) Die Exklusion vollzieht sich nicht „pur", sondern durch besondere Verfahren der Inklusion der „Überflüssigen", die sich von den auf Teilhabe orientierten Inklusionsverfahren des Fordismus grundsätzlich unterscheiden.
4.) Der „sekundäre", weil auf den fordistischen folgende „Integrationsmodus" wurde in Ostdeutschland erprobt und wird von dort auf die ganze Bundesrepublik übertragen.

VON RAINER LAND

Im Zentrum der Diskussion um die Probleme in Ostdeutschland steht die durchgängig hohe Arbeitslosigkeit, die seit Ende der 1990er Jahre weiter anstieg und regional eine Quote von bis zu 30% erreicht. Rechnet man die Personen in Arbeitsmarktmaßnahmen und die stille Reserve hinzu, so kann regional von einer Unterbeschäftigung zwischen 30 und 50% ausgegangen werden. Damit einher geht eine Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung. Die Erosion der Erwerbsarbeit und die Arbeitslosigkeit bezeugen den Umbruch des fordistischen Wirtschafts- und Sozialmodells, ist doch der Fordismus die typische, dominant auf abhängiger Beschäftigung beruhende Erwerbsarbeitsgesellschaft, in der Arbeitslosigkeit die Exklusion aus der für diese Gesellschaft typischen Form der Vermittlung von Wirtschafts- und Lebensweisen bedeutet. Die DDR war eine fordistische Erwerbsarbeitsgesellschaft in staatssozialistischer Variante, in der die Orientierung an der Erwerbsarbeit sogar noch stärker ausgeprägt war als in Westdeutschland.

Gespaltene Arbeitsmärkte

Die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten sind kein direkter Indikator der damit verbundenen sozialen Probleme. Eine Arbeitslosenquote von 20% kann sehr Unterschiedliches bedeuten: Sind 20% der Erwerbstätigen ständig arbeitslos oder sind alle Erwerbstätigen 20% des Jahres arbeitslos und 80% beschäftigt? Wo zwischen diesen Extremen verläuft die tatsächliche Entwicklung?

– Noch im Jahr 2000 war die Hälfte der Ostdeutschen in abhängiger Beschäftigung im klassischen fordistischen Erwerbsverlauf, weitere knapp 10% mit kurzen Unterbrechungen, zusammen also etwas mehr als 58%. In Westdeutschland waren es noch über 75%. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren parallel zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung weiter zurückgegangen.

– Auf der anderen Seite finden wir einen relativ geringen Anteil von Personen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind. Er liegt zwar höher als in den westlichen Bundesländern, macht aber weniger als ein Viertel der stichtagsbezogenen Arbeitslosenquote aus. Auch ist der Anteil der Dauerarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Osten geringer als im Westen.

– Ein Drittel der Erwerbstätigen leisten subventionierte „Flexiarbeit" in Kombilohnverhältnissen. Diejenigen, die überhaupt nicht beschäftigt sind, beziehen ein Einkommen von durchschnittlich 812 €, selbst bei überwiegenden Beschäftigungsanteilen erbringen unterbrochene Sequenzen nur 1.300 € im Unterschied zu Einkommen in quasifordistischen Sequenzen mit 2.025 € monatlich.

Es sieht also so aus, als bilde sich neben dem immer noch großen, tendenziell aber abnehmenden Anteil quasifordistischer Erwerbsverläufe eine neue Art „prekärer" und fragmentierter Erwerbsbeteiligung heraus. Auch in Westdeutschland ist dieser Verlaufstyp in einer Größenordnung von etwa 10% zu beobachten. Rechnet man den schnell wachsenden Sektor geringfügiger Beschäftigung hinzu, agieren in Ostdeutschland fast 50% der Erwerbstätigen nicht mehr in fordistischen Erwerbssituationen, in Westdeutschland vermutlich 30 bis 40%.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland spaltet sich eine Erwerbsarbeitsgesellschaft, in der kaum neue „Normalarbeitsverhältnisse" entstehen. Zugleich dominieren vor allem im Dienstleistungs- und saisonalen Gewerbe (Bau und Tourismus) sowie in den Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse und umfassen einen vergleichsweise großen Teil der kleinen Selbständigen.

Arbeitsbedingungen und Qualität der Arbeit differenzieren sich zwischen verschiedenen Betrieben und innerhalb der Belegschaften zunehmend aus. Schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, Unzufriedenheit mit dem Betriebsklima und den betrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten führen zur Abwanderung qualifizierter Personen. Dem stehen allerdings auch Betriebe gegenüber, die eine langfristig angelegte Strategie der Einbindung und Qualifikation der Belegschaft verfolgen.

Insgesamt ist deshalb noch kein abgeschlossener Übergang zu einer postfordistischen Gesellschaft, wohl aber eine „gebremste" Auflösung und Fragmentierung des fordistischen Arbeitstyps zu konstatieren. Das Bild der neu entstehenden Arbeitsformen ist diffus und unscharf, eine gesellschaftliche Antwort auf die Frage, wie in den neuen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsformen soziale Sicherheit und Teilhabe praktisch aussehen könnten, steht noch aus.

Einkommen und Einkommensentwicklung

Die Realeinkommen, insbesondere die Löhne und Gehälter, stagnieren seit Mitte der 1990er Jahre, der Anteil von Einkommen, die zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, wächst und die Einkommensverteilung verschiebt sich zu Lasten der mittleren Einkommen, d.h. der Anteil niedriger Einkommen und hoher bzw. sehr hoher Einkommen nimmt zu. Das Nebeneinander von Einkommenssteigerungen und Einkommenssenkungen bei Stagnation des Ganzen ist eine dem „fordistischen Fahrstuhleffekt" (alle Einkommen wachsen bei Erhalt der Abstände) widersprechende Entwicklung. Ein wachsender Anteil von Erwerbstätigen bezieht inzwischen Löhne unterhalb des Existenzminimums, die durch ALG II aufgestockt werden müssen. Zudem dürfte der Anteil derjenigen zunehmen, deren Einkommen trotz arbeitgeberbezogener Zuschüsse nur unwesentlich über dem ALG II liegt. Erwerbsarbeit, teilweise auch in Vollzeit, vor allem aber saisonalen Schwankungen unterworfene oder mit hohen Pendlerkosten verbundene Erwerbsarbeit sichert für einen Teil der Erwerbstätigen und der Selbstständigen nicht mehr den Lebensunterhalt. Verantwortlich dafür ist auch die tendenzielle Reduzierung der Transfereinkommen, der Lohnersatzleistungen und die Reduzierung der Zahlungen für Maßnahmeteilnehmer.

Infolge der Stagnation bei den Löhnen und Gehältern findet auch bei den Renten bestenfalls ein Inflationsausgleich statt, wobei damit zu rechnen ist, dass die Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung deutlich unter die westdeutschen fallen und ein zunehmender Teil der Rentner auf Sozialleistungen angewiesen sein wird. Altersarmut wird zu einem gravierenden sozialen Problem.

Für die nachwachsenden Generationen ist der Arbeitsmarktzugang besonders für die geburtenstarken Altersjahrgänge der bis 1990 geborenen noch etwa bis zum Jahr 2012 erschwert, weil deutlich mehr junge Erwachsene ins Erwerbsleben eintreten, während nur wenige Arbeitsplätze durch Verrentung frei werden. Trotz der hohen Abwanderung von jungen Erwachsenen hat rechnerisch ein Drittel der nachwachsenden Jugendlichen keine Chance auf einen normalen Einstieg ins Erwerbsleben, sondern wird zwischen Arbeitslosigkeit (meist ALG II) und Maßnahmen (meist dreimonatigen Ein-Euro-Jobs) wechseln müssen. Rein rechnerisch wird sich das Verhältnis von eintrittswilligen jungen Menschen und vor der Verrentung stehenden älteren Arbeitnehmern nach 2012 umkehren.



„Die DDR war eine fordistische Erwerbsarbeitsgesellschaft in staatssozialistischer Variante, in der die Orientierung an der Erwerbsarbeit sogar noch stärker ausgeprägt war als in Westdeutschland."

Kohärenz und Umbruch der fordistischen Ökonomie

Die für moderne Gesellschaften typische Differenzierung des Wirtschaftens vom Leben in privaten Haushalten setzt komplexe Vermittlungen ihrer Zusammenhänge voraus. Die in Betrieben organisierten Arbeitsprozesse müssen einerseits über Märkte, Waren- und Geldkreisläufe, Kreditemission und -demission, Kapitalbildung und Kapitalentwertung zu einem Wirtschaftsprozess verbunden werden. Dieser muss wie die betrieblichen Arbeitsprozesse andererseits funktional mit den Lebensprozessen der Menschen verbunden sein – über die Organisationsformen der Erwerbsarbeit einerseits und die Konsumprozesse andererseits. Das ist nur möglich, weil bestimmte Übereinstimmungen, Kohärenzen laufend hergestellt, reproduziert und in der Entwicklung dynamisch angepasst werden. Auf der Makroebene betrifft dies beispielsweise die Menge an Arbeit unterschiedlichen Inhalts, die Lohnsumme, die Konsumgüterpreise usw. Aber diese Kohärenzen müssen in vielen Millionen Details hergestellt werden, zum Beispiel in Zusammenhänge zwischen der Organisation der Arbeit, dem Tagesablauf und der Organisation der privaten Haushalte, zwischen den Gebrauchseigenschaften einzelner Produktions- oder Konsummittel, den Informations- und Kommunikationssystemen und den Innovationsprozessen der Industrie, zwischen der Arbeits- und der Alltagskultur usw.

Grundsätzlich sind alle Kohärenzen gesellschaftlicher Funktionszusammenhänge durch die *raum-gegenständliche Ordnung* und die *sozialstrukturelle Gliederung* der Welt sowie durch die *institutionelle Regulation* von Informationen und Kommunikation vermittelt.

Die *raum-gegenständliche Ordnung*, die Welt der Werkzeuge und Produktionsmittel, Fabriken, Städte, Dörfer, Verkehrssysteme, Häuser, Wohnungen, Haushaltsgeräte, Lebensmittel, Kommunikationsmittel, enthält nicht nur die funktional erforderlichen Gegenstände, mit denen wirklich gehandelt, gearbeitet, konsumiert oder kommuniziert wird. Sie enthält sie in einer besonderen räumlichen und zeitlichen Ordnung, die latent bestimmte Zusammenhänge zwischen Handlungen ermöglicht oder ausschließt. Dies ist völlig klar, wenn man die Ordnung einer Fabrik oder die Ordnung eines Verkehrssystems oder einer Stadt im Hinblick auf

die darin ablaufenden Prozesse und Handlungssysteme analysiert. Ebenso klar ist, dass jede Phase kapitalistischer Entwicklung und eben auch der Fordismus eine spezifische raum-gegenständliche Ordnung der Welt der Handlungsmittel hervorgebracht hat, also bestimmte Fabriken, Gewerbe- und Wohngebiete, Verkehrssysteme usw.

Die *sozialstrukturelle Gliederung* muss einerseits zur funktionalen Gliederung des Wirtschaftsprozesses (der betrieblichen Arbeitsprozesse) passen und sich mit ihr verändern. Für eine fordistische Ökonomie bedeutet dies zunächst, dass verschiedene Arbeitsfunktionen in verschiedenen Erwerbsarbeitsformen und dazu passenden Lebensweisen differenter sozialer Gruppen organisiert sein müssen. Umgekehrt müssen aber auch Arbeitsformen den Reproduktionsbedingungen der verschiedenen Lebensweisen und deren kultureller Eigendynamik mehr oder weniger entsprechen. Für moderne Gesellschaften überhaupt und den Fordismus insbesondere ist entscheidend, dass der funktionale Zusammenhang zwischen Arbeit und Leben nicht starr über eine kulturell festgeschriebene ständische Arbeitsteilung hergestellt werden kann. Arbeit und Leben sind geschiedene Bereiche, die nicht unmittelbar, sondern durch Vermittlungen verbunden, die Mobilität und kulturelle Universalität zwischen den sozialen Schichten voraussetzen.

Schaffung von Überflüssigen

In der Entwicklung der fordistischen Gesellschaften haben sich die raum-gegenständliche, sozialstrukturelle und institutionelle Seite dieser Gesellschaft – grob gesprochen - stets im Zusammenhang verändert und dabei bestimmte Kohärenzen zwischen Arbeit und Leben dynamisch aufgehoben und wieder hergestellt. Seit Ende der 1970er und besonders in den 1980er Jahren und den Entwicklungen in Ostdeutschland wird dagegen sichtbar, was im *Umbruch* passiert: Zunächst gehen die Wachstumsraten zurück und die im Strukturwandel freigesetzten Arbeitskräfte werden nicht mehr vollständig durch neue Beschäftigungsfelder absorbiert. Von Zyklus zu Zyklus steigt die „Sockelarbeitslosigkeit". Überflüssige Arbeitskräfte sind nicht einfach das Ergebnis des Strukturwandels, sondern einer veränderten Entwicklungsweise, die freigesetzte Ressourcen nicht mehr zur weiteren Ausdehnung des fordistischen Produktions- und Beschäftigungsfelds nutzen kann. Die Folge sind überflüssige Arbeitskräfte, aber auch überflüssiges Kapital, überflüssige Standorte, Häuser, Wohnungen, verfallende Stadtteile, brach liegende Ressourcen, lokale und regionale Schrumpfungsszenarien. Zugleich aber entsteht auch „Neues", aber eher außerhalb der bisherigen Entwicklungslinien, etwas, was die freigesetzten Ressourcen, also die typischen Industriearbeiter, Fabrikanlagen, Verfahren und Organisationsformen des Fordismus, nicht oder nur partiell nutzen kann. Das Neue passt nicht oder nicht ganz in das alte Bild, wirkt fremd, scheint von anderswo hergekommen zu sein.

Der Zusammenhang zwischen der raum-gegenständlichen Ordnung, der sozialen Ordnung und der institutionellen Ordnung lockert sich, bricht an einigen Stellen auf, löst sich zunächst partiell. Damit gehen die Kohärenzen zwischen Arbeit und Leben verloren. Es geht also nicht nur um überflüssige Arbeitskräfte, sondern um überflüssige Bevölkerung, weil deren Lebensprozesse auch inhaltlich von der bisherigen ökonomischen Grundlage abgekoppelt, „entwurzelt" werden. Einige Institutionen verlieren ihre Funktion. Im „Überflüssig-Werden" wird der gesellschaftliche Umbruch sichtbar, noch ehe sich die Konturen einer veränderten Gesellschaft abzeichnen. Dieser Umbruch begann auch in der DDR bereits vor 1990. In den Versuchen zur Bewältigung des Umbruchs, also den 1970er und 1980er Jahren, zeigen sich aber die größten Differenzen zum Westen: der staatssozialistische Fordismus der DDR konnte Reserven zur Stabilisierung in sehr viel geringerem Maße einsetzen und die sehr viel einseitiger ausgerichtete fordistische Struktur der DDR-Wirtschaft war viel weniger in der Lage, Öffnungs- und Suchprozesse in Gang zu setzen, mit denen Akteure Wege aus der Krise hätten (er)finden können. Die Beseitigung des Systems der zentralistischen Parteienherrschaft war der erste notwendige Schritt aus der Krise. Der Beitritt zur Bundesrepublik, die eine deutlich besser funktionsfähige Wirtschaft hatte, beschleunigte das Überflüssig-Werden von Teilen der fordistischen Produktionsmaschinerie der DDR. Ihre Deindustrialisierung kann als verstärkter spätfordistischer Umbruch gedeutet werden, dessen Kehrseite eine gewisse Verzögerung dieses Umbruchs in Westdeutschland war.



„Im Umbruch wächst die Anzahl der Überflüssigen und je länger der Zustand der Überflüssigkeit anhält, desto unspezifischer und multipler werden ihre Probleme. Sie können nicht beseitigt und auch nicht klein gehalten werden, müssen aber laufend ‚bearbeitet werden', wobei sie im Verlauf der Bearbeitung weiter anwachsen."

Der sekundäre Integrationsmodus

Zum „Normzustand" einer (idealisierten) fordistischen Ökonomie gehört, dass die eingebauten Systeme zur Bearbeitung sozialer Problemlagen, insbesondere Arbeitslosenversicherung, aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe, in der Lage sind, solche Probleme zu lösen oder klein zu halten. Dies setzt aber eine Entwicklungsdynamik voraus, bei der die Freisetzungseffekte der Produktivitätsentwicklung und des Strukturwandels durch entsprechende neue Produktions- und Beschäftigungsfelder kompensiert werden. Im Umbruch ist dies nicht mehr der Fall. Zunächst stauen sich daher Überflüssige in den fordistischen Sozialsystemen, die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Teilnehmerzahlen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wächst. Die schrittweise Auflösung des fordistischen Zusammenhangs von Industrieentwicklung, Erwerbsarbeit und Lebensweisen, von Wirtschafts-, Raum- und Sozialstruktur führt zur gesellschaftli-

chen Entwurzelung des „überflüssigen" Teils der Bevölkerung. Dieser Prozess wird üblicherweise als „Exklusion" bezeichnet, wobei zu zeigen sein wird, dass die konkrete Gestalt der Exklusion durch die Art der *Bearbeitung* dieser Problemlagen ausgestaltet wird, also durch eine spezifische Art der *Integration*.

Im Umbruch wächst die Anzahl der Überflüssigen und je länger der Zustand der Überflüssigkeit anhält, desto unspezifischer und multipler werden ihre Probleme. Sie können nicht beseitigt und auch nicht klein gehalten werden, müssen aber laufend *bearbeitet* werden, wobei sie im Verlauf der Bearbeitung weiter anwachsen. Probleme der Überflüssigkeit werden deshalb zu „Merkmalen" der Person und durch die Bearbeitung der personalen Eigenschaften des betroffenen Individuums angegangen. Es entsteht ein eigenes System von Verfahren, Institutionen und Organisationen (Maßnahmen, Fallmanagement, Regelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und Langzeitarbeitslose, Trägerstrukturen). Der Zweck der dafür geschaffenen Organisationen und Institutionen ist, die Überflüssigen zu *integrieren*, praktisch werden sie allerdings nicht in das fordistische System, sondern in das Bearbeitungssystem integriert. Ihre Integration setzt die Überflüssigkeit also gerade voraus, reproduziert und gestaltet sie. Dieses Bearbeitungssystem nennen wir *„sekundären Integrationsmodus"* und unterscheiden es somit von der primären Integration, die durch Erwerbsarbeit und die Brückenfunktionen der an die Erwerbsarbeit gekoppelten Sozialsysteme vermittelt wird.

Von Ost nach West

Die Bearbeitung der personalisierten „Defizite" der Überflüssigen erfolgt unter der fiktiven Prämisse ihrer Überwindung; dies kann im Einzelfall gelingen, aber nicht massenhaft, denn jeder Erfolgsfall produziert einen Überflüssigen an anderer Stelle, solange die Umbruchssituation selbst andauert. Im Zuge dieser Zuschreibung und der Bearbeitung von Defiziten an der Person wird der multiple Charakter dieser Problemlagen erkennbar: was mit Arbeitslosigkeit und Mindereinkommen anfing, wird im Zuge der „Behandlung" immer komplexer: Qualifikations- und Motivationsdefizite werden festgestellt, Mobilität und Flexibilität sind zu gering, die Ressourcen reichen nicht zum Lebensunterhalt, Familienprobleme, Schulden, Sucht und sozialer Kompetenzmangel werden diagnostiziert und sollen wiederum „behandelt" werden. Am Ende stellt sich heraus, dass jeder Überflüssige mehr oder weniger alle Probleme hat, die man nur haben kann – das eine mehr, das andere weniger.

Der sekundäre Integrationsmodus, d.h. die Institutionen, Organisationen und Verfahren zur Bearbeitung dieses Typs von Problemlagen, ist erst im Umbruch entstanden, und zwar in Ostdeutschland. Einzelne Elemente gab es vorher schon im Westen, so ABM und andere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – aber in einem anderen Funktionszusammenhang. Die Ausdifferenzierung und stringente Durchfunktionalisierung dieses neuen Modus, der Brücken nicht mehr in die Erwerbsarbeit bauen kann, sondern Brücken an Lücken und Lücken an Brücken ins Blaue hinein, vollzog sich in den 1990er Jahren. Ausgangspunkt war der Versuch, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Bearbeitung erst des Transformationsschocks, dann der Deindustrialisierungsfolgen und schließlich der Folgen des sozioökonomischen Umbruchs in Ostdeutschland schlechthin anzuwenden. Ihr damit verbundener Funktionswandel leitete die Entstehung des sekundären Integrationsmodus ein, die Dauerkrise weitete sie aus und führte zu einer Expansion alter Instrumente mit neuen Namen oder neuer Instrumente mit alten Namen. Mit den Hartz-Gesetzen der Agenda 2010 erfolgte schließlich im Nachhinein die abschließende Institutionalisierung, bei der es sich um die erste Rückübertragung eines in Ostdeutschland entstandenen Systems von Verfahren, Organisationen und dann auch Institutionen auf Westdeutschland handelt. Mit ihr erfolgte zugleich die rechtliche und organisatorische Abkopplung des sekundären Integrationsmodus vom primären sowie die Begrenzung des Teilhabeprinzips, das für den sekundären Integrationsmodus faktisch nicht gilt: Die Leistungen, die dem Einzelnen für seinen Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, werden nicht wie im Fordismus durch Teilhabe, sondern durch „Existenzsicherungen" bemessen, die außerhalb der Verfügungsgewalt und Selbstbestimmung des Individuums liegen, staatlich verordnet und kontrolliert werden, an verpflichtende Bedingungen geknüpft sind, also gerade das Gegenteil von Teilhabe sind. Fürsorge und Kontrolle ist das Leitmotiv, ins Offizielle übersetzt: Fördern und Fordern. Mit dem sekundären Integrationsmodus ist die bis in die 1990er Jahre noch mühsam und mit Abstrichen bewahrte Kopplung der Sozialsysteme an die fordistische Erwerbsarbeit und das damit verbundene Teilhabemodell aufgehoben. Der Umbruch ist aus der Erosion in die Auflösung von Grundstrukturen des Fordismus fortgeschritten.

„DIE LEISTUNGEN, DIE DEM EINZELNEN FÜR SEINEN LEBENSUNTERHALT ZUR VERFÜGUNG STEHEN, WERDEN NICHT WIE IM FORDISMUS DURCH TEILHABE, SONDERN DURCH ‚EXISTENZSICHERUNGEN' BEMESSEN, DIE AUSSERHALB DER VERFÜGUNGSGEWALTG DES INDIVIDUUMS LIEGEN, STAATLICH VERORDNET WERDEN, AN VERPFLICHTENDE BEDINGUNGEN GEKNÜPFT SIND, ALSO GERADE DAS GEGENTEIL VON TEILHABE SIND."

Dr. Rainer Land ist Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler und arbeitet am Thünen-Institut für Regionalentwicklung Bollewick.

Der ungekürzte Beitrag und der gesamte Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung *Zur Lage in Ostdeutschland* finden sich im Heft 5/2006 der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial*, eine gekürzte elektronische Sonderausgabe auf der Website des *Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung*: http://www.ostdeutschlandforschung.de.

Die Mission ist erfüllt

Eine Bilanz der russischen Verhältnisse im achten Jahr der Regierung Putin

Der Rubel stabil, die Wirtschaft im Aufschwung, Tschetschenien so gut wie befriedet, die Demokratie auch sonst „gelenkt", der zaristische Doppeladler zurück auf dem imperialen Parkett wie auf den im Aufschwung flatternden Fahnen. Vladimir Putin hat Russlands bürgerlicher Gesellschaft (wieder) verliehen, was ihr zuvor fehlte: Form. Der Hochmut, so weiß ein altes Sprichwort, kommt vor dem Fall. Oder?

VON BORIS KAGARLIZKIJ

Wenn Vladimir Putin im Frühling 2008 Bilanz aus seiner zweiten Präsidentschaft zieht, kann er sich als einen der erfolgreichsten Herrscher Russlands betrachten. Im Laufe der acht Jahre seiner Regierung verzeichnete die Wirtschaft ein beständiges Wachstum, das mit den sich schnell entwickelnden Ländern Ostasiens vergleichbar ist: 6-7% im Jahr. Das Lebensniveau stieg; nach Angaben des Kremls stieg auch das durchschnittliche Familieneinkommen (unter Berücksichtigung der Inflation) im Vergleich zum Niveau vor der Krise Russlands im Jahre 1991. Dabei ist der Begriff des „durchschnittlichen Familieneinkommens" allerdings recht abstrakt, wenn man die soziale Differenzierung bedenkt, die in der Ex-Sowjetunion eingetreten ist. Laut offizieller Statistik des Jahres 2005 betrug das Einkommen von 10% der SpitzenverdienerInnen das fast 25fache der 10% NiedrigverdienerInnen. Aber selbst die NiedrigverdienerInnen konnten eine gewisse Erleichterung spüren: „Der Kreml kann gelassen konstatieren, dass es ihm in Hinsicht auf das Lebensniveau der Bevölkerung gelungen ist, das Chaos der Jelzin-Zeit der 1990er vollständig zu besiegen", jubelte die Zeitschrift *Wlast* (Macht).

Der Rubel wurde im Vergleich zur Auslandswährung immer stabiler. Wenn in den ersten Jahren des Jahrtausends ein US-Dollar 30 Rubel kostete, so sank er Ende 2007 auf 25,2 Rubel. Im sozialen Bereich kann die Stärkung des Rubels allerdings nicht unbedingt positiv gewertet werden. Viele Arbeiter, die ihre Löhne in US-Dollar (oder umgerechnet in Rubel) erhielten, litten unter der Kursänderung; die gesunkenen Importpreise machten das Leben auch nicht billiger, im Gegenteil, die Preise für Lebensmittel stiegen zum Herbst 2007, weil sich die Preise für Getreide und Brennstoff auf dem Innenmarkt den Weltmarktpreisen annäherten. Andererseits nutzten die VertreterInnen der Mittelschicht die Vorteile der teurer werdenden Rubel und begaben sich auf Auslandsreisen. Russische TouristInnen füllten die Strände rund ums Mittelmeer und in Thailand und wurden dabei keineswegs nur durch die Bourgeoisie und die höchste Bürokratie vertreten.

Der rasante Anstieg der Weltmarktpreise für Erdöl ermöglichte es, den größten Teil der staatlichen Auslandsschulden vorzeitig zu begleichen. Der Bestand des im Januar 2004 gegründeten Stabilisationsfonds der Russischen Föderation wurde immer größer und erreichte im August 2007 die phantastische Summe von 127,48 Milliarden US-Dollar. Zugleich erreichten die Währungsreserven der Zentralbank ein Rekordniveau von 417,30 Milliarden US-Dollar. Die Staatskasse verzeichnet seit Jahren einen positiven Haushaltssaldo.

Ruhe im Land

Auch in Tschetschenien kann Putin sich als Sieger betrachten. Der zweite tschetschenische Krieg, der 1999 mit ernsthaften Verlusten begonnen hatte, wurde beendet. Die wichtigsten Orte der abtrünnigen Republik wurden okkupiert, die Rebellen in entfernte Berggebiete getrieben und der größte Teil ihrer AnführerInnen getötet. Selbstverständlich kam es nicht zur vollständigen Stilllegung der Kampfhandlungen, vereinzelten bewaffneten Widerstand kann man fast auf dem ganzen Gebiet des Nordkaukasus beobachten. Doch spricht man heute nicht zu Unrecht eher von Polizeieinsätzen mit wechselnden Erfolgen: großflächige Kampfhandlungen gibt es nicht, Größe und Verluste der föderalen Streitkräfte sanken rasant und mit dem Artilleriefeuer erlosch auch das Interesse der Gesellschaft am „tschetschenischen Problem".

Der politische Raum wurde nicht weniger wirksam von der Opposition befreit wie die kaukasischen Dörfer von den Rebellen. Die liberale Opposition, die den Autoritarismus Putins kritisiert hatte, wurde geschlagen, auch wenn ihre AnführerInnen das anders sehen. Versuche, die Menschen auf die Strassen zu bringen, misslingen stets. Der einzige Erfolg war der „Marsch der Nicht-Einverstandenen" in St. Petersburg im Frühling 2007, doch wiederholten sich solche Protestaktionen nicht. Der Grund dafür lag bei weitem nicht in der Gleichgültigkeit der Bevölkerung, denn im Januar 2005, als die Regierung das Gesetz über „Monetarisierung" der Sozialleistungen verabschiedete (anders gesagt, kostenlose Fahrten sowie andere „Privilegien" für RentnerInnen und eine ganze Reihe anderer BürgerInnen abschaffen wollte), gingen über zwei Millionen Menschen auf die Straßen und die Regierung war gezwungen nachzugeben. Die Niederlage der Liberalen erklärt sich weniger aus der Apathie der Bevölkerung als aus der schwachen Legitimation der Opposition. Die meisten BürgerInnen in Russland, die die chaotische Jelzin-Zeit mit dem rasanten Rückgang des Lebensniveaus und der schrecklichen persönlichen wie auch nationalen Erniedrigung erlebt haben, be-

trachten die Auftritte der Liberalen als einen Versuch, das Land in die schändlichen 1990er Jahre zurückzuführen.

Das vom Kreml realisierte System der „gelenkten" oder „souveränen Demokratie" stützt sich nicht nur auf polizeiliche Maßnahmen und Einschränkungen der politischen Freiheit, sondern vor allem auf die Konsolidierung der Eliten, die in den letzten Jahren eine reelle Tatsache geworden ist. Die Zeit Jelzins, als konkurrierende oligarchische Klans wahllos das Staatseigentum plünderten und dabei miteinander um die fette Beute stritten, ist Vergangenheit. Damit die neuen Eigentümer das erbeutete Gut effektiver verwalten, braucht man jetzt Ordnung und Stabilität. Dieser neuen Aufgaben war sich Vladimir Putin stets bewusst und begann bereits in den ersten Tagen seiner Macht, 1999 zunächst als Premierminister, seit 2000 dann als Präsident, die Positionen der Bürokratie systematisch zu stärken. Zugleich lehrte er die großen Konzerne und die politische Macht, einander zu akzeptieren: Von nun an trat diese Macht gegenüber den Oligarchen als strenger, aber auch fürsorglicher Lehrer auf, der sich um die Interessen der Schüler kümmert, es jedoch unterbindet, wenn sie unartig sind und Unfug machen. Diejenigen, die ungehorsam sind und die neuen Regeln nicht akzeptieren wollen oder ihre eigenen Regeln aufzudrängen versuchen, wurden einer harten Strafe unterzogen, bis hin zum Ausschluss aus der eigenen Klasse.

„DAS VOM KREML REALISIERTE SYSTEM DER ‚GELENKTEN' ODER ‚SOUVERÄNEN DEMOKRATIE' STÜTZT SICH NICHT NUR AUF POLIZEILICHE MASSNAHMEN UND EINSCHRÄNKUNGEN DER POLITISCHEN FREIHEIT, SONDERN VOR ALLEM AUF DIE KONSOLIDIERUNG DER ELITEN, DIE IN DEN LETZTEN JAHREN EINE REELLE TATSACHE GEWORDEN IST."

Ein bisschen was für viele, für einige mehr

Im Bezug auf den übrigen, größten Teil der Bevölkerung gibt sich die Politik als fürsorglicher Chef, dem die Leiden seiner Untergebenen nicht gleichgültig sind. Die Renten steigen langsam, dafür oft, denn die älteren Menschen sind die einzigen, die an den sinnlosen, aber für die Legitimation wichtigen Wahlen teilnehmen, wenn auch einfach aus alter sowjetischen Gewohnheit. Ab und zu erhöht man auch die Löhne für ÄrztInnen und LehrerInnen. Diese Zugaben kann man mit den gestiegenen legalen Einkünften der BeamtInnen nicht vergleichen, aber immerhin werden sie als Beweis der Fürsorge des Staates für seine Angestellten gewertet. Dabei ist es besonders wichtig, dass sich ÄrztInnen für LehrerInnen und LehrerInnen für ÄrztInnen freuen usw. Die Regierung unternimmt auch Maßnahmen, um die Geburtenrate zu steigern. Allerdings ist nicht die Rede von einer Barauszahlung der Gelder an die Eltern, sondern es geht um Gutscheine, die man nach vielen Jahren entweder für Ausbildung oder eventuelle Behandlung der Kinder nutzen könnte – so die Versprechungen der Regierung. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, dass es dann auch keine kostenlose Krankenversorgung und Ausbildung mehr geben wird. Wie diese Maßnahmen dann funktionieren und ob sie funktionieren werden, ist unklar: Fakt bleibt aber, dass die Geburtenrate etwas gestiegen ist.

Der steile Preisanstieg für Erdöl auf dem Weltmarkt war zweifellos der Hauptgrund für den Aufstieg Russlands unter Putin. Es wäre jedoch falsch alles nur auf die Erdölpreise zurückzuführen. Die verarbeitende Industrie wächst weiter und mit ihr auch die Beschäftigung. Das Einkommen steigt, allerdings ist die Spanne zwischen den Arbeiterlöhnen und dem Einkommen der Mittelklasse noch größer geworden. Die Gesamtzahl der IndustriearbeiterInnen ist in den Jahren 1999 bis 2004 um 28,7% gestiegen und steigt auch weiterhin. Während sich der wohlhabendere Teil der Bevölkerung immer mehr am westlichen Konsumstil erfreute (gerade sie kauften Automobile, Elektrotechnik und andere Güter, deren Herstellung die Wiedergeburt der Industrie beweist), klagen die ExpertInnen, dass das Niveau der Zeit vor den Reformen noch nicht erreicht worden sei, wenn man die Durchschnittsrenten und -einkommen in Betracht ziehe (mit Berücksichtigung der Inflation).

Anders ausgedrückt, die Blütezeit ging an der werktätigen Bevölkerung vorbei. Ein Wunder, das es nicht zu mehr Streiks gekommen ist. Die erfolgreichen Streiks, die von den freien Gewerkschaften bei Ford durchgeführt wurden, waren dennoch eine Art Wendepunkt. Damit wurden im Jahre 2007 weitere Streiks bei anderen Betrieben provoziert. Doch stimmt zugleich, dass die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung trotz ihres Wachstums und Erfolges noch keine gesellschaftsverändernde Macht darstellt. Festzuhalten ist jedenfalls, dass die größten Betriebe zur Zeit nicht streiken und die freien Gewerkschaften keine effektive gesamtrussische Organisation haben.

Ein Produktionsanstieg kann auch in der Landwirtschaft beobachtet werden. Es ist allerdings paradox, dass er sich in keiner Weise auf die Situation in den Dörfern auswirkt. Nach dem misslungenen Versuch, eine einheimische Farmwirtschaft zu gründen, nahm der Kapitalismus die Form von Latifundien an, die für periphere Staaten üblich sind. Die großen Investoren kaufen das Land ein, verdrängen „uneffektive" und saufende Bauern und ersetzen sie durch LohnarbeiterInnen, die nicht selten aus der Stadt kommen. Die Produktion ist für den Export bestimmt: Russland hat angefangen, wieder Getreide zu exportieren, genauso wie zur Zarenzeit.

Ordnung und Stabilität

Die paternalistische Sozialpolitik spricht in keinem Fall gegen den neoliberalen Kurs in der Wirtschaft. Im Gegenteil, seit einigen Jahren versucht man marktwirtschaftliche Reformen im sozialen Bereich durchzuführen. Die neue Gesetzgebung öffnet den Weg für dessen endgültige Privatisierung und Kommerzialisierung. Mit Hilfe der Wohn- und Kommunalreform wurde bereits ein großer

Teil der städtischen Dienste privatisiert. Die Folge war ein rasanter Anstieg der Ausgaben der Bevölkerung. Genauso steigen auch die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel, auch hier geht man schrittweise zur Marktwirtschaft über (genau darin bestand das Wesen der „Monetarisierung", welche die Massenproteste im Jahre 2005 ausgelöst hatte). Die privatisierten Telefongesellschaften haben ihre Preise dermaßen erhöht, dass viele Familien es vorziehen, ihre Handys anstelle des Festnetzes für Telefongespräche zu nutzen (obwohl die Mobilfunkpreise an sich gar nicht billig sind). Im Großen und Ganzen: Der Druck der Marktwirtschaft auf die durchschnittliche russische Familie wird immer größer und lässt ihr keine Chancen, in der nächsten Zukunft ihre finanzielle Situation zu verbessern – trotz des Wirtschaftsaufschwunges. Denn die Möglichkeit, das Familieneinkommen durch zusätzliche Jobs zu erhöhen, ist immer weniger gegeben, weil fast keine freie Zeit für die zusätzliche Arbeit übrig bleibt. Aber solange der Schrecken der 1990er Jahre in der Erinnerung der Gesellschaft wach bleibt und die gestiegenen Löhne ausreichen, um steigende Rechnungen für die privatisierten städtischen Dienste zu zahlen, bleibt die Situation stabil.

Die Erdöleinkünfte waren bei weitem nicht die einzige Quelle des Wirtschaftsaufschwungs unter Putin. Aber gerade die Übergewinne aus dem Export des Erdöls erlaubten es der Regierung im Laufe der acht Jahre die Forderungen und Interessen verschiedenster, oft gegeneinander stehender Gruppen gleichzeitig zu befriedigen. So hatten die konkurrierenden Konzerne die Möglichkeit, ihre Positionen zu stärken, ohne miteinander in Konflikt zu geraten. Dabei wurde der Appetit der wichtigsten bürokratischen Gruppierungen aus Staats- und Wirtschaftsverwaltungen in ausgewogener Weise gleichermaßen berücksichtigt. Auch die allgemein steigenden Einkommen hatten keine negativen Auswirkung auf die Gewinne der Unternehmer. Gerade diese Fähigkeit, alle gleichzeitig befriedigen zu können, bildete die Grundlage für die Stabilität des politischen Regimes Putins und dessen unglaubliche Popularität in der Gesellschaft. Die besondere Prosperität beruhte allerdings mehr auf besondere Situationen in der Weltwirtschaft als auf der Politik des Staates selbst.



„DIE MISSION IST ERFÜLLT, DER RUSSISCHE KAPITALISMUS ERREICHTE EINE FESTE FORM – WIE AUF DEM POLITISCHEN, SO AUCH AUF DEM WIRTSCHAFTLICHEN NIVEAU."

Putin beendet seine zweite Präsidentschaft in Ordnung und Stabilität, trotz aller Sorgen und schlechter Nachrichten aus dem Ausland. Die Mission ist erfüllt, der russische Kapitalismus erreichte eine feste Form – wie auf dem politischen, so auch auf dem wirtschaftlichen Niveau. Anzeichen ungünstiger Entwicklungen, die von verschiedenen Seiten kamen, blieben unbedeutend im Vergleich zu den wesentlichen, spürbaren Errungenschaften der letzten acht Jahre der Regierung Putins. Sein Regime konnte die Arbeit zu Ende bringen, die Boris Jelzin einst in aller Eile angefangen hatte. Deshalb verkörpern die beiden Präsidenten die zwei Phasen der Restaurierung des Kapitalismus, wobei der eine die Aufgaben der Zerstörung, der andere die des Wiederaufbaus übernahm.

SAME PROCEDURE?

Allerdings verstrickt sich das Russland des 21. Jahrhunderts in den gleichen Widersprüchen, die auch für das Imperium der Romanow-Dynastie Ende des 19. Jahrhunderts typisch waren: Russland kehrt auf die Peripherie des kapitalistischen Weltsystems zurück und verurteilt sich somit selbst zu den gleichen Tragödien, die es bereits mehrmals im Laufe der Geschichte erschüttert haben. Die Ergebnisse der Blütezeit Putins erinnern in verblüffender Weise an die Ergebnisse der Tätigkeit des damaligen Premierministers Graf Witte: Industrieaufschwung, Stabilisierung des Rubels und sogar ein bestimmter Fortschritt in der sozialen Sphäre und unbestreitbar wachsende Wirkungsmacht Russlands in der Welt. Allerdings rannte die Welt damals mit Volldampf in die Katastrophe. Das neue Russland, mit dem wieder eingeführten zaristischen Doppeladler auf den Fahnen, in all seinem Stolz auf die imperialen Traditionen und in dem Wunsch, den ehemaligen Ruhm wiederzugewinnen, nimmt auf der Peripherie des globalen Kapitalismus jetzt die gleiche Stelle ein wie einst das Imperium der Romanow-Dynastie.

Boris Kagarlizkij ist Direktor des *Instituts für Globalisierungsstudien* (IPROG) und Vorsitzender des *Zentrums Linke Politik* in Moskau. In *Fantômas 10* erschien von ihm *Der Plan, der Staat, die Demokratie*.

Übersetzt von **Olga Matschilski** (www.schreibikus.de) in Zusammenarbeit mit **Kai Ehlers** (www.kai-ehlers.de)

Entwicklungshilfe für kapitalistische Aneignung

Die zwei Geschichten der Economic Partnership Agreements

Die Welthandelsorganisation (WTO) steckt fest. Rivalitäten zwischen den USA und der Europäischen Union, Interessen der wirtschaftlich aufstrebenden Staaten wie Indien oder Brasilien, aber auch Koalitionen von ärmeren Entwicklungsländern blockieren sie. Parallel dazu geriet die WTO durch Proteste, angefangen in Seattle, in eine öffentliche Legitimationskrise. Doch ist damit das Projekt der weltweiten Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ebenfalls ins Stocken geraten? Mitnichten. Jetzt werden bilaterale Freihandelsabkommen abgeschlossen, die über die bisherigen Vereinbarungen in der WTO weit hinaus gehen. Die EU ist dabei treibende Kraft und versucht so die Interessen ihrer Konzerne zu bedienen. Im Moment verhandelt sie darüber mit Staaten aus Afrika, der Karibik und des Pazifik. Was verbirgt sich hinter diesen „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen", die, geht es nach dem Willen der Europäischen Kommission, Ende 2007 abgeschlossen sein sollen?

Von Frauke Banse

Die Geschichte der „Economic Partnership Agreements" (EPAs), die zur Zeit zwischen der EU und ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und der Pazifikregion (AKP-Staaten) ausgehandelt werden, kann von zwei Seiten erzählt werden. Die erste Version der Geschichte wird zum Beispiel vom BMZ erläutert: Mit Hilfe der EPAs werden „Handels- und Entwicklungspolitik kohärent verbunden". Dies gelänge so gut, weil die EPAs Teil des Abkommens von Cotonou sind, in denen die EU ihre Beziehung zu den AKP-Staaten neu regelt. Die Vertragspartner streben nach guter Regierungsführung, Bekämpfung der Armut und – endlich – Weltmarktintegration der ehemaligen Kolonien. Die EPAs sollen nun den Handel zwischen der EU und den AKP-Staaten „WTO-konform" gestalten und diesen Ziele dienen. Bisher konnten die AKP-Staaten viele ihrer Produkte zollfrei auf den europäischen Markt exportieren. Das soll sich jetzt ändern. Die EPAs schreiben vor, dass nun auch die AKP-Staaten ihre Zollschranken fallen lassen müssen. Im BMZ und in der EU ist bekannt, dass Zölle fragile Ökonomien schützen können. Um der schönen Ziele von Cotonou willen „flankieren" deutsche und europäische Entwicklungshilfe diese Liberalisierungen, heißt es im Ministerium. Dem „Sachzwang WTO" erlegen, bietet der starke dem schwachen Partner freundlich „Anpassungshilfen" und Unterstützung beim „Kapazitätsaufbau" an und verkündet, die Marktöffnung solle „vorsichtig" erfolgen. Und hier endet dann auch schon die erste Version der EPAs-Erzählung.

Erzwingende Hilfe

Soweit so gut. Und doch dramatisch genug. Dass beispielsweise afrikanische Märkte durch Dumping von allerlei Billiggütern aus der EU – von Hühnchenschenkeln bis zu Tomatenmark – zerstört werden, ist bekannt. Zudem gehen den öffentlichen Haushalten durch Zollsenkungen wichtige Einnahmen verloren, die dann nicht mehr für Infrastruktur und Soziales zur Verfügung stehen. Bis zu 40% der AKP-Staatseinnahmen speisen sich aus Zöllen.

Im Glauben an „das Gute" im Cotonou-Abkommen – die Armutsbekämpfung – meinen auch einige europäische NGOs, die EPAs „für die Armen brauchbar" machen zu können. (1) Manche fordern gar mehr Entwicklungshilfe, um die Anpassungskosten an die Liberalisierung tragbar zu machen. (2) Doch daran zu glauben, dass „Anpassungshilfe" und etwas mehr Zeit für die Zollsenkung „den Armen" hilft, ist nicht nur angesichts der massiven wirtschaftlichen Ungleichheit der AKP-Staaten im Verhältnis zur EU absurd. Die AKP-Staaten werden auch bei noch so viel „Anpassungshilfe" nicht mit der EU konkurrieren können. Vollkommen ausgeblendet wird auch, was die Verknüpfung von Entwicklungshilfe mit Handelspolitik bedeutet: Auch schon vorher waren Entwicklungsgelder an Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramme gebunden. Die explizite Verknüpfung zwischen „Entwicklung" und „Handel" wird im Abkommen von Cotonou verstärkt. Die Freihandelsabkommen können den AKP-Staaten abgepresst werden. Nur wer unterzeichnet bekommt noch Gelder aus dem europäischen Topf.

Jenseits der Zollsenkung

Auch im Entwicklungshilfeministerium kursiert – zumindest andeutungsweise – dass es noch eine zweite Erzählvariante der Geschichte der EPAs geben könnte. Dort ist man der Ansicht, dass die EPAs einen „breiteren" Ansatz als den des Marktzugangs verfolgen. Regionale Integration soll gestärkt, Produktions- und Handelskapazitäten aufgebaut werden. Und hinter dem anvisierten Ziel „entwicklungsförderliche Gestaltung handelsbezogener Themen" sollen Wettbewerb, Investitionen und öffentliche Auftragsvergaben neu justiert werden. Begründet wird eine solche Regulierung im Investitionsbereich aus „entwicklungspolitischer Sicht". (4) An dieser Stelle wird klar: Es geht um weit mehr als um einen liberaleren Güterhandel nach Gusto

der WTO. Die WTO-Verhandlungen um die „handelsbezogenen Themen", die weit über die Senkung von Zöllen hinaus gehen, sind teils von Länderkoalitionen abgelehnt, teils ins Stocken geraten. Mit den neuen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen soll nun auf bilateralem Weg all das durchgedrückt werden, was auf multilateraler Ebene nicht möglich war. So können Dienstleistungen und Investitionen liberalisiert und geistige Eigentumsrechte ausgedehnt werden. Nochmal: Es geht nicht nur um den Handel mit bereits produzierten Gütern oder geförderten Rohstoffen, sondern um die Regulierung der Produktion selbst und damit um die umfassende Aneignung von Land, natürlichen Ressourcen, Arbeitskräften, Wissen und Produktionsmitteln durch europäische Konzerne – und um die international einklagbare Absicherung dieser Eigentumsverhältnisse. Am einfachsten geht das für die EU dort, wo der Kapitalismus nur wenig entwickelt ist: Subsahara Afrika. Der Widerstand der Unternehmen ist schwach, ebenso die Macht der Gewerkschaften. Genau so können Geschichte und Zielperspektive der EPAs eben auch erzählt werden. Die EU ermöglicht umfassende Handels- und Produktionsstandards im Sinne ihrer Konzerne und „flankiert" das mit Entwicklungshilfe.



„ES GEHT NICHT NUR UM DEN HANDEL MIT BEREITS PRODUZIERTEN GÜTERN, SONDERN UM DIE REGULIERUNG DER PRODUKTION SELBST UND DAMIT UM DIE ANEIGNUNG VON LAND, NATÜRLICHEN RESSOURCEN, ARBEITSKRÄFTEN, WISSEN UND PRODUKTIONSMITTELN DURCH EUROPÄISCHE KONZERNE – UND UM DIE INTERNATIONAL EINKLAGBARE ABSICHERUNG DIESER EIGENTUMSVERHÄLTNISSE."

ENTWICKLUNG ODER KAPITALISTISCHE ANEIGNUNG?

In ihrem EPAs-Investitionskapitel fordert die EU, dass vor ausländischen Direktinvestitionen wirtschaftliche, ökologische und soziale Folgen nicht abgeschätzt werden müssen. Umwelt-, Sozial- und ArbeitnehmerInnenstandards sind nicht von Interesse. Außerdem sollen in den AKP-Staaten investierende Unternehmen noch leichter als bisher Gewinne außer Landes schaffen können, keine oder nur sehr wenig Steuern zahlen und Gewinne nicht reinvestieren müssen. Auch die öffentliche Aufsichtsfunktion in den investierenden Unternehmen soll stark eingeschränkt und inländische Unternehmen gleich behandelt werden wie europäische. So wird eine vernichtende Konkurrenzsituation geschaffen und einer Monopolisierung des Kapitals Tür und Tor geöffnet. Schon heute werden multinationalen Konzernen in AKP-Staaten freie Hand gewährt – im Glauben an die uneingeschränkte Notwendigkeit von ausländischen Direktinvestitionen. Ihnen werden Steuern im großen Stil erlassen, sie dürfen sich von der Versorgung unprofitabler Kunden oder Regionen zurückziehen, die Umwelt vergiften und heimische ArbeiterInnen zu Hungerlöhnen beschäftigen. Die neue Qualität der EPAs: All das wäre dann international einklagbar und auf lange Zeit festgeschrieben. Bereits bestehende bilaterale Investitionsabkommen zum reinen Vorteil europäischer Investoren werden verschärft und auf andere Staaten ausgedehnt.

Im Bereich Dienstleistungen sieht es nicht anders aus. Im EPAs-Forderungskatalog wird dieses wirtschaftliche Hauptinteresse der EU an die Liberalisierung von Investitionen gekoppelt. Dienstleistungen lassen sich vielfach nur direkt vor Ort verkaufen. Mächtige europäische Konzerne wünschen offene Märkte für ihre Finanzdienstleistungen, Wasser- und Abwasserversorgung, Energie, Transport oder Kommunikation, Groß- und Einzelhandel, Tourismus. Im WTO-Abkommen zu Dienstleistungen (GATS) werden jeweils einzelne zu liberalisierende Bereiche ausgehandelt. Nicht so in den EPAs. Dort soll „substantiell weit" liberalisiert werden. In Anbetracht des Umfangs dieser Sparte und der geringen Verhandlungsmacht der AKP-Staaten ist absehbar, dass nur ein, zwei Sektoren von der Marktöffnung ausgeschlossen sein werden. Sind die EPAs erst einmal unterschrieben, können Unternehmen in einen stark reglementierten Bereich vorstoßen, öffentliche Dienstleistungen werden zur Ware und Privatisierungen z.B. der Elektrizitäts- oder Wasserversorgung sehr wahrscheinlich. Durch den Aufkauf z.B. inländischer Banken durch europäische kommt es zu weiteren Monopolisierungen, zum Rückzug von weniger rentablen Kunden und Regionen. Tourismusunternehmen können sich niederlassen und nach Belieben auch in ökologisch sensiblen Regionen so viel Natur verbrauchen, wie sie möchten etc. Das findet bereits jetzt alles schon statt, richtig, aber: Werden Regierungen durch gesellschaftlichen Druck genötigt, private Unternehmen zu regulieren und ihnen Auflagen zu machen oder gar die privatisierten Dienstleistungen wieder zur öffentlichen Domäne zu erklären, werden sie nach den Regeln der EPAs mit harten Strafen rechnen müssen. Damit wird unmöglich, Privatisierungen wie im bolivianischen Cochamba geschehen, rückgängig zu machen.

TRANSPARENZ HEISST: „NUR DER BILLIGSTE DARF BAUEN"

Auch das öffentliche Beschaffungswesen ist für die EU von Interesse – schließlich machen staatliche Aufträge zwischen 10-20% des Bruttoinlandsprodukts in AKP-Staaten aus. Ein lukrativer Markt also. Bei öffentlichen Maßnahmen, beispielsweise dem Bau von Schulen oder Straßen ist es Regierungen prinzipiell möglich, gezielt benachteiligte gesellschaftliche Gruppen, Regionen oder spezielle Wirtschaftszweige zu fördern, indem sie an diese Aufträge vergibt. Natürlich können sie dabei auch auf Umwelt- und Sozialstandards bestehen. Das BMZ verkündet nun, mithilfe der EPAs die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verbessern zu wollen. Das klingt erstmal gut. Etwas klarere Worte spricht die Europäische Kommission. Sie macht deutlich, dass die EPAs neben der Transparenz auch Wettbewerb und Effizienz als verpflichtende Kriterien bei den Vergaberichtlinien festschreiben sollen. Sie fordert, dass Regierungen den jeweils billigsten Anbieter fördern – ungeachtet der Folgen für Um-

welt und Soziales, für ArbeitnehmerInnenrechte, regionale Förderung etc. Die EU will sogar Entschädigungsklauseln für jene Firmen festschreiben, die durch eine Nichtbeachtung dieser Regeln wirtschaftlich geschädigt wurden – selbstverständlich vom jeweiligen AKP-Staat zu entrichten. Der Partnerschaftsvertrag soll eine pikante Ausnahme enthalten: Wurde bei der Vergabe von europäischer Entwicklungshilfe festgelegt, dass mit diesen Geldern nur bei europäischen Firmen eingekauft werden darf, dann gestatten die EPAs dies ausnahmsweise – auch dann, wenn es z.B. billigere heimische Anbieter gibt.

Das WTO-Abkommen über geistige Eigentumsrechte (TRIPS) soll ausgedehnt werden, um in allen AKP-Staaten nationale Patentrechte zu fixieren – beispielsweise für pflanzliche oder tierische Gene. Das TRIPS-Abkommen ist in vielen AKP Staaten noch nicht umgesetzt. Entweder hat die WTO Ländern, die zu den so genannten Least Developed Countries (LDCs) gehören, bis zum Jahr 2013 Zeit für die Umsetzung gewährt, oder sie sind gar nicht Mitglieder der WTO. Letzteres betrifft immerhin 21 von 78 Staaten. Wie bei anderen Themen auch, gehen die EPAs über die bestehenden WTO-Regeln hinaus. Das TRIPS gestattete noch Ausnahmen von geistigen Eigentumsrechten – beispielsweise das Kopieren von Lehrmaterial. Ein Schulbuch kann in Mali 5% des Jahreseinkommens kosten. Wenn nach dem Willen der EU auch diese Ausnahmen gestrichen werden, sind die bildungspolitischen Konsequenzen offensichtlich. Oder: Unternehmen sollen mit Hilfe der EPAs den Zugang zu öffentlichen Datenbanken beschränken können. Sie könnten dann erwirken, dass beispielsweise die Arbeit des ghanaischen Environmental Information Network, das Ministerien, Umweltorganisationen oder WissenschaftlerInnen Daten zur Verfügung stellt, für illegal erklärt wird.



„Unter dem harmlos klingenden Label ‚handelsbezogene Themen' werden Besitzverhältnisse, öffentliche Fördermassnahmen und Dienstleistungen wie die Versorgung mit Wasser und Strom nach europäischen und Konzern-Interessen umgestaltet, ebenso wie Umwelt- und Sozialgesetze, Regeln für Besteuerung und Wettbewerb."

Druckmittel „Kohärente Entwicklungshilfe"

Bei der WTO Konferenz in Cancun 2003 verhinderte ein breites Bündnis von Entwicklungsländern Verhandlungen über die so genannten „Singapur-Issues" – Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsregeln. Die meisten AKP-Staaten wollen auch zukünftig weder die Singapur Issues noch geistige Eigentumsrechte oder Dienstleistungen in den EPAs verhandeln. Sie lehnen die EPAs als „WTOplus"-Vertrag ab. Dennoch besteht die Gefahr, dass die AKP-Länder Ende 2007 in den Verhandlungen den EPAs vollständig zuzustimmen. Oder sie könnten sich erstmal nur auf die Zollsenkung für Güter festlegen, sich aber gleichzeitig verpflichten, die „WTO-plus" Themen zeitnah weiterzuverhandeln. Wieso aber besteht überhaupt die Gefahr, dass die AKP-Staaten diesem verheerenden Abkommen zustimmen? Hier wirkt die Kohärenz von Entwicklungs- und Handelspolitik. Vor dem Hintergrund langjähriger Abhängigkeiten kann nun die Europäische Kommission etwa der Pazifikregion mit dem Entzug bereits zugesagter Entwicklungsgelder drohen, sofern sie die EPAs nicht unterschreibt. Oder sie kann die afrikanischen Staaten mit Mitteln aus dem Entwicklungshilfefonds bestechen: Die volle Summe bekommen sie nur, wenn der Vertrag wie vorgesehen Ende 2007 unterzeichnet wird, etwas weniger, wenn sie wenigstens in den Verhandlungen bleiben.

Europa erobert die Welt

Klar ist: Der Europäischen Union geht es nicht nur um den Marktzugang für bereits produzierte Güter. Hier stellt sie zu Recht fest, dass die AKP-Märkte für sie nicht von großem Interesse sind. Sie verkauft die EPAs als entwicklungspolitische Wohltat. Sie verspricht Zollausfälle zu kompensieren, Zeit für die Zollsenkung und Ausnahmen für besonders sensible Produkte zu gewähren. Der Kern dessen, was die EPAs ausmachen, gerät aus dem Blick. Unter dem harmlos klingenden Label „handelsbezogene Themen" werden Besitzverhältnisse, öffentliche Fördermaßnahmen und Dienstleistungen wie die Versorgung mit Wasser und Strom nach europäischen und Konzern-Interessen umgestaltet, ebenso wie Umwelt- und Sozialgesetze, Regeln für Besteuerung und Wettbewerb. Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse werden über ein internationales Abkommen weiter festgeschrieben. Mit beruhigenden Verweisen auf „Entwicklungshilfe" und „Armutsbekämpfung" werden demokratische Spielräume und staatliche Souveränität umfassend beschnitten. Die EPAs sind eine antidemokratische Großattacke zu Gunsten europäischer Konzerne.

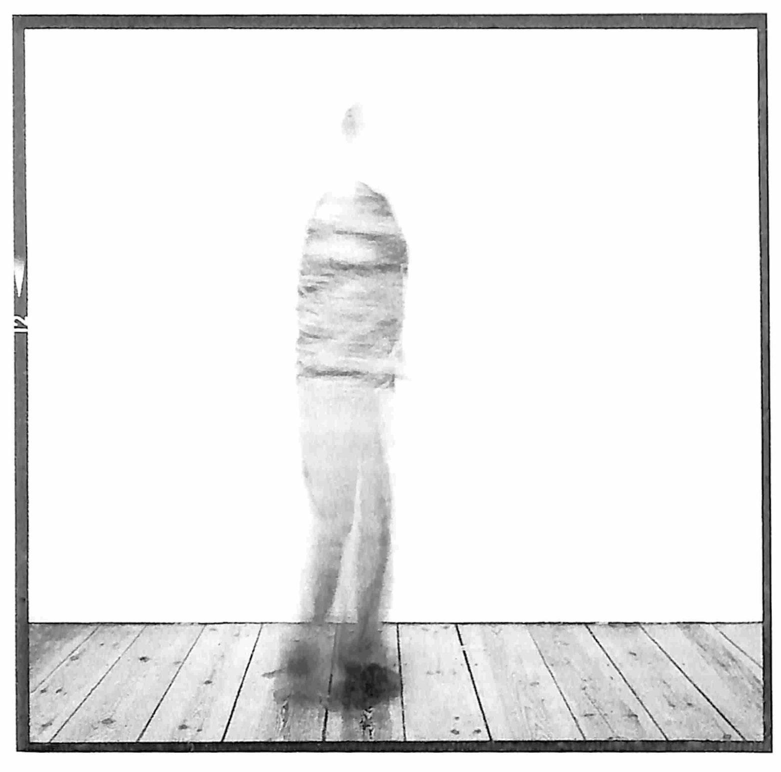
Frauke Banse ist Redakteurin bei *Fantômas* und ist aktiv in der Stop-EPAs-Projektgruppe von *attac*.

Zum Weiterlesen:

Was sind EPAs? Factsheets von der Stop EPAs Kampagne. Download unter: www.attac.de/wto/bilder/epas/factsheet_EPAs.pdf

Anmerkungen:

1) So der Name einer NGO-Konferenz „Making EPAs work for the poor" im Oktober 2005 in Bonn.
2) S. Beiträge von Rampa und Ulmer in: Making EPAs work for the Poor (2005). Economic Partnership Agreements (EPAs) and Political Alternatives, Konferenzbericht. www.epa2007.de/upload/pdf/epa_alternatives_2005.pdf
3) BMZ (2007): Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und der EU. BMZ Materialien 174, S. 11. www.bmz.de/de/service/infothek/fach/materialien/Materialie174.pdf
4) Ebd., S. 9.



1





2



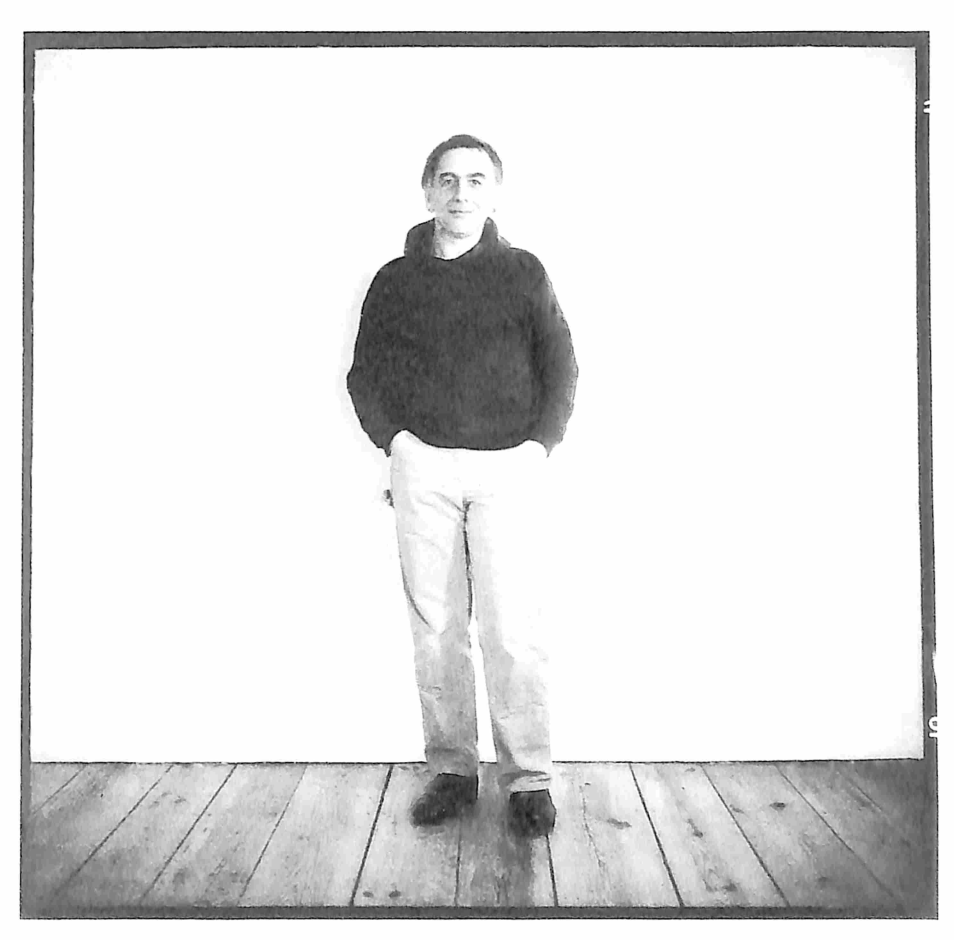
3



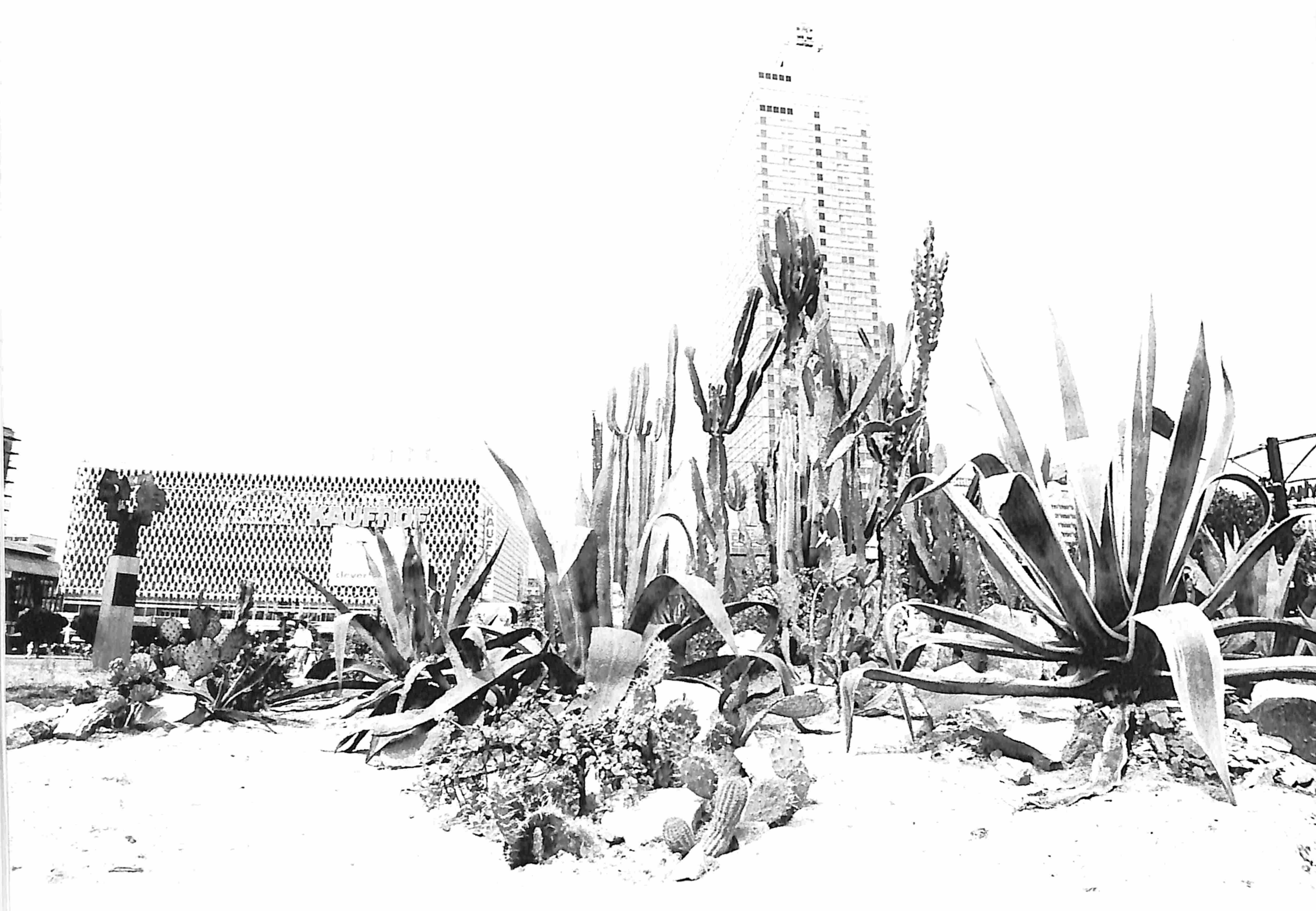
4



5



6



Alexanderplatz/Mitte

Neue Gemeinplätze (Teil II)

Globale soziale Rechte und linke Intervention

Zum Abschluss der Woche von Heiligendamm bilanzierte die Interventionistische Linke: „Bilder sagen mehr als tausend Worte. (...) Das Spektakel der G8 ist geplatzt, ihre Zeit läuft ab, unsere bricht an." Es gehört zum linken esprit de sérieux, dass der offenbaren Ironie der IL postwendend mit dem Verweis auf das Elend der Welt und die Schwäche der Guten begegnet wurde. Der folgende Beitrag geht stattdessen der Frage nach: Welche Zeit läuft ab? Welche beginnt? Er nimmt damit die Gedankengänge der G8-Broschüre (Fantômas 11) auf. (1)

Von Thomas Seibert

Für die radikale Linke in Deutschland war die Heiligendamm-Mobilisierung trotz des Verlaufs der Samstags-Demonstration ein Erfolg. Punkt. Ein zweiter Erfolg war die nur zwei Wochen später vollzogene Gründung der Partei DIE LINKE – für die, die da mitmischen wollen wie für die, die das nicht tun. Soll vermessen werden, was in globalisierungskritischer Bewegung jetzt auf dem Spiel steht, bleibt zuerst zu erinnern, was von ihr bisher zu sagen war. Dies betrifft ihren programmatischen Einsatz, ihre subjektive Zusammensetzung, ihren strategischen Ansatz und ihren heute erreichten Stand.

In gebotener Kürze

Den *programmatischen Einsatz* dieser Bewegungen benennt ihre zentrale Losung: „Eine andere Welt ist möglich!" Deren Unbestimmtheit reflektiert ihren historischen Ausgangspunkt: den Zusammenbruch nicht nur des real existierenden Sozialismus, sondern der gesamten Linken des 20. Jahrhunderts im Prozess der neoliberal dominierten kapitalistischen Globalisierung. Sie reflektiert zugleich, dass die Bewegungen bisher nur durch ihre Entgegensetzung zum neoliberalen Regime zusammengehalten werden. Darin artikuliert sich zugleich ihre *subjektive Zusammensetzung*: sind sie bis heute doch nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Allianz aller anti-neoliberalen politischen Akteure. Zu ihr gehören Sozial- und Umweltverbände sowie NGOs, Gewerkschaften und kirchliche Organisationen, die Reste der Friedens- und Umweltbewegungen, AktivistInnen verschiedener Sozialproteste sowie die Reste *und* die Neuaufbrüche moderater wie radikaler linker Parteien und Organisationen – das Ganze natürlich in kontinental- und länderspezifischer Variation, aber immer *irgendwie* so. In Lateinamerika beziehen sich auch einzelne Regierungen bzw. Staaten auf die „Bewegung der Bewegungen", nicht nur, weil sie auf deren Loyalität hoffen, sondern weil auch sie primär durch ihre oppositionelle, eben: anti-neoliberale Rolle im globalen Staatensystem bestimmt werden.

Der subjektiven Zusammensetzung entspricht ihr *strategischer Ansatz*. Dieser liegt in einer Verpflichtung auf einen grundsätzlichen, weil zugleich strategisch und programmatisch verstandenen Internationalismus und Pluralismus. Von entscheidender Bedeutung kann sein, dass dieser Pluralismus auf einen neuen Umgang mit der ebenso historischen wie strukturellen Spaltung der Linken in moderate und radikale Strömungen zielt.

Bedeutsam ist das gerade in Hinsicht auf ihren *heute erreichten Stand*. Dieser wird durch die offenbare Krise des Neoliberalismus bestimmt, die sich nicht mehr nur in der Ideologie, sondern auch auf der Ebene der Realpolitik artikuliert. Um einem Missverständnis vorzubeugen, seien zwei Punkte ausdrücklich festgehalten:

1. Auch wenn die Krise erste realpolitische Effekte zeitigt, bleibt sie eine solche der Hegemonie, d.h. der ideologischen Dimension der Herrschaft.
2. Auch wenn sie zu ihr beigetragen haben, kann die Krise selbst nicht als Folge der Bewegungen gewertet werden. Die Schwäche des Neoliberalismus resultiert vielmehr aus mehreren, internen wie externen Gründen. Zu denen gehört nicht zuletzt der zunehmende Einfluss von Staaten bzw. Regierungen, die wie China oder Russland zwar Teil des kapitalistischen Empire sind, doch an der Bildung der neoliberalen Hegemonie nicht beteiligt waren und deshalb für alternative Regulationsweisen des Kapitalismus offen sind.

Globale soziale Rechte

Soll die Krise des Neoliberalismus forciert und die Möglichkeit einer anderen Welt praktisch werden, müssen die Bewegungen diese Welt allerdings dringend näher bestimmen. Sie werden auch dabei auf das Scheitern ausnahmslos aller Versuche einer Überwindung kapitalistischer Gesellschaft zurückverwiesen. Tatsächlich ist mit der Wende von 1989 nicht nur die *unmittelbare* Bezugnahme auf die Namen Sozialismus und Kommunismus, sondern auch die Bezugnahme auf die in ihnen gedachte Form der Gesellschaftsveränderung unmöglich geworden, nach der es dabei um „Systemalternativen" zwischen zwei prinzipiell unterschiedlichen „Gesamtgesellschaften" gehen sollte. Das heißt nicht, dass es künftig nur noch um Veränderungen innerhalb des Kapitalismus gehen dürfe. Doch kann dessen Überwindung nicht mehr als Abfolge verschiedener „Systeme" gedacht werden, selbst dann nicht, wenn sie durch Übergänge vermittelt würde.

In den Bewegungen selbst wird dieses Problem in den internationalen Diskussionen um „Globale Soziale Rechte" bearbeitet. Auch wenn es dort im Wortsinn zunächst „nur" um Rechte von transnationaler Geltung geht – eine Sache, die schon von den Menschenrechten her vertraut und zugleich strittig ist –, schwingt im Ausdruck „global" doch die weiter reichende Bedeutung mit, nach der im Kampf um solche Rechte genau die andere Welt gemeint wird, um die es den Bewegungen geht. Vor und in Heiligendamm wurde diese Diskussion von einem typisch globalisierungskritischen Bündnis vorangetrieben, zu dem neben *attac* die entwicklungspolitischen NGOs *medico international* und *FoodFirst Informations- und AktionsNetzwerk* (FIAN), das antirassistische Netzwerk *kein mensch ist illegal* (kmii), die Grundsatzabteilung der *IG Metall* sowie zumindest zeitweilig einerseits *Greenpeace* und andererseits die *Euromärsche* und schließlich die *Interventionistische Linke* gehörten; im Rahmen ihrer eigenen Aktivitäten nahm an der Debatte auch die noch als PDS firmierende Linkspartei teil.

Dabei wurde deutlich, dass es einerseits stets um konkret einzufordernde besondere Rechte geht: um das Recht auf eine bedingungslose Grundsicherung (*attac*) bzw. auf Nahrung (FIAN) und den global gleichen Zugang zu Gesundheit (*medico*), um im Rahmen transnationaler Konzerne durchzusetzende Rechte von ArbeiterInnen und Angestellten (IGM), um das Recht auf weltweite Freizügigkeit und freie Wahl der Niederlassung (kmii) und schließlich um globale ökologische Gerechtigkeit (*Greenpeace*). Trotz ihrer zum Teil ja erheblichen Unterschiede stimmten alle Beteiligten darin überein, dass es in den verschiedenen Forderungen nach Globalen Sozialen Rechten nicht nur um im Einzelfall verbriefte und niedergelegte Rechte, sondern auch um die Kämpfe selbst geht – und damit nicht nur um staatlich, d.h. „von oben" institutionalisierte, sondern auch um „von unten", d.h. selbsttätig und eigenmächtig in Anspruch genommene Rechte. Dabei wurde deutlich, dass sich die beteiligten Bewegungen und Organisationen dazu auf eine längerfristige politische Zusammenarbeit einlassen und einen gemeinsamen Anspruch auf Gesellschaftsveränderung ausarbeiten müssen. Schließlich war und ist man sich auch darin einig, im europäischen Einigungsprozess die jedenfalls für uns nächste Dimension der Durchsetzung eines solchen Projekts auszumachen und den Kampf um die Konstitution der EU derart als nächsten Ernstfall anzusehen. Das Wort „Konstitution" im doppelten Sinn verstanden: als formelle Verfassung und als Prozess der Hervorbringung.

Auf die Plätze, fertig ...

Hing der für den bisherigen Zyklus der globalisierungskritischen Bewegungen kennzeichnende Internationalismus und Pluralismus immer auch an der aus dem Zusammenbruch der Realsozialismen resultierenden politischen Schwäche ihrer verschiedenen Akteure, könnte sich dies für einige Beteiligte schon in absehbarer Zeit ändern. Tatsächlich ist nicht mehr auszuschließen, dass es bald auch außerhalb Lateinamerikas anti-neoliberale Regierungen oder aber mindestens anti-neoliberale gesellschaftliche Mehrheiten und damit eine anti-neoliberale Realpolitik geben wird. Dabei wirkt in der Perspektive der dringendsten gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa der ökologischen oder der Herausforderung des im Wortsinn tödlichen Massenelends im Süden ein Problemdruck, der so stark ist, dass er sich seine subjektiven Akteurskonstellationen gleichsam objektiv schaffen wird.

Auf die Probe gestellt werden damit aber gerade der Internationalismus und der Pluralismus der Bewegungen und darin besonders der Zusammenhalt ihrer moderaten und ihrer radikalen Linken. Sofern Realpolitik immer auch staatliche Politik und damit Sache einer (heute stets transnationalen und nach Lage der Dinge deshalb auch imperialen) Staatlichkeit sein wird, heißt das nämlich gar nichts anderes, als dass ein Teil der anti-neoliberalen Allianz selbst Staat werden wird. Natürlich werden dies die mit den Bewegungen verbundenen Parteien sein, deren gemeinsamer Charakter grob gesprochen darin liegt, in jeweils eigensinniger Variation zugleich „post-sozialdemokratisch" und „post-kommunistisch" zu sein. Hält man sich an die prominentesten Beispiele – die brasilianische *Partido dos Trabalhadores* (PT) und die italienische *Partito Rifondazione Comunista* (PRC) – besteht dabei zu Optimismus kaum Anlass. Im Gegenteil: macht man sich klar, dass solche Parteien – in Deutschland also DIE LINKE – zunächst nur in Koalition mit weiter rechts stehenden Parteien regieren können, wachsen sich die Bedenken des Unheils fast zu Gewissheiten aus. Dies ändert sich auch dann nicht, wenn die Mehrzahl der NGOs, die größeren Sozial- und Umweltverbände und vermutlich auch die Gewerkschaften offen auf diese Parteien orientieren und dabei auf sie einwirken sollten.

„Soll die Krise des Neoliberalismus forciert und die Möglichkeit einer anderen Welt praktisch werden, müssen die Bewegungen diese Welt dringend näher bestimmen. Sicher ist: Die Überwindung des Kapitalismus kann nicht mehr als Abfolge verschiedener ‚Systeme' gedacht werden."

Bleibt also trotz der von Seattle bis Heiligendamm fortlaufend bestätigten Gemeinsamkeit der Bewegungen und ihrer Linken nur das alte Spiel, die letztendliche Spaltung zwischen „Reformisten" und „Revolutionären", und das heißt dann die mehr oder minder bereitwillige „Systemintegration" der realpolitischen Mehrheit und die mehr oder minder freiwillige (Selbst-)Marginalisierung der radikalen Minderheit, bei zunehmender Ent-Politisierung derjenigen, um die es eigentlich geht – der Leute selbst? Bleibt, aus der radikalen Perspektive gesprochen, also wieder nur das Vertrauen auf die spontane und autonome Massenaktion, zeitgemäß in Holloway'schen Phrasen von „Anti-Macht" verpackt? Oder zielt die den Bewegungen im Grunde heute schon gestellte Probe auf eine politische Erfindung, die nur als gemeinsame gelingen kann, d.h. in fort-

gesetzter, wenn auch nicht widerspruchsfreier Kollaboration, man kann auch sagen: Komplizenschaft von Moderaten und Radikalen? Eine solche Erfindung bestünde in ihrem Kern in einer Neubestimmung des Unterschieds von moderater und radikaler Linken, der dann nicht mehr im Sieg der einen oder der anderen Seite aufzuheben, sondern absichtlich und *von beiden Seiten her* auf Dauer zu stellen wäre, um derart zur Sache einer strukturellen und darin bitter ernsten, wenn auch nur mit Ironie auszutragenden Arbeitsteilung zu werden.

... Und los: Phase zwei der Globalisierungskritik

Keinesfalls zufällig kommt im Problem einer solchen Erfindung der Partei eine entscheidende Rolle zu. Dies allerdings nur so, dass deren genauer Charakter zureichend erstens nur von allen Beteiligten auszuhandeln wäre und zweitens darin bestünde, dass ihr eben nicht *die* entscheidende Rolle zufällt. Keinesfalls zufällig lässt sich diese scheinbare Paradoxie (der Partei und damit dem Staat fällt und fällt nicht die entscheidende Rolle zu) wiederum in der Perspektive der Globalen Sozialen Rechte erläutern. Solche Rechte wird es nur dann geben, wenn sie im autonom organisierten Kampf gegen den Staat oder jedenfalls staatsfern erstritten werden. Mehr noch: solche Rechte wird es überhaupt nur geben, wenn die Leute, um die es geht, sich diese Rechte selbst nehmen. Paradigmatisches Beispiel ist hier die autonom organisierte Migration, sofern es ein Recht auf weltweite Freizügigkeit und freie Wahl der Niederlassung de facto nur insoweit gibt, als die Leute von sich aus längst hier (d.h. überall) sind. Und andererseits: Soll der diesem Recht einbeschriebene Anspruch wirklich auf seinen Punkt kommen, wird es auch ein institutionalisiertes, d.h. ein verbrieftes, niedergelegtes und vom Staat garantiertes Recht werden müssen: weil es nur so wirklich *in jedem einzelnen Fall* und zugleich immer auch *für alle* gelten wird.

Wollte man dazu die TeilnehmerInnen der aktuellen Diskussionen um Globale Soziale Rechte befragen, wäre konkret nach ihrem Blick auf die Konstitution des europäischen politischen Raums zu fragen. In der Perspektive der Mehrheit der Beteiligten geht es dabei sicherlich um ein reformistisches Projekt, aus der Perspektive der radikalen Minderheit gesprochen: um den Versuch, in der europäischen Dimension dem transnationalen Kapital den „Klassenkompromiss" abzuringen, der in nationalstaatlichen Grenzen nicht mehr durchzusetzen ist. Zentraler Akteur in dieser Auseinandersetzung wird eine Allianz der neuen Linksparteien sein, in Koalition mit nach dem Modell der amerikanischen Demokraten „modernisierten" Sozialdemokratien und ebenfalls bestenfalls sozialliberal ausgerichteten Grünen – etwa so, wie es sich in Italien, aber auch in Deutschland in ersten Ansätzen abzuzeichnen beginnt.

Wäre ein solches Szenario das Ende der globalisierungskritischen Bündnisfreuden? Nicht unbedingt. Eine solche Wendung könnte nämlich dann gelingen, wenn sich moderate wie radikale Linke theoretisch und praktisch darüber verständigten, dass der Partei und mit ihr im Staat immer nur das möglich ist, was autonom organisierte Kämpfe herauszuschlagen vermögen. Ist die Intensität der Kämpfe hoch, geht da einiges, flacht sie ab, geht nur weniges oder gar nichts. Im Kampf um die Konstitution Europas könnte sich das zum Beispiel in der Definition einer dann europäischen Staatsbürgerschaft niederschlagen, in der Frage, wer warum welchen Anspruch auf sie hat und welche Rechte mit ihr verbunden sein werden. (2)

Kann es hier eine Komplizenschaft zwischen der moderaten und der radikalen Linken geben, müsste es nicht eine solche geben, jenseits steriler Denunziationen „reformistischer" Beschränkung oder „revolutionärer" Staats- und Realitätsferne? Wie wäre auf beiden Seiten das Vertrauen in die Möglichkeit einer solchen Komplizenschaft zu schaffen? Wie wäre ein solcher Austausch zu organisieren und zu institutionalisieren, in welchen Medien, in welchen Formen? Überhaupt: die Form – um sie kreisen die eigentlich wichtigen Fragen, weniger um die Mäßigung oder das Zulangen in den so genannten „inhaltlichen" Punkten. Wie also müsste eine zu solcher Komplizenschaft bereite, ansonsten „bloß reformistische" Partei beschaffen sein, wie ihr Verhältnis zu den Bewegungen und den Kämpfen, und wie umgekehrt deren Verhältnis zur Partei? Wie müsste sich in diesem Verhältnis eine radikale Linke verhalten, die selbst weder Partei noch Bewegung wäre? Das sind die entscheidenden Probleme, und erst in zweiter Linie der Wohl- oder Missklang von Partei- oder gar Koalitionsprogrammen. Schon in der Mobilisierung zu Heiligendamm hat sich gezeigt, dass der „Konsens von Porto Alegre" zur Trennung von Partei und Bewegung bzw. Zivilgesellschaft dazu relativiert werden müsste. Man sieht: die Dinge bleiben kompliziert und sind nur mit Ironie auszutragen. Dabei wurde von der in letzter Instanz entscheidenden Sache noch gar nicht gesprochen, von der Anordnung der Produktivkräfte als dem, was aller Politik vorausliegt und deshalb das eigentliche Politikum darstellt.

Thomas Seibert ist Redakteur von *Fantômas* und lebt in Frankfurt.

Anmerkungen:

1) Vgl. Thomas Seibert, Neue Gemeinplätze. Bewegung, Organisierung und linke Intervention, in: *Fantomas 11*, ders. Connecting Words and Struggles. Wie und wozu man auf der Straße und im Saal „Bündnispolitik" betreibt, in: *ak – analyse & kritik* 518, Juni 2007
Gregor Samsa, Mythos Heiligendamm. Schwärmereien verstellen den Blick auf die Herrausforderungen, in: *ak – analyse & kritik* 518, August 2007
2) Aus diesem Grund stimmten prominente Linksradikale wie Toni Negri oder Etienne Balibar für den von den EU-Regierungen ausgehandelten Verfassungsentwurf: Eine Entscheidung, die in ihrer Logik wegweisend bleibt, obwohl sie in der damaligen Situation und den um sie geführten Kämpfen falsch war. Vgl. Etienne Balibar, Sind wir Bürger Europas?, Hamburg 2003

DAS KAPITAL RESOZIALISIEREN?

GEWERKSCHAFTSKAMPAGNEN BRINGEN KONZERNE IN BEDRÄNGNIS – MANCHMAL.

Trotz allem Gerede über „Responsibility" und soziales Unternehmertum: Konzerne agieren nach dem Prinzip der Profitmaximierung und interessieren sich für die Rechte der Beschäftigten nur soweit wie nötig. Deswegen kämpfen Gewerkschaften und soziale Bewegungen weltweit für die Durchsetzung sozialer Standards und die Anerkennung sozialer Rechte in Betrieben und Konzernen. Traditionelle Konzepte von „Servicegewerkschaft" und Klientelpolitik sind dabei nur begrenzt hilfreich. Organizing- und Druckkampagnen versprechen mehr Erfolg. Anton Kobel, Initiator und einer der Hauptakteure der Schlecker-Kampagne in den 1990er Jahren, plädiert für eine stärkere „Vergesellschaftung" von Gewerkschaftspolitik und für eine Stärkung des gewerkschaftlichen „sozialen Kapitals".

EIN INTERVIEW MIT ANTON KOBEL

Fantômas: *Gewerkschaften sollen gesellschaftlich agieren. Was sind für dich dafür die wichtigsten Ansatzpunkte?*

Anton Kobel: Zuerst muss klar sein, dass eine Gewerkschaft eben „nur" eine Gewerkschaft ist. Das heißt, dass sie nur das typisch Gewerkschaftliche regeln kann, und nicht alles, was in einer Gesellschaft schief läuft. Gewerkschaftliche Probleme und Interessen sind nur ein Teil der gesellschaftlichen Probleme und Interessen. Wenn Schlecker Lohnbetrug macht, dann ist es auch Aufgabe der Gesellschaft und ihrer Organe bis hin zur Staatsanwaltschaft, Schlecker zu zwingen, sich an Gesetze und Tarifverträge zu halten. Das beinhaltet für mich auch der Ausdruck „Resozialisierung des Kapitals", den ich immer wieder benutze. Für mich heißt das, das Kapital wieder in die gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen.

Wie sieht es denn aus mit „der" Gesellschaft – nimmst du eine größere Hinwendung anderer gesellschaftlichen Gruppen hin zu sozialen Fragen wahr?

Ja, schon. Zur Zeit steht *attac* sehr stark für eine Öffnung gegenüber den Gewerkschaften. Vor zehn, 15 Jahren standen dafür Teile der Kirchen. Die haben sich inzwischen zurückgezogen, nicht alle, aber insbesondere in der evangelischen Kirche hat der Neoliberalismus deutliche Spuren hinterlassen. Das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* als zivilgesellschaftliche Organisation macht sich für gewerkschaftliche Themen stark oder *amnesty international*, bei denen der internationale Aspekt eine große Rolle spielt. Es gibt Gruppen wie *Fair Handeln*, die zum Teil wiederum kirchlich verankert und vernetzt sind und sich mit den ökonomischen und sozialen Beziehungen längs der Wertschöpfungsketten befassen. Sie machen zum Thema, unter welchen menschenverachtenden Bedingungen die Produkte hergestellt werden, die dann bei Aldi oder Tchibo billig verramscht werden.

Welche positive oder negative Rolle spielt die Linkspartei in diesem Prozess?

Wenn die Linkspartei für sich nicht den Anspruch hat, dass sie die Partei der Gewerkschaften wird, dann kann sie gewerkschaftliche Forderungen im parlamentarischen Raum und in der Öffentlichkeit mit ihrer Medienwirksamkeit zur Sprache bringen, und das soll sie auch. Für die Gewerkschaften ist die Existenz der Linkspartei von Vorteil, da die Konkurrenz zur SPD und zu den Grünen ja offensichtlich ist und Konkurrenz belebt besonders in diesem Feld das Geschäft.

Auf diesen Prozess bin ich gespannt. Zurück zu dem Aspekt des Heranführens der Unternehmen an soziale Standards. Bei Schlecker ist das gelungen, obwohl es da immer noch und immer wieder jede Menge Sauereien gibt, bei Lidl bisher eher nicht ...

Bei der Lidl-Kampagne ist es schon auch gelungen. Lidl wurde dazu gezwungen, Tarifverträge weitgehend einzuhalten. Mittlerweile werden in den meisten Lidl-Filialen außerdem die Arbeitszeiten der Beschäftigten genau erfasst. Vor dem Beginn der Kampagne gab es noch viele nicht erfasste und deshalb unbezahlte Arbeitsstunden der Beschäftigten. Was noch nicht gelungen ist, aber das scheint mir vorrangig ein Fehler von ver.di zu sein, ist die Zusammenarbeit mit Parteien, Kirchen und anderen möglichen Verbündeten. Meiner Ansicht nach wäre die Behinderung von Betriebsratswahlen durch Lidl, das Nichteinhalten von Gesetzen ein Job für die Bundesanwaltschaft. Wenn man sich die Strafvorschriften im Betriebsverfassungsgesetz anschaut, da haben Staatsanwälte bei Lidl eigentlich ziemlich viel zu tun. Aber wir wissen alle, dass Staatsanwälte in diesem Bereich nicht von selbst eingreifen. Da liegt also eine Verantwortung bei ver.di.

In der Lidl-Kampagne haben wir es mit einer interessanten Situation zu tun. Lidl reagiert sehr empfindsam auf Greenpeace oder auf attac, andererseits beinhart auf Gewerkschaft. Muss ein Konzern auf die „weichen" Themen wesentlich sensibler reagieren, als auf „traditionelle" soziale Themen? Und wenn ja, warum?

Das hat in diesem Fall sicherlich auch mit der Herkunft des Lidl-Chefs, Herrn Schwarz, und mit seinen Managern zu tun, die schlicht und ergreifend von Gewerkschaften nichts halten. Das sind eben keine Demokraten, sondern Vordemokraten. Auf der anderen Seite ist klar, dass sie das Wegbrechen eines Kunden-

kreises kurzfristig viel mehr trifft als die Kritik der Gewerkschaften. Die versuchen sie auszusitzen. Lidl fährt hier die gleiche Strategie wie Walmart: den Gewerkschaften nicht nachzugeben, auf zivilgesellschaftliche Akteure aber gewisse Rücksichten zu nehmen. Umso wichtiger ist es für ver.di, genau diesen Teil der Gesellschaft stärker an den eigenen Aktionen zu beteiligen.

Vielleicht hat es ja auch damit zu tun, dass KonsumentInnenfragen insbesondere Mittelklassen interessieren und deshalb größere Relevanz haben als ArbeiterInnenrechte, auch aus der Sicht des Konzerns. Schließlich kauft auch rot-grün orientierte Klientel bei Lidl und die stehen eben auf fair gehandelte Produkte ...

Klar, die kaufen auch bei Lidl. Zumal über die Konzentrationsprozesse die Discounter oftmals die letzten verbliebenen Einkaufsmöglichkeiten in einer Region oder Stadt sind. Bei mir persönlich ist meine letzte Einkaufsmöglichkeit im Viertel ein Discounter. Deren Vernichtungsfunktion im Wettbewerb des Lebensmitteleinzelhandels hat eben dazu geführt, dass auch Rot-Grün dort einkauft, zumal ja Lidl schon darauf achtet, dass sie nicht nur das ärmere Segment der Gesellschaft bedienen. Die Bedeutung einer gegen Lidl solidarischen rot-grünen Klientel sollten wir nicht unterschätzen. Sie sind oft Meinungsträger und Meinungsbildner in der Gesellschaft, zum Beispiel als LehrerInnen, KommunalpolitikerInnen. Davor haben Schlecker, Lidl und ähnliche Schiss.

Da kommt also die Macht der KonsumentInnen ins Spiel ...

Klar ist jedenfalls: ver.di und Gewerkschaften allgemein müssen verstärkt die Konsumentenmacht einbeziehen. Ich argumentiere schon sehr lange dahin, dass die Produzentenmacht, die ja eher von den Gewerkschaften vertreten wird, mit der Konsumentenmacht verbunden wird und aus dieser Verbindung heraus gemeinsame Forderungen entwickelt werden. Ohne die Einbeziehung der Konsumentenmacht bewegen sich die Handelsunternehmen nur langsam oder gar nicht.

Sind die Gewerkschaften schon wirklich reif für eine solche strategische Umorientierung, für eine solche gesellschaftliche Öffnung?

Bestimmt nicht in Gänze, aber es gibt in jeder Gewerkschaft Lichtblicke, und auf diese Entwicklung setze ich. Wenn man sich beispielsweise die IG Metall in den letzten drei, vier Jahren anschaut, da findet ein gewisses Umdenken statt. Am Beispiel Siemens oder AEG wurden auch Boykottdiskussionen geführt.

Drücken sich diese Veränderungen auch in transnational geführten Kampagnen aus?

Die stecken noch in den Anfängen. Die Gewerkschaften hängen diesen Prozessen immer mindestens zehn Jahre hinterher. Das Lidl-Schwarzbuch war wichtig für die Kampagne im deutschsprachigen Raum. (1) Und das Lidl-Schwarzbuch Europa war der Auftakt für eine Internationalisierung der Lidl-Kampagne. Dass es gelungen ist, den Lidl-Konzern auf dem Weltsozialforum oder auf dem europäischen Sozialforum zum Thema zu machen, zeigt, dass sich da was bewegt. Ver.di nutzt aber seine Möglichkeiten in den internationalen gewerkschaftlichen Verbindungen nicht konsequent genug, um die Kampagne noch stärker zu internationalisieren. Bei den von kirchlichen oder Umweltschutzgruppen getragenen Kampagnen, die auch die Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfungsketten thematisieren, ist diese Internationalisierung wesentlich besser gelungen. Da ist eine stärkere Beteiligung von Gewerkschaften dringend notwendig. Es genügt nicht, eine Tagung zu fairem Handel mitzuorganisieren. Das ist gut, aber es ist eine Feder im Wind.

Nimmst du auf Grund der transnationalen Kampagnen Veränderungen bei den transnational agierenden Konzernen wahr?

Die Konzerne reagieren. Das sieht man an den Sozialstandards, die Konzerne verabschieden, an den Vereinbarungen, die mit Betriebsräten und Gesamtbetriebsräten getroffen werden. Das sind Reaktionen auf internationale Kampagnen. Die Unternehmen wissen, dass sie das moralische Potenzial einer Gesellschaft gegen sich mobilisieren, wenn sie nicht darauf reagieren. Ein historisches Beispiel, an dem Gewerkschaften beteiligt waren: Die IG Metall hat über Daimler in Südafrika zu Zeiten der Apartheid eine enorm wichtige Rolle gespielt, indem sie Druck auf Daimler ausgeübt hat, die Arbeiterrechte in Südafrika anzuerkennen. Das war eine gelungene Ergänzung zu den vor allem von kirchlichen Kreisen getragenen Boykottaufrufen gegen die Apartheid.

Gleichzeitig sind wir damit konfrontiert, dass die Konzerne ihre Kapitalrendite steigern und der Druck auf die Belegschaften immer stärker wird. Warum sollen dann die Unternehmen auf moralischen Druck reagieren?

Die Ausbeutungsrate steigt, ja klar. Der Verteilungs-, der Klassenkampf hat sich verschärft. Aber wenn mehr Gerechtigkeit und wenn mehr Lohn durchgesetzt wird, dann geht es letztlich auch zu Lasten der Profite.

Das heißt, auch wenn es gelungen ist, den moralischen Druck zu erhöhen, ist es noch nicht gelungen, dass sich dies in der Verteilungsfrage konkret niederschlägt.

Zum Teil versuchen Unternehmen in den Produktionsländern, die schlimmsten Übel, die schlimmsten Umweltverseuchungen zu verringern. Aber noch geht es nicht um echte, substanzielle Vereinbarungen. Da liegt noch jede Menge Arbeit vor uns. Dabei helfen vor allem ein Ausbau und eine Koordinierung internationaler Aktivitäten und Kampagnen der alten sozialen Bewegung Gewerkschaft mit den neuen sozialen Bewegungen, NGOs und zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Das Interview führte **Georg Wissmeier**.

Anmerkung:

1) Schwarz-Buch Lidl (Andreas Hamann u. Gudrun Giese), Berlin 2004/2005; Schwarz-Buch Lidl Europa (Andreas Hamann + Rechercheteam), Berlin 2006. Bestellung über www.lidl.verdi.de

DIE LEUTE ORGANISIEREN

ODER WARUM SPD UND CSU DAS FÜRTHER SOZIALFORUM HOFIEREN

Seit das Further Sozialforum (FSF) im April 2007 einen detaillierten Forderungskatalog zur Bekämpfung der Armut in der Stadt verabschiedet hat, sind die etablierten Stadtratsparteien SPD und CSU unter Druck geraten. Die Lokalpresse berichtete umfassend über die Forderungen. Die Stadtverwaltung sah sich gezwungen, ausführlich auf den Forderungskatalog zu antworten. Sowohl SPD- als auch CSU-Fraktion haben das Sozialforum zu Gesprächen eingeladen; der SPD-Oberbürgermeister stellte sich mehrfach der Diskussion. Mittlerweile wurden auch schon mehrere Forderungen vom Stadtrat aufgegriffen und umgesetzt. Über die Hintergründe dieser Entwicklung sprach Fantômas mit AktivistInnen vom Fürther Sozialforum.

EIN GESPRÄCH MIT JOCHEN, ANNA UND STEFAN VOM FÜRTHER SOZIALFORUM

Fantômas: *Stellt euch doch einmal kurz vor.*

Jochen: Ich bin 47 Jahre alt und verheirateter Vater von zwei Kindern. Ich habe 15 Jahre lang als Industriekaufmann gearbeitet, bevor meine Firma 2004 dicht machte. Seit 2005 beziehe ich ALG II. Damals stand ich vor einem Abgrund, bei dem es nur noch um die Tiefe des Falls ging. Früher war ich zwar politisch interessiert, aber nie aktiv. Das bin ich erst seit 2004. Damals habe ich an der Großdemo gegen Hartz IV in Nürnberg teilgenommen. Die Mitarbeit im Sozialforum ist für mich ein Ventil, um mit meiner Wut umgehen zu können. Auf das Sozialforum wurde ich aufmerksam, als Flyer vor der ARGE verteilt wurden und zur Mitarbeit im Sozialforum aufriefen.

Anna: Ich bin 40 Jahre alt und arbeite als Krankenschwester im Klinikum. Ich habe zwei Kinder, 13 und sieben Jahre alt. Seit 17 Jahren bin ich im *Nicaragua-Verein* aktiv. Die Ideen und die Impulse des Weltsozialforums in Porto Alegre haben mich motiviert, auch lokal gegen das neoliberale TINA-Prinzip (There Is No Alternative) aktiv zu werden. Vor allem, weil ich die Folgen der neoliberalen Politik im Gesundheitsbereich unmittelbar vor Augen habe. Die Arbeitsverdichtung nimmt Jahr für Jahr durch Stellenabbau und gleichzeitiger Fallzahlenerhöhung zu. PatientInnen werden mittlerweile immer schneller wieder entlassen. Leider neigen viele KollegInnen jedoch zur Selbstausbeutung und verzichten auf Pausen oder machen unbezahlte Überstunden. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist schon traditionell eher gering. Der neue Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TvÖD), der eine deutliche Verschlechterung darstellt, erschwert meine Arbeit als ver.di-Vertrauensfrau zusätzlich. Ich glaube aber, man kann trotzdem nicht auf eine gewerkschaftliche Organisierung verzichten. Darüber hinaus ist eine eigenständige Organisierung wie im Sozialforum aber absolut notwendig.

Stefan: Ich bin 54 Jahre alt und kann keine Kinder vorweisen. Dafür habe ich eine lange Vergangenheit in der undogmatischen Bewegungslinken. Wichtige Eckpunkte waren für mich der Wackersdorf-Protest und die Anti-NATO-Gruppe. Als Lehrer bin ich auch unmittelbar mit der Verarmung vieler Familien durch die rot-grün-schwarze Hartz-Gesetzgebung konfrontiert. Ich war bereits im Sozialforum Nürnberg aktiv. Nachdem AktivistInnen von *attac* das Fürther Sozialforum ins Leben gerufen hatten, bin ich auch hier eingestiegen, ganz einfach, weil ich in Fürth lebe. An der Sozialforumsbewegung begeisterte mich die Idee einer neuen Form linker Politik, die nicht mehr die Differenzen in den Vordergrund stellt, sondern eine gemeinsame Politik über alle Differenzen hinweg sucht.

Wie erklärt ihr euch das Interesse von SPD und CSU am Fürther Sozialforum?

Stefan: Uns ist es gelungen, öffentlichen Druck aufzubauen. Dabei sind wir immer zweigleisig vorgegangen: Wir haben einerseits öffentlichkeitswirksame Aktionen gemacht. So sind wir bei offiziellen Veranstaltungen der Stadt Fürth zur 1.000-Jahr-Feier unter dem Motto „Wir wollen auch mitfeiern" aufgetreten. Andererseits haben wir unsere inhaltliche Kritik an Hartz IV konkretisiert. Als wir im April diesen Jahres mit 60 Leuten, darunter etwa die Hälfte direkt Betroffene von Hartz IV und ALG II, die Sozialbeiratssitzung des Stadtrates besuchten, war klar, dass die Stadtratsparteien nicht mehr an uns vorbei kamen. Dort haben wir dann unseren Forderungskatalog an die Stadt übergeben.

Anna: Man muss auch sehen, dass sowohl die politische Großwetterlage als auch die konkrete Situation vor Ort günstig für unser Anliegen sind. Angesichts einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft bei steigendem Reichtum funktioniert die Schuldzuweisung an die Armen und Arbeitslosen nicht mehr. Das war aber das Grundverständnis, das hinter der Agenda 2010 und Hartz IV stand. Alle Umfragen in letzter Zeit zeigen, dass diese Interpretation nicht mehr glaubwürdig ist, ganz einfach deswegen, weil die alltägliche Erfahrung dagegen spricht. Das heißt, das Thema Armut wird ernst genommen und kann nicht mehr als eine Sache von ein paar linken Spinnern oder verstaubten Sozialstaatsillusionisten abge-

tan werden. Bis weit in die bürgerliche Mitte hinein ist klar: Hartz IV bedeutet Armut.

Jochen: Das sehe ich auch so. Vor allem beim Thema Kinderarmut sind die großen Volksparteien anfällig. Keine will sich soziale Kälte bei Kindern vorwerfen lassen. Mit unseren Forderungen haben wir vor allem die Stimmung der SPD-Basis getroffen. Dort herrscht eine große Enttäuschung über die Politik unter Schröder vor, die ja von der Basis bis hin zu Selbstverleugnung mitgetragen worden ist. Beck stößt doch bei der Forderung nach Verlängerung von ALG I nicht deshalb auf große Zustimmung, weil er ein so großer charismatischer Vorsitzender ist, sondern deshalb, weil er die Stimmung der Basis trifft. Und die lautet: Schluss mit den Zumutungen. Es ist klar: Wenn die SPD so weiter macht wie bisher, blutet sie noch weiter aus und die Basis wird noch lethargischer.

Ich möchte aber noch auf einen weiteren Punkt hinweisen: Nächstes Frühjahr sind in Bayern Kommunalwahlen und im Herbst Landtagswahlen. Und auch zu den nächsten Bundestagswahlen ist es nicht mehr weit. Und alle haben sie Angst vor dem Erstarken der Linken. Als wir bei der Sozialbeiratssitzung aufgetaucht sind, schrieb ich auf mein Plakat: „Macht nicht auf faul und blind, sonst werden wir blind links wählen". Auf einem anderen stand: „Vergesst uns nicht, Oskar und Gregor freuen sich auf uns". Das macht Eindruck.

Du hattest vorhin auch von günstigen lokalen Faktoren gesprochen.

Stefan: Ja, hier unterscheiden wir uns grundsätzlich von der Situation in Nürnberg. Zum einen ist uns die Presse hier sehr wohlwollend gesonnen. Die Fürther Nachrichten haben eine ganze Seite über unsere Gründung berichtet. Wir haben noch nie Probleme gehabt, unsere Positionen in die Presse zu bringen. Manchmal werden wir von denen selbst zu allen möglichen Themen angefragt. In Nürnberg wäre das unvorstellbar. Und auch die Rolle der Fürther Grünen war für uns hilfreich. Während sie in Nürnberg mit der SPD und der CSU die große Rathauskoalition bilden, sind sie im Fürther Stadtrat die einzige Opposition. Und in Fürth sind sie tatsächlich noch links. Ich weiß nicht, warum die noch in dieser neoliberalen Partei sind. Auf jeden Fall haben sie unseren Forderungskatalog ohne Abstriche in den Stadtrat eingebracht. Auch darüber hat die Presse ausführlich berichtet.

Anna: Du musst auch wissen, dass wir mit unserem Forderungskatalog nicht zum ersten Mal in Fürth politisch präsent sind. Das Sozialforum war ja auch im Wasserbündnis schon sehr aktiv. Dort ist es uns im Bündnis mit den Beschäftigten gelungen, die Privatisierung der Abwasserversorgung zu verhindern. Gegen diese Pläne haben wir ein Bürgerbegehren eingeleitet. Da haben wir wirklich flächendeckend die Bevölkerung informiert. Das war politische Kärrnerarbeit: Stadtteil für Stadtteil, Straße für Straße. Ohne die Beschäftigten hätten wir das nicht geschafft. Wir haben dann viel mehr Unterschriften gesammelt als für ein Bürgerbegehren nötig sind. Schon damals haben wir gemerkt, dass ein Großteil der Bevölkerung dem neoliberalen Unsinn – von wegen Privatisierung bedeutet Effizienzsteigerung und geringere Preise – misstraut. Unsere Argumentation war dagegen: Die Abwasserversorgung ist ein öffentliches Gut. Wenn sie privatisiert wird, ist sie keine öffentliche Dienstleistung mehr, sondern ein Mittel zum Zweck der Profitsteigerung. Dies wird sich negativ auf die Preise, die Leistungen und die Beschäftigten auswirken. Damit sind wir auf offene Ohren gestoßen und die Stadt musste daraufhin die Privatisierungspläne wieder zurückziehen. Die SPD und der Oberbürgermeister Jung haben schon damals erkannt, dass man uns ernst nehmen muss.

„ALS WIR BEI DER SOZIALBEIRATSSITZUNG AUFGETAUCHT SIND, SCHRIEB ICH AUF MEIN PLAKAT: ‚MACHT NICHT AUF FAUL UND BLIND, SONST WERDEN WIR BLIND LINKS WÄHLEN'. DAS MACHT EINDRUCK."

Stefan: ... und dann kommt noch die persönliche Ebene hinzu. Fürth mit seinen 115.000 EinwohnerInnen ist ja politisch wie ein kleines Dorf. Da kennt jeder jeden. Wir hatten das Glück, dass bei uns Leute aktiv waren, die gute Kontakte in die Kirche hatten. Dadurch ist es uns gelungen, die Caritas und die Diakonie ins Sozialforum zu holen. Und auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist seit Anfang an dabei, weil deren Geschäftsführer sich von Anfang an gegen Hartz IV und Ein-Euro-Jobs in der Öffentlichkeit ausgesprochen hat. Sehr aktiv ist der Seniorenrat, aber auch die Vorsitzende des städtischen Elternbeirates. Auch die ALF, die *Antifaschistische Linke Fürth*, ist immer dabei. Ein anderer Aktivist hat viele Kontakte zu direkt Betroffenen, weil er Mitbegründer der *Fürther Tafel* war. Bei uns hat der Vernetzungsgedanke gezündet!

Ist das der Grund, warum bei euch so viele direkt Betroffene aktiv sind?

Jochen: Nur zum Teil. Ich selbst bin ja durch das Verteilen von Flugblättern vor der ARGE auf das Sozialforum aufmerksam geworden. Vor der bereits erwähnten Sozialbeiratssitzung haben wir zwei Wochen lang jeden Tag vor der ARGE Flugblätter verteilt. Und da sind schon einige hängen geblieben oder sind zumindest zu dieser Sitzung gegangen.

Wie kam es dann zu eurem umfangreichen Forderungskatalog?

Stefan: Im Januar haben wir eine Veranstaltung zum Thema „Zwei Jahre Hartz IV" gemacht. Schon im Vorfeld haben wir gesagt: Es reicht nicht, über die Schlechtigkeit dieser Welt zu jammern, sondern wir müssen auf dieser Veranstaltung eine konkrete Perspektive präsentieren. Wir haben deshalb den Forderungskatalog entwickelt und ihn erstmals auf der Veranstaltung vorgestellt. Diese Veranstaltung war mit 70 bis 80 Leuten für unsere Verhältnisse sehr gut besucht. Mit dem Katalog haben wir drei Ziele verfolgt: erstens, eine Öffentlichkeit herstellen. Zweitens wollten wir die betroffenen Leute organisieren, sie von Objekten zu Subjekten der

Politik machen. Und drittens reichte es uns nicht, nur plakative Forderungen wie „Weg mit Hartz IV" aufzustellen, sondern wir wollten konkrete Verbesserungen erreichen. Das verstehe ich auch unter einer guten linken Politik. Im Wunsch nach konkreten Verbesserungen treffen wir uns mit vielen SPD-lern. Im Gegensatz zur SPD ist für uns aber klar, dass die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 in ihrer Gesamtheit falsch sind. Das betonen wir auch immer wieder bei allen Gelegenheiten, etwa bei den Gesprächen mit der Stadt.

Jochen: Für uns Betroffene war dieser Punkt ganz wichtig. Wenn es nur um pauschale Forderungen gegangen wäre, hätten wir nicht so viele Betroffene organisieren können. Wir wussten, dass es beim Besuch der Sozialbeiratssitzung für uns wirklich um etwas ging. Wenn die Stadt für das Mittagessen für Kinder jetzt statt der 1,06 €, die im Regelsatz vorgesehen sind, die Differenz zu den tatsächlichen Kosten ausgleicht, dann ist dies für uns eine spürbare Erleichterung, weil die tatsächlichen Kosten weit über 2 € betragen. Insgesamt geht es dabei um 200.000 €. Auch die Abschaffung der Gebühren für Sozialwohnungsanträge und die Gutscheine für Erstklasskinder helfen uns. Das sind erste Erfolge. Aber es reicht uns nicht. Wir fordern auch Weihnachtsgeld für ALG-II-BezieherInnen, einen Sozialtarif für die Stromversorgung und für den Nahverkehr. Ich glaube, dass das realistische Ziele sind. Die VAG hätte bei einer Sozialtarifsmonatskarte keine Einnahmeverluste, weil sich die Leute eine normale Monatsfahrkarte gar nicht leisten können. Das ist genauso vermittelbar wie, dass man Menschen ohne Stromversorgung aus dem gesellschaftlichen Leben ausschließt. In Fürth gab es immerhin im letzten Jahr 1.600 Stromabschaltungen. Das ist eine enorme Zahl.

Anna: Die konkreten Verbesserungen waren für uns auch symbolisch von großer Bedeutung. Wir wollten zeigen: Wenn man sich organisiert, kann man zumindest im kleinen Maßstab das TINA-Prinzip durchbrechen. So funktioniert doch Politik. Die Krise der neoliberalen Hegemonie, die wir momentan erleben, ist doch nicht der Einsicht von Herrn Beck geschuldet, dass die SPD eine katastrophale Politik gemacht hat, sondern weil es Druck von unten gibt. Es gab eine regelrechte Flucht von Wählern und Mitgliedern, die noch verbliebenen Mitglieder sind weiterhin unter Druck von Arbeitslosenvereinigungen, Sozialverbänden, einigen Gewerkschaften, Sozialforen usw. Das bleibt nicht ohne Wirkung. Beck hat sich geschickt dieser Stimmung angepasst, obwohl er vor einem Jahr noch genau das Gegenteil erzählt hat.

Wie gestaltete sich der Prozess bis zu eurem Forderungskatalog?

Stefan: Nach der Januarveranstaltung haben wir uns hingesetzt und den Forderungskatalog konkretisiert. Wir haben uns gefragt: In welchen Bereichen drückt der Schuh und wo kann die Stadt unmittelbar aktiv werden? Die Leitlinie war dabei, den Betroffenen die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, wie es so schön heißt. Wir haben dann den ALG-II-Regelsatz abgeglichen mit den Stellungnahmen der Sozialverbände. Sehr hilfreich war für uns die Broschüre „Zum Leben zu wenig ..." des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Sie war unsere „Bibel". Dabei sind dann eine Vielzahl von Forderungen in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Kinder und gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe entstanden. Diesen Forderungskatalog haben wir dann im März in einer wieder gut besuchten Veranstaltung verabschiedet. Da die Grünen die Forderungen in den Stadtrat eingebracht haben, musste die Stadtverwaltung darauf reagieren. Die haben ihren ganzen Apparat mobilisiert, um unsere Forderungen zu entkräften. Für uns war es dann richtig viel Arbeit, daraufhin unsere Forderungen begründet zu verteidigen. Ich glaube, das ist uns gelungen.

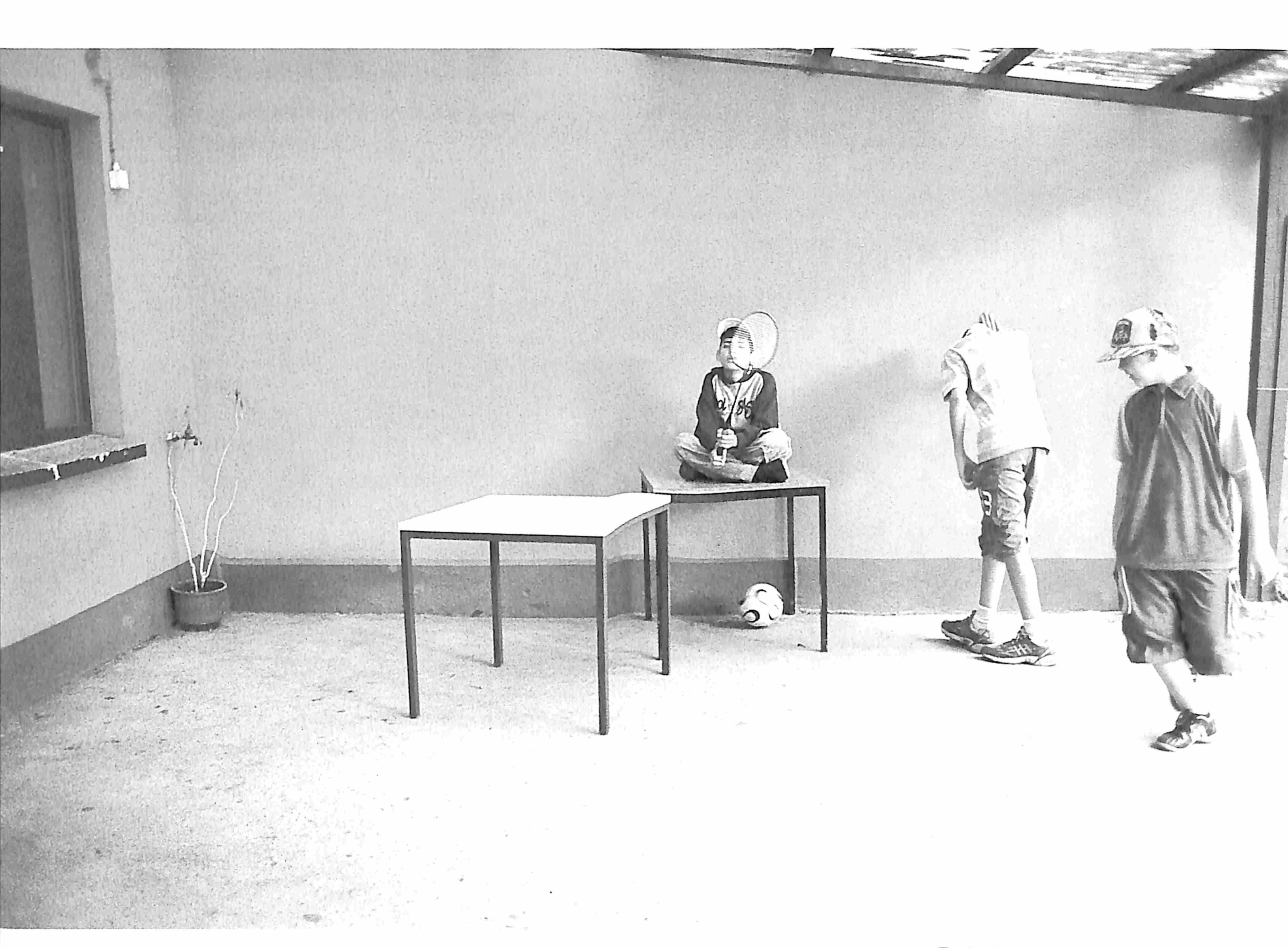
> „ES REICHTE UNS NICHT, NUR PLAKATIVE FORDERUNGEN WIE ‚WEG MIT HARTZ IV' AUFZUSTELLEN, SONDERN WIR WOLLTEN KONKRETE VERBESSERUNGEN."

Die Forderung nach Streichung der Ein-Euro-Jobs findet sich im Katalog nicht. Warum fehlt diese Forderung?

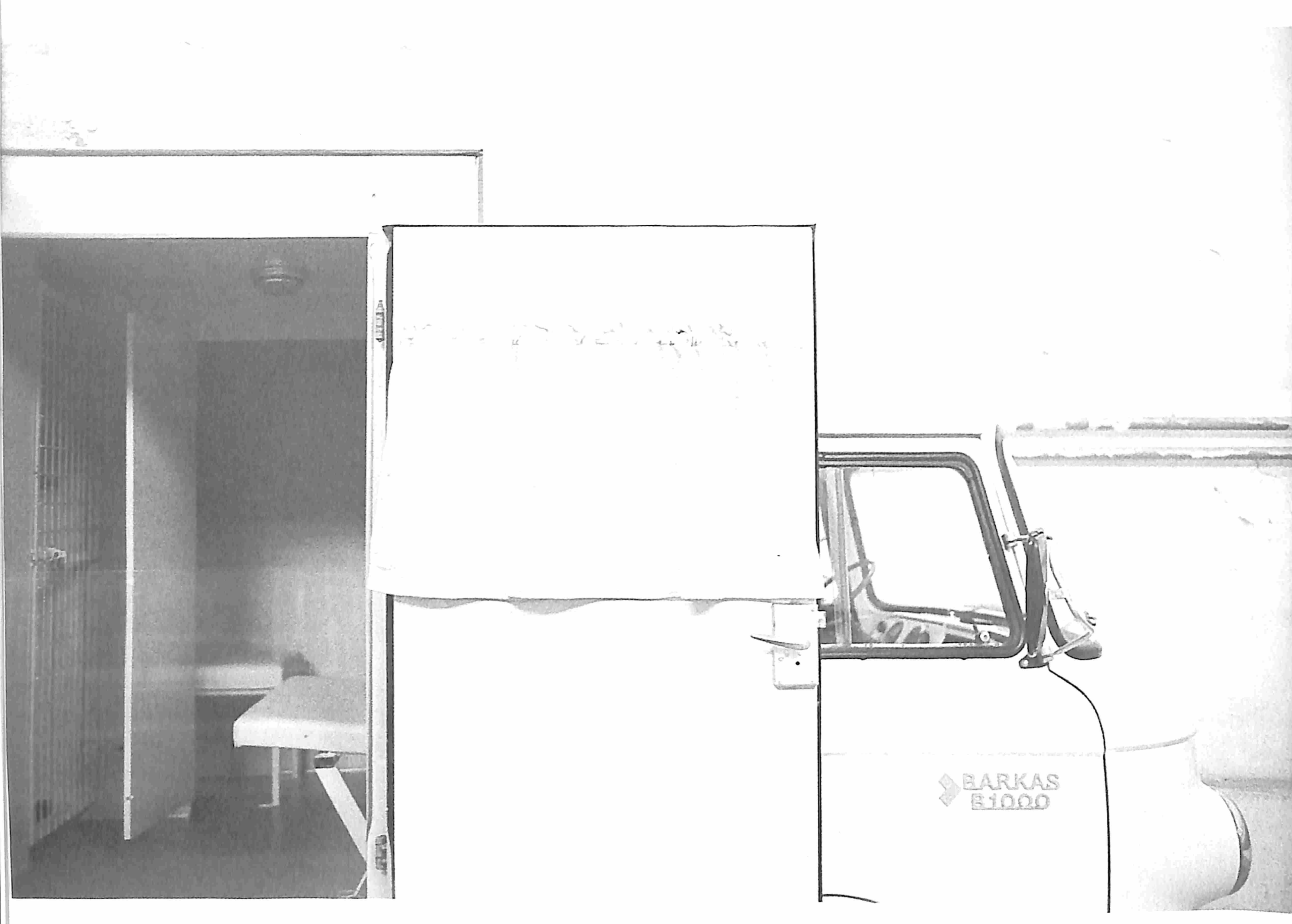
Anna: Das war die Kröte, die wir schlucken mussten. Ursprünglich hatten wir die Forderung drin. Nach der März-Veranstaltung haben aber dann Caritas und die Diakonie signalisiert, dass sie den Forderungskatalog nur unter der Bedingung unterstützen, wenn die Streichung der Ein-Euro-Job-Forderung darin nicht auftaucht. Hintergrund ist, dass Diakonie und Caritas im Gegensatz zur AWO in Fürth selbst Ein-Euro-Jobs anbieten. Dadurch können sie Geld sparen und haben einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der AWO. Andererseits glauben sie tatsächlich, dass sie den Ein-Euro-Beschäftigten damit wirklich helfen.

Jochen: Bei uns gab es dann eine interne kontroverse Diskussion. Was machen wir jetzt? Was ist uns wichtiger: Eine richtige, aber unter den gegebenen Kräfteverhältnissen plakative Forderung aufstellen oder die Unterstützung durch die beiden Verbände sichern, um konkrete Forderungen durchzusetzen, aber auch um einen politischen Prozess offen zu halten. Wir haben uns dann darauf verständigt, diese Forderung zu streichen, werden aber eine sachliche Kontroverse mit Diakonie und Caritas um genau diese Frage führen. Die Forderung selbst ist natürlich nach wie vor richtig.

Das Gespräch wurde von **Moe Hierlmeier** von der Redaktion *Fantômas* moderiert.



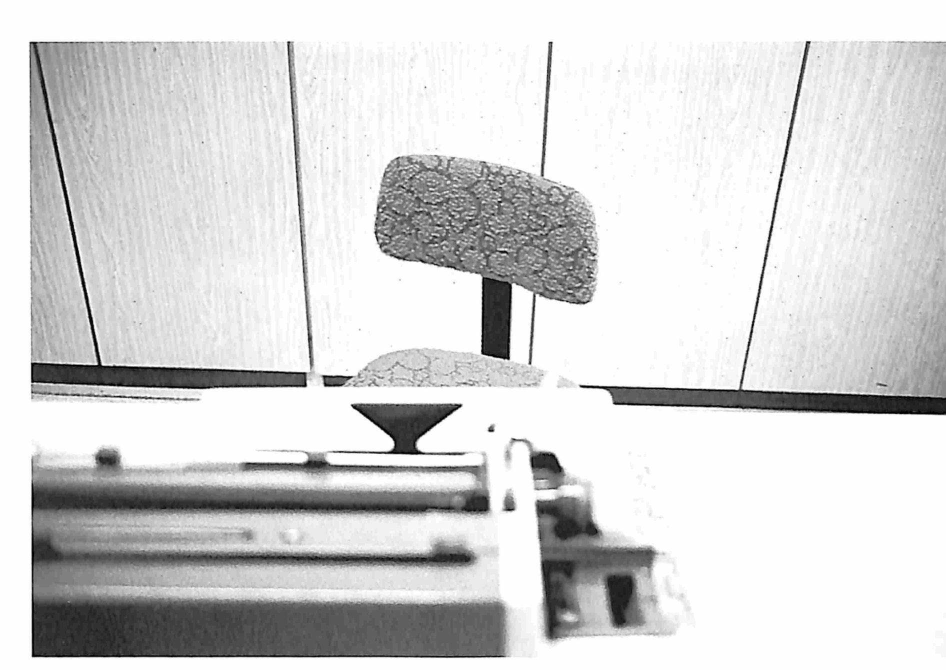
Ferienfreizeit/Brückenthin



Gefangenentransporter



Vernehmungszimmer # 1



Vernehmungszimmer # 2



Vernehmungszimmer # 1



Spielplatz/Rummelsburger Bucht

Bedingungsloses Grundeinkommen

Innenansichten einer Debatte, an der fast jede/r schon mal teilgenommen hat

Obwohl die Argumente für oder gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen seit langem schon ausgetauscht sind, scheint die Debatte keinen Schluss zu finden. Der Grund dafür ist, dass sie, und das spricht nicht gegen sie, nicht zum ersten Mal ihr Milieu gewechselt hat. Grund genug, den aktuellen Stand und subjektive Erfahrungen in kurzen Schlaglichtern und aus der Perspektive eines lange schon Mitreisenden zu protokollieren.

VON WERNER RÄTZ

Die Debatte um die alte linke Forderung eines „Existenzgeldes" hat den Namen und die Akteure gewechselt. Heute geht es um das „bedingungslose Grundeinkommen" (BGE), und die radikale Linke ist dabei nur noch gelegentlich wahrzunehmen. Tagespolitisch dominieren Vorschläge wie die des thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus: 800 € für jedeN ErwachseneN, davon automatisch Abzug von 200 € Kopfpauschale für die gesetzliche Krankenversicherung. Diskursbestimmend ist der Gründer und Geschäftsführer der Drogeriemarkt-Kette dm, Götz Werner. Er hat mit seiner bezahlten Anzeigenkampagne zum Jahresbeginn 2006 das Thema so in die Öffentlichkeit katapultiert, dass es insgesamt einen rasanten Aufschwung erfuhr. Kamen zu meinen Veranstaltungen vorher im Schnitt um die 25 Leute, steigerte sich das damals ganz rasch auf um die 80, heute sind es im Schnitt noch immer deutlich über 50. Auch die Zahl der Anfragen ist stark angestiegen. Veranstalter sind immer häufiger lokale Grundeinkommensinitiativen, aber auch Parteien, *attac*-Gruppen, Kirchengemeinden, gewerkschaftliche Gruppen und Volkshochschulen. In den letzten zwei Jahren war unter meinen Einladungen zum Thema keine von einer linksradikalen Gruppe.

■ Die Veranstalter haben sehr unterschiedliche Gründe, sich mit dem Thema zu beschäftigen. In Parteien und Gewerkschaften geht es meist darum, intern ausgebrochene Debatten weiterzuführen. Bei den Grünen steht auf Bundesebene aktuell eine Entscheidung zwischen zwei Vorschlägen an (einem niedrigen Grundeinkommen und einer verbesserten Grundsicherung). Die SPD hat im Rahmen der Programmdiskussion einige Veranstaltungen zur Sozialpolitik gemacht, wo auch der BGE-Vorschlag eine Rolle spielte. In Stuttgart beispielsweise hatten die anwesenden 150 Personen gar nicht mehr so viel Interesse an den anderen Aspekten sozialer Sicherheit und wollten lieber mehr als die halbe Zeit über das bge diskutieren. Bei der Bundestagsfraktion der Linkspartei fasste Oskar Lafontaine seine Bewertung der kontroversen Debatte so zusammen: Da Werner Rätz erklärt habe, der Vorschlag ziele auf eine Gesellschaft, die aus freier Übereinstimmung der in ihr Lebenden entstehe, sei das ja offensichtlich unrealistisch. Dafür werde es niemals einen Konsens geben. Mehrere Einladungen von Frauen aus der IG Metall (zu einer Hauptamtlichenschulung, zum Vortrag anlässlich des 8. März, zur Bundesfrauenkonferenz) brachten alle das gleiche Ergebnis: Die Frauen sahen genau die Brisanz, die darin liegen würde, wenn alle Frauen selbstständig materiell abgesichert wären. Deshalb waren sie nicht alle für ein BGE, aber die scheinbar einheitliche Ablehnungsfront, die man sonst auf hoher gewerkschaftlicher Ebene erfährt, gab es dort überhaupt nicht.

■ Praktisch alle Veranstaltungen haben eines von zwei höchst widersprüchlichen, sich ausschließenden Profilen. Wenn außer BefürworterInnen wie mir noch harte Gegner (unter denen noch nie eine Frau war!) eingeladen werden, redet man über Kapitalismus, Mehrwert, Lohnsubvention, Gewerkschaft, Vollbeschäftigung, Sozialversicherungen, Sinnstiftung durch Arbeit und kann schon zu Beginn fast sicher erkennen, welcher Teil des Publikums wo steht. Auch die jeweiligen Referate von Ralf Krämer, Daniel Kreutz, Rainer Roth oder Michael Schlecht kenne ich und könnte sie selbst halten. Die Debatte ist fast ritualisiert, ein Schaukampf, in dem der Pro-Grundeinkommens-Position unterstellt wird, sie sei einheitlich von Dieter Althaus und Götz Werner geprägt, „der davon lebt, dass unseren konkreten Argumentationen nicht zugehört wird". Muss mein Gegenüber dann doch einräumen, dass ich sehr wohl eine linke Position vertrete, heißt der Standardsatz: „Ja, der Werner Rätz meint das ja nicht so, aber der Althaus." Es gibt erfreuliche Ausnahmen, Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung z.B., der völlig zu Recht auf die Schwierigkeit hinweist, dass unter gegebenen Kräfteverhältnissen die schnelle Einführung eines BGE lediglich zu einem Althausmodell führen könne.

■ Völlig anders sind die Anlässe, wo Menschen sich einfach mal über einen innovativen Vorschlag informieren wollen, selbst wenn es ursprünglich gar nicht um das BGE geht. So habe ich bei anderen sozialpolitischen Themen häufig schon darauf verwiesen, dass es doch eigentlich

gar nicht so schön sei in der Erwerbsarbeit, dass es gute Gründe gäbe, einen großen Teil der Jobs abzuschaffen und dass, wenn wir denn nur die materielle Seite regeln könnten, es doch viele Gründe gäbe, Rationalisierungen für gut zu halten, die Beine hochzulegen und was Schönes draus zu machen. Man konnte regelmäßig die Faszination dieses Gedankens auf den Gesichtern sehen. Meist dauert das nur einige Sekunden, aber erst mal ist das da. Und so ist das nach wie vor bei fast allen Veranstaltungen: Der Vorschlag löst eine ganz große Kreativität aus, in den Pausen, nach dem Ende stehen überall Leute zusammen und reden miteinander darüber, was für sie eine solche Absicherung für Perspektiven und Möglichkeiten eröffnen würde. Fast nie kommt man einfach so aus dem Saal wieder raus, immer sind da Leute, die weiter reden wollen, nach Material fragen, selber Modelle entworfen oder Berechnungen angestellt haben, die sie mir zeigen wollen. Nicht wenige haben lange Papiere oder Broschüren geschrieben.

■ Ja, und natürlich gibt es regelmäßig die Debatte um Götz Werner. Er steht dafür, ein hohes Grundeinkommen einzuführen, das aus einer allmählichen Umstellung des Steuersystems auf Umsatzsteuern finanziert werden soll. Dafür sollen alle direkten Steuern abgeschafft werden, sowohl auf Einkommen wie auf Gewinne. Häufig glauben die Diskutanten, ihn bedingungslos angreifen oder ebenso verteidigen zu müssen. Dabei kommt es nicht allen darauf an, was er tatsächlich vertritt. Tatsächlich ist das höchst ambivalent. Wir kennen aus der steuerpolitischen Debatte das Argument, dass die Mehrwertsteuer niedrige Einkommen verhältnismäßig höher belastet als hohe. Aber das kann man natürlich mit eventuell sogar sehr stark gestaffelten Sätzen für unterschiedliche Warengruppen (etwa gar keine Steuer für Grundnahrungsmittel und 1000% für Luxusjachten) bearbeiten, und genau das schlägt Werners Institut auch vor. Man könnte solche Steuern auch an anderen Kriterien als den Preisen orientieren, etwa am Energieverbrauch der Waren und Dienstleistungen, dann hätte man gleichzeitig eine entsprechende Steuerungswirkung. Das hilft allerdings alles nicht gegen die krassen Vermögensunterschiede. Die würden mit einer Umsatzsteuer nicht angetastet werden können. Werner sagt, müssen sie auch nicht, nur in den Käufen habe ich was von dem Geld. Aber auch wenn man ihm da widerspricht (und das tue ich deutlich), bleibt richtig, dass sich alle Einkommen außer demjenigen aus unselbstständiger Arbeit vor der direkten Steuer verstecken können und es auch tun. In den Verkäufen und Käufen allerdings, da müssen sie auftauchen. Eine Umsatzsteuer also als Moment der Steuergerechtigkeit? Sonderbarer Gedanke.

■ Götz Werner selbst ist gar nicht auf die Einzelheiten eines „Modells" fixiert. In seinem jüngsten Buch relativiert er einige frühere Vorschläge, etwa den, dass ein BGE „lohnsubstitutiv" gewährt werden solle, d.h. vom Lohn abgezogen wird. Inzwischen stellt er zwar fest, dass es teilweise die Wirkung haben würde, dass Arbeitskosten für die Unternehmen sinken, aber er macht es nicht mehr zur Bedingung: Es kann ja nun auch nicht überraschen, dass ein Großunternehmer Vorschläge macht, die auch seinen Interessen nützen. Dabei darf man nicht übersehen, dass er in diesem Zusammenhang überhaupt hohe Einkommen vorschlägt. Natürlich kommt dem Einzelhändler entgegen, wenn die Leute viel Geld in der Tasche haben, aber es gibt da auch eine persönliche Note, die weit über das Umsatzinteresse hinausgeht. Wenn er etwa mit der notorischen Frage konfrontiert wird, wer denn bei einem BGE noch all die hässlichen, schmutzigen, unangenehmen Arbeiten machen soll, die Leute heute nur aus wirtschaftlicher Not machen, dann kann man an seiner Gestik spüren, wie ihn das schon fast körperlich nervt: „Dann muss man die eben anständig bezahlen!" Und auch wenn er die Praxis bei der Gewährung von Arbeitslosengeld II als „fast schon eine Form des offenen Strafvollzugs" kritisiert, ist dem nichts hinzuzufügen.

■ Die Bedeutung der Höhe eines BGE wird in der Grundeinkommensbewegung denn auch von ganz anderen völlig unterschätzt. Das internationale *Basic Income Earth Network* (BIEN) z.B. zählt sie nicht zu den notwendigen Kriterien. Anders als das deutsche *Netzwerk Grundeinkommen*, bei dem „existenzsichernd" eine Voraussetzung ist, um von einem bedingungslosen Grundeinkommen zu reden, gelten bei BIEN nur die Kriterien seiner individuellen Gewährung ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung. Manche wären schon zufrieden, wenn man überhaupt erst mal mit einer ganz niedrigen Summe anfangen könnte. Das wirft nicht nur die Frage auf, wie denn fortgesetzte Erhöhungen durchgesetzt wer-

■ Gemeinsam mit Andreas Exner und Birgit Zenker hat *Fantômas*-Autor Werner Rätz gerade ein Buch zum Thema herausgebracht. Die HerausgeberInnen verschieben den Akzent der Debatte von einer im engeren Sinn sozial- oder gar armutspolitischen Problematik auf die Frage nach Vorstellungen einer anderen Gesellschaft: auf die Frage nach „einer Gesellschaft, in der wir leben wollen." Ausgangspunkt ist dabei die effektive Unmöglichkeit einer wiederhergestellten Vollerwerbsgesellschaft – und der subjektive Unwille, einer solchen angehören zu müssen. Interessant ist daran aber auch, dass eine solche Verschiebung der Debatte – wie näher in Werners Artikel dargestellt – nicht mehr nur eine linke oder linksradikale Sache ist: mit all den neuen Problemen, die das aufwirft.

Andreas Exner, Werner Rätz, Birgit Zenker:
Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit.
Deuticke im Zsolnay Verlag, 288 Seiten, 21,50 Euro

den sollten, sondern nimmt dem BGE auch den für seine emanzipatorische Qualität entscheidenden Effekt, dass seine BezieherInnen gegenüber allen materiellen Anhängigkeiten, seien sie von Arbeitgeber oder Familienversorger, nein sagen können. Dennoch haben auch neoliberale Verarmungsprogramme wie das von Althaus (die staatlichen Sozialetats würden etwa 50 Mrd. € damit sparen) ihre Anhänger, gerade unter Hartz-IV-EmpfängerInnen. Für sie steht im Vordergrund, dass sie damit endlich die entwürdigende Situation bei der Arbeitsagentur hinter sich lassen könnten. Mit etwas weniger Geld könne man sich abfinden, mit der Entwürdigung nicht.

■ Was also ist überhaupt ein bedingungsloses Grundeinkommen? Trotz der genannten Kriterien ist das nämlich gar nicht mehr so klar, wenn man genauer hinschaut. Soll es vornehmlich Armut mindern? Das wäre für größere Bedarfsgemeinschaften schon bei Althaus erreicht, weil sich z.B. eine Familie mit zwei Kindern bei ihm viel besser stünde als mit ALG II. Soll es Freiheit gegenüber Abhängigkeiten schaffen? Wo fängt die dann an? Und darf man dafür in Kauf nehmen, dass es eine gesellschaftliche Lohnsubvention für die Unternehmen ist? Bestehen gewerkschaftliche Vorbehalte gegen ein BGE auch in seinen emanzipatorischen Varianten vielleicht deshalb, weil materiell gut abgesicherte Beschäftigte, die jederzeit auch kündigen könnten, damit über eine große individuelle Verhandlungsmacht gegenüber dem Arbeitgeber verfügen und nicht mehr unbedingt Gewerkschaften brauchen?

■ Aber wäre nicht genau das die Chance, die den Gewerkschaften in der Gesellschaft endlich eine andere Rolle eröffnen würde als die, die ihnen aus der wirtschaftlich und rechtlich erzwungenen Teilhabe an der kapitalistischen Lohnarbeit erwächst? Dann könnten und müssten Gewerkschaften aufhören, Mitverwalter der Arbeitsgesellschaft zu sein, weil sie dazu nicht mehr gebraucht würden. Zugleich müsste eine solche Gesellschaft neue, andere Vergesellschaftungsmechanismen erfinden. Und dazu würde auch die Diskussion darüber gehören, was denn eigentlich die notwendigen Dinge wären, die Dinge also, wie Martin Dieckmann als einer der wenigen gewerkschaftlichen Befürworter eines BGE sagt, die tatsächlich unsere Not wenden würden. Eine permanente Debatte über das zu organisieren, was wirklich zu einem guten Leben für alle gehört und wie wir es herstellen können, wäre tatsächlich eine zukunftsträchtige Aufgabe für eine erneuerte Gewerkschaft.

■ Beschränkt sich das BGE schon hier längst nicht mehr auf eine armuts- oder beschäftigungspolitische Maßnahme, sondern zielt auf Gesellschaftlichkeit als Ganzes, führt seine Logik darüber noch hinaus auf einen globalen Rechtsanspruch auf ein solches Grundeinkommen. Die VertreterInnen dieser Position sind in der realen Bewegung und Debatte völlige ExotInnen. Grundeinkommen global, als Teil Globaler Sozialer Rechte? Absurd! Und doch, im Süden, vor allem im südlichen Afrika, wird das genau so diskutiert. Und wer sich auch nur einen Moment lang vorstellen mag, wie in der BRD oder von mir aus in der EU ein existenzsicherndes BGE eingeführt würde, sieht sofort das Problem: Wer soll es bekommen? Alle StaatsbürgerInnen, alle die hier leben, wie lange schon hier leben? Und wie hoch müsste man die Mauern zur Abwehr der Elendsflüchtlinge noch ziehen, wenn man am Elend der Welt draußen, da wo es kein BGE gibt, nichts ändert. Extrem wenige Stimmen sagen es so klar wie Corinna Milborn: „Grundeinkommen lokal oder regional zu denken, ist daher unrealistisch. Wer das tut, übersieht den großen Haken Migration."

Werner Rätz lebt in Bonn, engagiert sich bei der *attac* AG *Genug für alle* und in zahlreichen Artikeln und Büchern für ein bedingungsloses Grundeinkommen und kommt auch gerne zu Veranstaltungen.

DAS PROJEKT KIRCHNER

ZUR TRANSFORMATION VON SOZIALEN BEWEGUNGEN IM „POST-NEOLIBERALEN“ ARGENTINIEN

Während der Krise 2001/2002 explodierte der soziale Protest in Argentinien. Straßensperren der Piquetero-Bewegungen blockierten den Verkehr, nahezu ein Drittel der Bevölkerung von Buenos Aires war auf der Straße. In Stadtteilversammlungen, besetzten Fabriken, Tauschringen und Suppenküchen wurden kollektive Antworten auf Verarmung und Ausschluss gesucht. Binnen weniger Wochen flohen vier Präsidenten aus dem Amt, das Land galt als unregierbar. Seit 2003 organisiert die Regierung Néstor Kirchners die „Rückkehr zur kapitalistischen Normalität“. Der folgende Beitrag spürt den Zweideutigkeiten ihres Projekts nach.

VON ANNE TITTOR

Ohne jeden Zweifel haben die sozialen Bewegungen – die *Piqueteros*, die besetzten Betriebe, die diversen Selbsthilfeprojekte – die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschieben können. (1) Tief sitzt beim Establishment die Angst vor erneuter „Unregierbarkeit“. Die seit 2003 amtierende Regierung Néstor Kirchners vollzog deshalb in einigen Bereichen tatsächlich einen Bruch mit der Politik der 1980er und v.a. der 1990er Jahre und agitiert ansonsten rhetorisch scharf gegen den Neoliberalismus. Dabei geht es ihr in der Sache eher um die soziale Abfederung fortgesetzt neoliberaler Politik im Interesse der Kapitalverwertung und der bürgerlichen Ordnung. Allerdings gelang es ihr, die Mehrheit der sozialen Bewegungen in ihr Projekt einzubinden und diejenigen zu marginalisieren, die weitergehende Veränderungen wollten. Geblieben sind eine Vielzahl von kleinen Projekten und Kooperativen, die ökonomisch ums Überleben kämpfen und oft von staatlichen Mitteln und Wohlwollen abhängig sind.

Nimmt man die effektive Kräfteverschiebung und die Einbindung wie die Marginalisierung der Bewegungen zusammen, kann die Politik Kirchners zumindest provisorisch als „post-neoliberal“ bezeichnet werden. Um ihren widersprüchlichen Charakter und die beschworene „Rückkehr zu einem normalen Land“ nachvollziehen zu können, bedarf es eines kurzen Rückblicks auf den Einzug und die hegemoniale Durchsetzung des Neoliberalismus in Argentinien und die darauf folgende soziale und politische Krise.

DAS NEOLIBERALE JAHRZEHNT UND DIE KRISE 2001

Die Durchsetzung des Neoliberalismus in Argentinien war das Werk der seit 1989 amtierenden Regierung des Peronisten Carlos Menem. (2) Durch eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung und einen aus Privatisierungserlösen in Höhe von 28 Milliarden US-Dollar finanzierten Rückgang der Armut gewann die Regierung zunächst einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Gedeckt wurde sie dabei durch den Unternehmerverband und große Teile der Mittelschichten, aber auch durch die unter der vorangegangenen Militärdiktatur geschwächte peronistische Gewerkschaftszentrale CGT und nicht zuletzt durch die traditionelle Bindung gerade der Armen an den Peronismus.

Während Menem sich deren fortgesetzter Unterstützung durch klientelistische Netzwerke der Fürsorge und die Gewährung persönlicher Vorteile versicherte, betrieb er bald ein rigoroses Absenken von Lohnniveau und Arbeitsschutz, sorgte für riesige Entlassungswellen und eine weitere Schwächung der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen. Doch trotz der Entlassung von 400.000 Beschäftigten der Staatsbetriebe, trotz zunehmender sozialer Polarisierung und ökonomischer Turbulenzen errang Menems Partei eine Serie von Wahlsiegen. Wer sich dem „Modernisierungskurs“ entgegensetzte, galt als „melancholicher Vertreter eines Argentiniens der Vergangenheit“. Erst nach einer heftigen Korruptionsaffäre 1999 mussten die peronistische *Partido Justicialista* (PJ) die Regierungsmacht an die Oppositionspartei *Unión Cívica Radical* (UCR) abgeben, die den wirtschaftspolitischen Kurs dann aber beibehielt. Bedeutende Teile der Mittelschicht stiegen in die Armut ab, die EinwohnerInnenzahl der Elendsviertel im Großraum Buenos Aires verzehnfachte sich von 1991 bis zum Jahr 2002 auf etwa 500.000.

Ab Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich fernab von Buenos Aires langsam wieder sozialer Protest. Anders als in den Jahrzehnten zuvor handelte es sich dabei aber nur zum kleinen Teil um klassische Arbeitskämpfe. Vielmehr richteten sich die vor allem in kleineren Städten aufbrechenden und zum Teil über mehrere Tage und militant geführten Auseinandersetzungen vor allem gegen korrupte und ignorante Lokaleliten. Ab 1996 verschafften sich die Erwerbslosen mit den ersten *piquetes* (Straßenblockaden) Gehör und setzten dabei in direkten Verhandlungen Sozialpläne und die Zuteilung von Essenspaketen durch. Mit den Erfolgen verbreitete sich diese Aktionsform und führte in der Folge zu völlig unerwarteten Organisierungsprozessen in den Armenvierteln auch aller größeren Städte. Diese gingen oft aus sich neuerlich politisierenden Selbsthilfenetzwerken hervor.

Als im Dezember 2001 aufgrund des massiven Geldabflusses die Sparkonten eingefroren wurden, griffen die Proteste auf die Mittelschichten über, deren zuvor noch verborgene Armut jetzt offen sichtbar wurde. Es kam zur vorsichtigen Annäherung zwischen den wütenden SparerInnen, den Stadtteilversammlungen und den Piqueteros, schließlich ging ein Drittel der Bevölkerung von Buenos Aires auf die Straße und trieb die Politiker in die Flucht. Der Protest artikulierte sich weit entfernt von institutionalisierter Politik und brachte gegen den gemeinsamen Feind – „das neoliberale Modell" und „die unfähigen Politiker" – ganz unterschiedlich motivierte Leute zusammen. Nicht wenige sprachen von einer „revolutionären Situation".

Die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität

Als der dem politischen Establishment scheinbar fern stehende, doch in den 1990er Jahren zu den Unterstützern Menems zählende Néstor Kirchner 2003 Präsident wird, erreicht er in der argentinischen Bevölkerung rasch eine noch heute anhaltende Unterstützung von 50-70%. Dies resultiert zunächst einmal daraus, dass er „das Chaos beseitigt", Recht und Ordnung wiederhergestellt und den Kapitalismus mit Wachstumsraten um die 8% wieder zum Laufen gebracht hat. In Wirtschafts- und Unternehmerkreisen dafür hoch gelobt, hat er zugleich Obergrenzen der Preise für Strom, Wasser und manche Grundnahrungsmittel eingeführt: eine klassisch peronistische Maßnahme und zugleich ein Bruch mit neoliberalen Tabus, der ihm dreißig Klagen transnationaler Konzerne, aber auch die Unterstützung der Armen wie der nationalen Eliten einbrachte. Zugleich profilierte er sich, in dem er über zwanzig für Folterungen und „Verschwindenlassen" von Oppositionellen verantwortliche Juntaoffiziere und besonders brutale Beamte der Bundespolizei entließ. Als er 2005 schließlich das die Militärs vor Strafverfolgung schützende Amnestiegesetz aufhob und dazu einige konservative Richter des Obersten Gerichtshofs austauschte, näherte sich ihm auch die Menschenrechtsbewegung an und verschaffte ihm damit weitere politische Legitimität. Allerdings missachtete oder entschärfte die Regierung Kritiken von Menschenrechtsgruppen, die sich gegen die meist mit leichtfertigen Schusswaffengebrauch einhergehende Polizeiübergriffe in Armenvierteln richteten. Ging die Repression gegenüber AktivistInnen sozialer Bewegungen zunächst zurück, blieben Tausende von Verfahren dennoch formell anhängig; seit 2004 mehren sich Berichte von AktivistInnen, die von Schlägertrupps in Zivil überfallen wurden oder denen Straftaten wie beispielsweise Ladendiebstähle untergeschoben wurden, um sie vom politischen Engagement abzuhalten.

Dabei zeigte Kirchner nicht nur gegenüber den Müttern der *plaza de mayo*, sondern auch gegenüber den *piqueteros* Dialogbereitschaft, bot um den Preis einer generellen Absage von Straßensperren Sozialpläne und andere Unterstützungen an und vertiefte damit gezielt die Spaltungslinien in der relativ heterogenen Bewegung. Während kooperationsbereite *Piquetero*-Repräsentanten lokale Ämter und Verwaltungstätigkeiten übernahmen und „ihre" Bewegungen Unterstützungszahlungen erhielten, gingen die widerständigen Kräfte tendenziell leer aus. Dabei kam der Regierung zugute, dass viele BewegungsaktivistInnen in den etwa 20.000 Mikrounternehmen in Kooperativenform arbeiten, für deren Produkte – z.B. Kittel und Arbeitsschuhe des Krankenhauspersonals – der Staat einen wichtigen Abnehmer darstellt. Wer dort arbeitet, erscheint nicht in Arbeitslosenstatistiken, arbeitet mit einem „Lohn" von ca. 50 Euro im Monat aber weit unter der Armutsgrenze. Dennoch bieten diese Kooperativen für die Bewegungen eine Möglichkeit, weitere Mitglieder zu werben und ihnen wenigstens als *working poor* einen Lebensunterhalt anzubieten.

Ähnlich prekär geht es in den ca. 180 Betrieben zu, die zwischen 2002-2004 besetzt wurden, um ihre Schließung zu verhindern und Arbeitslosigkeit abzuwenden. Auch hier sind die Belegschaften weit davon entfernt, Errungenschaften formaler Arbeitsbeziehungen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Altersvorsorge einführen zu können. Auch wenn die selbstverwalteten und solidarischen Formen des Arbeitens nicht zu ersetzende Erfahrungen der Möglichkeit einer anderen Organisation der Produktionsverhältnisse eröffnen, bleiben sie von staatlichen Subventionen und Krediten abhängig. Kirchners Strategie in der Unterstützung der Kooperativen und selbstverwalteten Betriebe war offenkundig: Kredite wurden gewährt, weil und solange die Beschäftigten produzieren, statt zu protestieren. Dem entspricht, dass Initiativen zur Enteignung der alten Fabrikbesitzer abgewehrt und langfristige Garantien der Projekte verweigert wurden.

Ähnlich zweideutig verhielt sich die Regierung in der Frage der Privatisierungen, die zwar nicht zurückgenommen, deren Fortsetzung aber deutlich erschwert wurde. Zugleich trat der Staat zur Ankurbelung der Binnenfrage auch im Bauwesen als Auftraggeber auf – allerdings ging es dabei um Wohn- und Büroräume in oberen Preislagen, nicht um sozialen Wohnungsbau. Der größte Coup Kirchners war dann sicherlich die vorzeitige Rückzahlung der Schulden an den IWF und die Abwertung der Staatsanleihen privater Gläubiger. Da Argentinien jetzt von der Verpflichtung zur Erwirtschaftung eines Haushaltsüberschusses von 3% entbunden ist, hat Kirchner mit diesen beiden Maßnahmen den Handlungsspielraum seiner Regierung ebenso unerwartet wie entscheidend erweitern können. Zu erwähnen bleibt schließlich, dass die Arbeitskämpfe im öffentlichen Sektor und in vielen Subunternehmen ohne gewerkschaftliche Vertretung seit 2004 wieder rapide zunehmen und Tarifabschlüsse von 15-25% Lohnsteigerungen keine Selten-

„Während kooperationsbereite Piquetero-Repräsentanten lokale Ämter und Verwaltungstätigkeiten übernahmen und ‚ihre' Bewegungen Unterstützungszahlungen erhielten, gingen die widerständigen Kräfte tendenziell leer aus."

heit sind – wobei damit lediglich das Reallohnniveau zu Beginn der 1990er wiederhergestellt wird.

Reartikulation des Peronismus

Unterstützung und Rückhalt sucht Kirchner innerhalb wie außerhalb der eigenen Partei. Da mittlerweile Mitglieder der peronistischen Gewerkschaft CGT wie der in Oppsition zu ihr entstandenen alternativen Gewerkschaftszentrale CTA Kirchners Flügel zuzurechnen sind, bezieht er sich politisch ausdrücklich auch auf die CTA, der neben Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor allem Prekarisierte, Arbeitslose und Rentner angehören. Doch obwohl sie inzwischen ca. 1 Million Mitglieder zählt (im Vergleich zu 3 Millionen CGT-Mitgliedern), wird sie in Tarifkonflikten noch immer nicht als Verhandlungspartner zugelassen.



„Obwohl seine Regierung in der Folge der Proteste und der Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse die Sozialpolitik stark aufgewertet hat, dienen ihre zu 90% von lokalen peronistischen Parteistrukturen (den sog. punteros) verwalteten Förderprogramme eher der Schwächung des Protests als der Beseitigung von Armut.“

Mit klassisch peronistischen Anrufungsmustern umwirbt Kirchner vor allem in lokalen Wahlkämpfen und an Feiertagen zugleich die weder gewerkschaftlich noch parteiförmig organisierte arme Bevölkerung, aus der sich die *Piqueteros* rekrutieren. Obwohl seine Regierung in der Folge der Proteste und der Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse die Sozialpolitik stark aufgewertet hat, dienen ihre zu 90% von lokalen peronistischen Parteistrukturen (den sog. *punteros*) verwalteten Förderprogramme eher der Schwächung des Protests als der Beseitigung von Armut. Dem entspricht, dass es dabei anders als in der frühen Phase des Peronismus nicht um Verbesserungen der (vor-)städtischen Infrastruktur oder Investitionen v.a. in den Wohnungsbau und das Gesundheitswesen geht, sonderun um die Erfüllung von Zielvorgaben der Weltbank. Immerhin haben *Piquetero*-Organisationen durchgesetzt, dass sie ca. 10% der Fördermittel selbst verwalten.

Kirchners Wahlbündnis *Frente para la Victoria* konnte zwischenzeitlich gleich mehrere Wahlsiege erringen. Obwohl die peronistische Partei nach wie vor in drei Flügel gespalten ist, steht mittlerweile ein Großteil der Mitglieder hinter seinem Projekt.

In den Oktoberwahlen 2007 trat schließlich nicht mehr der Präsident selbst, sondern seine beliebte Frau Cristina Fernández de Kirchner an und gewann im ersten Wahlgang mit knapp 45% der Stimmen. Die bisherige Senatorin steht einerseits für eine Fortführung der Politik ihres Mannes bei stärkerer Betonung sozialen Ausgleichs, erfährt durch ihr Auftreten andererseits aber Zustimmung auch in der Oberschicht und bei den alten peronistischen Eliten. Zugleich zeigen die Kandidaturen von VertreterInnen der *Piquetero*-Bewegungen und der Stadtteilversammlungen auf den Listen von *Frente para la Victoria*, dass es den Kirchners gelungen ist, zumindest Teile der sozialen Bewegungen in institutionelle Politik einzubinden. Freilich kandidierten ebenso viele *Piqueteros* auf den Listen kleiner linker Parteien, während der Wahlkampf andere Teile der Bewegungen schlicht kalt ließ. Allerdings finden sich die Bewegungen der Piqueteros gesellschaftlich heute stark in der Defensive. Zwar laufen ihre lokalen Projekte, ihre Kooperativen und ihre Stadtteilarbeit relativ gut und tragen insgesamt zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder bei. Dabei werden wenigstens im kleinen Rahmen solidarische Formen des Arbeitens und Lebens konsolidiert, die nicht mehr so leicht wegzudenken sind, auch weil viele Projekte gut miteinander vernetzt sind und nach wie vor mehrere Dachverbände von *Piquetero*-Organisationen und besetzten Betrieben existieren. Doch hat ihre öffentliche Sichtbarkeit nachgelassen, Mobilisierungen und Protestaktionen sind seltener geworden, Sozialforen und öffentliche Debatten werden schnell von Splittergruppen dominiert, die die Basis der Bewegungen meist nicht abbilden und für eine alltägliche linke Politik irrelevant sind. Im Gegensatz zu den Jahren 2002 und 2003 bringt die Bevölkerung kaum noch Verständnis für Straßenblockaden auf, wobei die Entsolidarisierung durch die Einführung von Lohnkürzungen bei häufigem Zuspätkommen am Arbeitsplatz auch gezielt vorangetrieben wurde.

Nimmt man alle diese Zweideutigkeiten zusammen, trifft die im Begriff wie in der Sache unbefriedigende Bezeichnung „post-neoliberal" die gegenwärtige Situation in Argentinien eigentlich ganz gut.

Anne Tittor studierte in Marburg Soziologie und ist dort auch in der Gruppe *dissident* aktiv. Zusammen mit Dieter Boris veröffentlichte sie im VSA-Verlag das Buch „Der Fall Argentinien: Krise, soziale Bewegungen und Alternativen".

Anmerkungen:

1) Abgeleitet von piquete = Streikposten. Die 1996 entstandene Bewegung mobilisierte auf ihrem Höhepunkt 2004 bis zu 100.000 Leute und wurde so zu einer der größten und einflussreichsten Erwerbslosenbewegungen der Gegenwart.
2) Der Peronismus ist benannt nach Juan Domingo Perón, der Argentinien 1946-1955 regierte. Der Peronismus als politische Bewegung hatte von Beginn an semi-faschistische, sozialrevolutionäre und sozialdemokratische Flügel, veränderte sich historisch stark und mobilisiert nach wie vor v.a. die ärmere Hälfte der argentinischen Bevölkerung.

DIE TRANSFORMATION CHINAS UND DIE INTELLEKTUELLEN

EINE ÜBERSICHT ZUM DISKURSWANDEL IN CHINA SEIT 1998

Längst ist zur Binsenweisheit geworden, dass die globalen Verhältnisse ohne eine Bestimmung der Rolle Chinas gar nicht verstanden werden können. Der folgende Beitrag wählt dazu eine ganz besondere Perspektive und zeichnet die bei uns kaum bekannten Debatten chinesischer Intellektueller um den Charakter und die weitere Entwicklung des chinesischen „Sonderwegs" nach.

VON NORA SAUSMIKAT

Politisches Handeln muss sich auf ein Wissens- und Diskursreservoir stützen, um Kontinuität oder Wandel rational konzipieren zu können. Dies gilt besonders für Transformationsprozesse, in die das Wissen und die TrägerInnen des Wissens selbst gestaltend eingreifen. Prägnant lässt sich das im Zuge des Umbaus Chinas zu einer offeneren Marktwirtschaft darlegen, in dem sich der Staat nicht einfach despotisch durchsetzen kann, sondern zur Stärkung seiner Kapazität mit den Intellektuellen in einen Diskurs eintreten muss. Wenn hier der Zeitraum ab 1998 untersucht wird, hängt dies vor allem mit der innenpolitischen Wende nach dem Tod Deng Xiaopings zusammen. (1)

Dabei lassen sich nach ihrem Verhältnis zur Staats- und Parteiführung vier Gruppen von Intellektuellen unterscheiden: solche, die mit ihrer Kritik an den Rand gedrängt oder verfolgt werden, solche, deren Vorstellungen über die der offiziellen Parteilinie weit hinausreichen, ohne eine Sprengung des Systems zu beabsichtigen, solche, die moderate Veränderungen im Rahmen der offiziellen Parteiargumentation vorschlagen und schließlich diejenigen, die die vorgenommenen rechtfertigen. Die hier dargestellten Gruppen ordnen sich einerseits entlang klar zu unterscheidender Diskursstrategien, andererseits bilden sie natürlich nur Teildiskurse ab, die allerdings in den Auseinandersetzungen um die politischen Reformen dominante Positionen darstellen. Zusammenhang wie Unterschied dieser vier Gruppen ergibt sich aus einer gemeinsamen, wenn auch verschieden beantworteten Problemstellung: dem Bemühen, sich gegenüber dem politischen System des Nordens zu öffnen, Muster dieses Systems aber nicht ungebrochen zu übernehmen. Dabei stimmen alle Beteiligten überein, ihre allgemeinen politischen Ziele in den Begriffen „Demokratie" und „Freiheit" zu definieren.

DIE POSITION DER RECHTFERTIGUNG

Diskurse über Reformen und Demokratisierung sind in der VR China nicht neu, sondern begleiten die Reformära seit Ende der 1970er Jahre. Doch sind Intellektuelle heute unabhängiger, gesellschaftskritischer und eher bereit, den Staat herauszufordern. Dies hat auch damit zu tun, dass sie nicht mehr vollständig vom Staat abhängig sind, sondern dass alternative Berufs- und Karrierewege zur Verfügung stehen (Gründung relativ unabhängiger Institute, eigener politischer think tanks).

Wenn die erste Position als eine solche der Rechtfertigung bezeichnet werden kann, so deshalb, weil sie die Parteiherrschaft unterstützt und sich auf Reformen im Rahmen der Parteilinie konzentriert. Ziel ist die Schaffung einer „sozialistischen Demokratie chinesischer Prägung", in der zwar die Rolle der Volkskongresse gestärkt, Staat und Partei funktional getrennt und ein Rechtssystem eingeführt werden sollen, die Führungsrolle der Partei aber beibehalten wird. Der von der Partei beschlossenen Hinwendung zu einer „Herrschaft des Rechts" nimmt in diesem Diskursstrang eine zentrale Stellung ein und verbindet ihn gleichzeitig mit allen anderen. Systembedingte Missstände wie Korruption oder Bürokratismus sollen nicht durch Ausweitung und Institutionalisierung öffentlicher Kontrolle und Partizipation gelöst werden, sondern durch striktere Umsetzung der Gesetze sowie verstärkte politisch-ideologische Erziehung und eine strengere Kaderauswahl und -kontrolle. Eine Reform ohne und außerhalb der Partei wird für unmöglich gehalten und ein parlamentarisches System oder eine Mehrparteiendemokratie ausgeschlossen.

DIE POSITION DER KONSTRUKTIVEN KRITIK

Konstruktive Diskurse machen im Rahmen der politischen Möglichkeiten Vorschläge für politische Reformen, die auf eine demokratische Partizipation setzen, ohne die Parteiherrschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. Dieser Diskursstrang ist alles andere als homogen und schließt sowohl populistisch-nationalistische Diskurse zur „Stärkung Chinas" als auch solche eines chinesisch rezipierten Liberalismus ein. Der Unterschied zur Position der Rechtfertigung besteht darin, dass ein Mehrparteiensystem nicht abgelehnt, sondern sogar angestrebt wird – wenn auch unter Führung einer aufgeklärten Elite. Prominente Vertreter dieses Diskurses waren der mittlerweile verstorbene Liberale Li Shenzhi und der sich damals zur „Neuen Linken" zählende Wang Xiaodong.

Li war stellvertretender Präsident des wichtigsten think tanks der Regierung,

ehe er im Frühjahr 2000 mit einigen anderen Intellektuellen in die Kritik geriet. Wang Xiaodong war Mitherausgeber der Zeitschrift *Zhanlüe Yu Guanli* (Strategie und Management) und verfasste zusammen mit Fang Ning das viel diskutierte Buch „Chinas Weg im Schatten der Globalisierung". Wang zeichnet sich durch seine Affirmation westlicher demokratischer Werte bei gleichzeitiger Betonung nationalistischer Selbststärkung aus, bezeichnet dies als Position eines „demokratischen Nationalismus" und nennt die sie tragende Bewegung die „Neue Linke". Zugleich verfügt er über einflussreiche Kontakte in Partei und Streitkräften mit wachsendem Einfluss auf den aktuellen Reformprozess.

Das diskursive battle field zwischen Li und Wang bzw. ihren MitstreiterInnen bildet die Auseinandersetzung um Nationalismus und Liberalismus. Für Li bedeutet Demokratie die Aufhebung des Parteienverbots und der Zensur, Gewaltenteilung und die Einführung eines parlamentarischen Systems. Politische Reformen und Demokratisierung müssten durch Verfassungsänderung und innerhalb der Partei von oben nach unten einsetzen. Ein Mehrparteiensystem lässt sich für ihn durchaus mit der führenden Rolle der KP verbinden: „Wer gibt die Impulse für ein Mehrparteiensystem? Das ist immer noch die Kommunistische Partei. Das Mehrparteiensystem ist auch Inhalt der politischen Reform. Meine Grundüberzeugung ist, dass man Konkurrenz erlauben muss. Die Wirtschaft braucht Konkurrenz, Konkurrenz erzeugt Prosperität (...). Auch die Politik benötigt das. Ohne Konkurrenz gibt es keine Notwendigkeit, Fehler zu berichtigen." (2)

Wang Xiaodong argumentiert zunächst ähnlich. Nach seiner Auffassung mangelt es in China nur an einer kompetenten Führungselite, die eine Demokratisierung durchsetzen könnte. Dabei bezeichnet er die Effektivität der Bürokratie und die Unbestechlichkeit als chinesisches Charakteristikum, Korruption als historische Ausnahme. China könne auf eine längere Geschichte effektiver Beamtenschaft zurückblicken als Europa. Auf der anderen Seite bedrohe die „monetäre Selbstbedienung der Funktionäre" die Effizienz der Regierung: „Fakt ist, dass die Funktionäre in erster Linie unfähig sind. Außer sich Geld in die eigenen Taschen zu stopfen und ihre Vorgesetzten zu erfreuen können sie nichts. (...) Die Beamtenschaft ist absolut unfähig (...). Sie sind einfach dumm." (3)

Im Unterschied zur stärker liberal akzentuierten Position Li Shenzis und seiner Parteigänger verbinden sich in Wangs Auffassungen genuine Demokratiekonzepte mit Ideen eines Neo-Autoritarismus, der sich die Schaffung einer starken Nation, eines starken Staates und die Lösung von Problemen mit Hilfe eines starken Führers erhofft. So sollen durch Wahlen sowie Presse- und Redefreiheit die „Fähigsten" an die Spitze des Staates rücken. Dabei spricht er populäre Themen an, bezeichnet die anderen Intellektuellen als Sprachrohr der Reichen und nennt die KP eine „Kapitalistenpartei". Strategisch setzt er auf eine im Respekt vor der ersten Generation der Revolutionäre restaurierte leninistische Partei: „Wenn die KP die Partei öffnen würde, brächte das für sie nur Vorteile. Andere Parteien müssten zugelassen werden. Dann könnte die KP im Wettbewerb stark bleiben. Macht sie jedoch weiter wie bisher, so wird sie nur weiter geschwächt werden."

„... MANGELT ES IN CHINA NUR AN EINER KOMPETENTEN FÜHRUNGSELITE, DIE EINE DEMOKRATISIERUNG DURCHSETZEN KÖNNTE."

Zugleich ist ihm der Nationalismus Triebkraft der Modernisierung: „Wenn wir erst ein starkes Land sind, gelingt der Aufbau der Demokratie besser. Wir brauchen eine starke Armee, die das Land beschützen kann." (ebd.) Allerdings wirkt der Zusammenhang von Nationalismus und Demokratie auch in umgekehrter Richtung, sofern die Demokratisierung ihrerseits das entscheidende Mittel zur Stärkung der Nation sein soll. Li Shenzi wiederum hält den Nationalismus für „die größte Gefahr des heutigen China" und zieht in Zweifel, ob sich die „Neuen Linken" um Wang überhaupt von den „Alten Linken" unterscheiden. Allein die Ablösung vom Nationalismus schaffe die kritische Masse für einen intellektuellen Umdenkungsprozess, dessen Triebkraft für ihn deshalb auch die ökonomische als Bedingung der politischen Liberalisierung ist. Beide Protagonisten beharren jedoch auf der Führungskraft der Kommunistischen Partei.

POSITIONEN DER SYSTEMTRANSFORMATION

Im Unterschied zugleich zu den von Wang wie den von Li vertretenen Positionen streben andere Diskursakteure auf dem Weg sukzessiver Demokratisierung nach einer letztendlichen Überwindung des jetzigen Systems. Solche Positionen finden sich vor allem in nicht-staatlichen Beratungsgesellschaften und Forschungsinstitutionen wie im think tank „Eine-Welt-und-China-Institut", das sich z.B. für die Ausdehnung allgemeiner und freier Wahlen von der Dorf- auf die Gemeinde- und Kreisebene stark macht. Sie stehen der Partei äußerst kritisch gegenüber, wobei sich ihre Lösungsstrategie für eine Demokratisierung der Gesellschaft aus der Einsicht speist, dem autoritären Staat nicht konfrontativ gegenübertreten zu können.

Zu dieser Diskursgruppe zählen etwa der Philosoph Xu Youyu von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften und der Historiker Qin Hui. Dabei bezeichnet sich Xu als Liberalen, fügt aber hinzu, man könne ihn auch zu den „Neuen Linken" zählen. Für ihn ist Demokratisierung letztlich nur durch Übernahme westlicher Konzepte zu erreichen, nicht durch einen Rückgriff auf chinesische Traditionen. Da soziale Bewegungen, die sich gegen die Regierung richteten, derzeit kein Weg zur Durchsetzung einer tatsächlichen Demokratisierung seien, setzt Xu auf Entwicklungen wie sie in Taiwan, Korea sowie in einigen osteuropäischen Ländern stattfanden. Liberalismus dürfe allerdings nicht zu einer Modernisierungstheorie degradiert werden, sondern müsse gleichermaßen auf soziale Gerechtigkeit und auf das Recht jedes Individuums auf Religions-, Rede- und Meinungsfreiheit sowie die Toleranz Andersdenkender setzen.

Ganz ähnlich argumentiert Qin Hui, der das spezifische Gefüge zwischen Staat und Bürgern und Möglichkeiten der Parti-

zipation etwa durch „Runde Tische" ins Zentrum der Auseinandersetzung um Demokratisierung stellt. Sofern er sich damit aus dem akademischen Milieu heraus in die Nähe von Bürgerbewegungen bewegt, sind seine Positionen politisch bereits ausgesprochen brisant. Dessen ungeachtet schlägt er ein Modell sozialer Gerechtigkeit vor, in dem das Postulat der Partei, „Stabilität und Sicherheit", durch den Hinweis auf die dafür notwendige Freiheit und Organisation von Interessenvertretungen dekonstruiert und die Kraft der Reform im Volk und in unabhängigen Gewerkschaften verortet wird. Ähnlich wie Qin argumentiert Wang Hui, der Herausgeber der Zeitschrift *Dushu* (Lesen), der für die weitere Entwicklung Chinas ein ausdrücklich sozialdemokratisches Modell vorschlägt. (4)

Wer in China politischen Wandel über solche Position hinaus nicht inner-, sondern außerhalb des bestehenden Systems anstrebt, ist entweder verfolgter „Dissident" oder gehört zur Gruppe der „Kaltgestellten", die zwar nicht verhaftet werden, deren Bewegungsfreiheit allerdings eingeschränkt wird. Ihre Protagonisten setzen auf den Aufbau einer repräsentativen Demokratie und die Garantie individueller Freiheiten durch Zulassung privaten Eigentums und orientieren sich an den in der aktuellen europäischen Sozialdemokratie verbreiteten Vorstellungen eines „Dritten Weges".

Programmatisch heißt es bei Liu Junning, ehemals Mitarbeiter der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften: „Voraussetzung ist immer, dass ein Mehrparteiensystem existiert. Dies impliziert auch ein parlamentarisches System und die Akzeptanz der Privatwirtschaft als Kernpunkte." (5) Die Einführung des Privateigentums ist für Liu Voraussetzung für ein demokratisches Bewusstsein, wobei er konsequent zugleich die Frage nach der Existenz spezifisch chinesischer Momente von Demokratisierung verneint.

Perspektiven

Im aktuellen China werden die konstruktiven und die transformatorischen Diskurse hauptsächlich von gesellschaftskritischen Intellektuellen vorgetragen, die allerdings nicht zugleich auch systemkritisch sein müssen. Zwar sehen sich diese Intellektuellen politisch in Verantwortung gegenüber der Gesamtgesellschaft, tragen zugleich aber Positionen vor, die zumindest partiell die Toleranzen, wenn auch noch nicht die Toleranzgrenzen der politisch Herrschenden überschreiten. Der Unterschied besteht darin, dass sich die politische Führung bei Überschreitung der Toleranzen die Option eines Eingriffs in Form von Zensur oder Kritik offen hält und bestimmte Interpretationen wenigstens im Raum stehen lässt, während bei Überschreiten der Toleranzgrenze Sanktionen verhängt werden, die von administrativen bis zu strafrechtlichen Maßnahmen reichen.

> **„Bisweilen wird die eigentliche Kritik in scheinbar systemkonformen Diskursinhalten verpackt und sogar mit Aussagen der Partei oder ihrer Führer argumentiert ..."**

Obwohl dies die Argumentationsfelder einschränkt, stehen mehrere Ausweichstrategien zur Verfügung. Kritische Sachverhalte werden in schriftlichen Abhandlungen entweder nicht auf China selbst bezogen, sondern allgemein gehalten oder am Beispiel anderer Länder diskutiert. Bisweilen wird die eigentliche Kritik in scheinbar systemkonformen Diskursinhalten verpackt und sogar mit Aussagen der Partei oder ihrer Führer argumentiert, um darüber hinausgehende politische Vorschläge zu rechtfertigen. Überdies werden die Diskurse nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in Verhandlungs- und Diskussionsrunden hinter verschlossenen Türen ausgehandelt.

Klar ist allerdings, dass konfrontative Argumentationen zur Ausschaltung der Akteure führen: Wer offen zu einem grundlegenden Systemwechsel aufruft, hat in China wenig Chancen. Von daher erscheinen die informellen Strategien der Intellektuellen des konstruktiven und auch des transformatorischen Diskurses zur Zeit am erfolgversprechendsten für eine leise Reform. Die Mittel dazu sind so vielfältig wie die Diskursinhalte und zeichnen unter den Rahmenbedingungen der aktuellen sozioökonomischen Veränderungen und der Herausbildung eines neuen politischen Raums wenigstens road maps vor, die politischen AktivistInnen in Umbruchzeiten Haltepunkte vorgeben können.

Nora Sausmikat ist Sinologin und arbeitet an den Universitäten Köln und Dortmund.

Anmerkungen:

1) Dieser Artikel ist die stark gekürzte und aktualisierte Fassung einer gemeinsam mit Thomas Heberer durchgeführten und verfassten Untersuchung, die im Januar 2002 in der Zeitschrift *ASIEN* veröffentlicht wurde, vgl. *ASIEN* 82, S. 35-60. Dort finden sich auch ausgedehnte Verweise zu den benutzten Quellen.
2) Interview mit Li Shenzhi im Juni 2000.
3) Interview mit Wang Xiaodong im Juni 2000.
4) Interview mit Wang Hui im Dezember 2000.
5) Interview mit Liu Junning kurz vor seiner Ausreise in die USA im Juni 2000.

Historische Pflaster

Eine visuelle Topografie deutscher Geschichten aus Berlin – zu den Arbeiten des Künstlers Josef Kleine

Petra Gerschner und Michael Backmund

Erinnerung findet immer in der Gegenwart statt. Im Bildteil der aktuellen *Fantômas* stellt der Berliner Fotograf Josef Kleine seine Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte aus einer biografischen Perspektive vor. Den Schwerpunkt bildet seine Fotoserie „Historische Pflaster" aus den Jahren 2005 bis 2006 auf den Seiten 18 bis 21 und 26 bis 29. Alle Arbeiten von Josef Kleine in der *Fantômas* sind Teil seines Buches „Auf Augenhöhe – Geschichten aus Berlin in Bild und Wort 1990–2007" (1), das demnächst erscheint. Es zeigt, was Kleine über 16 Jahre in Berlin fotografiert hat, und weist auf Aspekte des Lebens dieser Stadt und ihrer Geschichte hin, die in der öffentlichen Wahrnehmung Berlins, nur eine marginale Rolle spielen.

„Auf Augenhöhe" spürt in verschiedenen Facetten dem Verhältnis von Utopie und Realität im sich wandelnden Stadtbild der alten und neuen Metropole Berlin nach. Die Aufnahmen aus der Serie „Historische Pflaster" zeigen aktuelle Ansichten von realen Orten unterschiedlicher historischer Ereignisse. Diese „Orte geschehener Geschichten", wie sie Josef Kleine nennt, tragen als Bildtitel Namen von Personen wie John F. Kennedy, Georg von Rauch oder Jesse Owens, die in Verbindung mit den Orten auf konkrete historisch-politische Zusammenhänge verweisen. Mit präzisem Blick fängt Josef Kleine an scheinbar unspektakulären, alltäglichen Plätzen und Wegkreuzungen die Ein- und Überschreibungen der Geschichte im Stadtbild ein. Seine Bilder erzählen Geschichten und Geschichte, sie reaktivieren eine Topografie der Erinnerung und verbinden sie mit der Gegenwart.

Im Buch „Auf Augenhöhe" kommunizieren die Bildserien mit eigenständigen Textbeiträgen, die ebenfalls von Josef Kleine stammen: Sie beleuchten die „Biografien" der fotografierten Orte, informieren über Zusammenhänge und politische Hintergründe historischer Ereignisse und gesellschaftlicher Epochen und sie tun das aus einer radikal subjektiven Sicht des Autors, der damit seine Sicht der Dinge zur Disposition stellt. Seine Aufnahmen aus den Serien „Der Stadtstreicher 1 und 2" (Seiten 42 und 54), „Kreuzberger Musikalische Aktion" (Seite 51) oder die Arbeit „Gedenkstätte Hohenschönhausen" (Seiten 52 und 53) stellen das Kaleidoskop des alltäglichen Lebens vor. Die Selbstporträts „ich+ich+ich" (Seiten 40 und 41) sind performative Inszenierungen identitärer Selbstkonstruktionen. (2)

Anmerkungen:

1) Das Buch „Auf Augenhöhe" erscheint in limitierter Aulage (204 Seiten, 120 Euro) und als DVD (12 Euro, 3 Euro Porto). Beide zu bestellen unter info@josefson.de
2) Eine mikrokosmische Erzählung: #1 Der Traumtänzer: #2 Terrorist des Herzens: #3 Röststoffe sind Aromastoffe: #4 Mit dem Zweifel sieht man besser: #5 Der eingebildete Kranke: #6 Der Josef

Kunstaktion: „Solidarität gegen Repression":

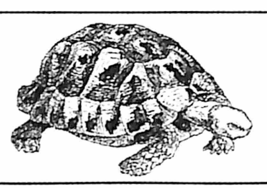
In der letzten Ausgabe der *Fantômas* zum G8-Gipfel in Heiligendamm haben wir das internationale kollektive Kunstprojekt „Holy Damn it – 50.000 Plakate gegen G8" vorgestellt, das wir im Anschluss an das KünstlerInneninterview über „Kunst und Widerständigkeit" im September 2006 (*Fantômas* Nr. 10) gestartet haben: Wie angekündigt, gibt es jetzt die letzten Exemplare der 50.000 kostenlosen Plakate als „Soli-Edition" zur Unterstützung der Betroffenen von Repression und der §129a-Razzien. Für 50 Euro kann man eine der 200 Soli-Editionen mit allen zehn Plakatmotiven bekommen – jeweils handgestempelt mit „solidarity against repression".
Weitere Infos unter www.holy-damn-it.org

Bestellung durch Überweisung von 50 Euro an: Rote Hilfe e.V., Postbank Dortmund, Konto-Nr. 191 100 462, BLZ 440 100 46, Stichwort: „G8-Gipfel-holy", Adresse angeben (zwei Wochen später kommt das Poster-Paket).

Petra Gerschner und **Michael Backmund** leben in München und sind die Bildredaktion von *Fantômas*.

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



- Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Antizyklisch? Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

272 Neoliberalisierung der Hochschule

S.Draheim & **T.Reitz** Die konservative Kritik
L.Hanley Akademische Lehre in den USA: Unterwerfung untern Markt
U.Ruschig Simulierte Warenproduktion - ein akademischer Tanz ums Goldene Kalb
C.Heumann Akkreditierung als Regierungstechnik
A.Demirovic Transformation von Staatlichkeit an den Hochschulen
G.Zimmer Universität in der informationellen Produktionsweise

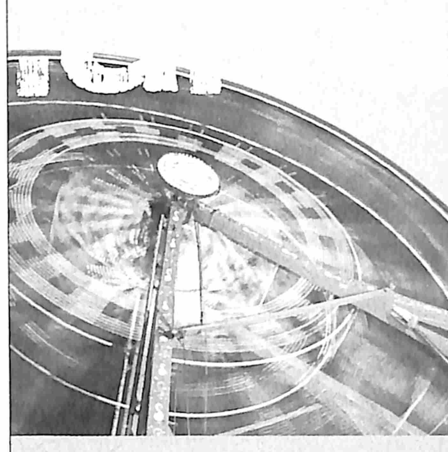
Das *Kapital* lesen - aber wie?
W.F.Haug Die »Neue Kapital-Lektüre« der monetären Werttheorie
G.Quaas Haugs Einführung ins »Kapital«

271 Zu Politik und Theorie einer neuen Linken

I.Solty Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei
F.Haug Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik
W.F.Haug Axiome eines Neuanfangs. Über die philosophische Aktualität von Karl Marx
außerdem: **F.Jameson** Kulturrevolution, **D.Suvin** Im Innern des Walfischs oder Wie leben, wenn der Kommunismus eine Notwendigkeit, aber keine Gegebenheit ist? **L.Wacquant** Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität; **M.Candeias** Das »unmögliche« Prekariat. Antwort auf Wacquant u.a.m.

Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, versand-argument@t-online.de
Tel.: +49-(0)30-6113983, Fax: +49-(0)30-6114270

Redaktion: Das Argument, c/o M.Korbmacher, Stephanweg 24, 48155 Münster, .
Tel.: +49-(0)251-3834462, redaktion@argument.de



arranca! #37 Herbst 07

Rausch und Religion

Glücklich werden
Prozac, Kokain & der Tanz der Sufis

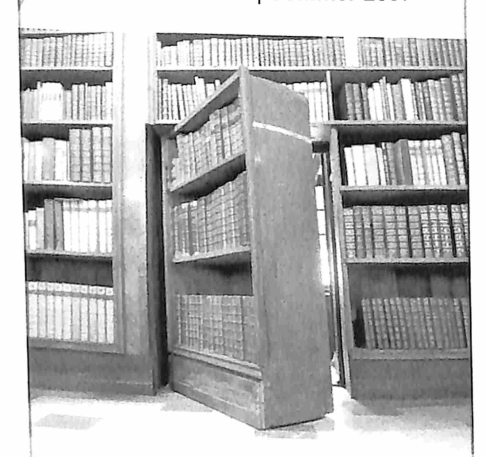
Islamophobie
Öffentliche Standpunkte & Gefährdete Standorte

G8 & Gegenöffentlichkeit
erleben, mitteilen & austauschen

Abo 20 Euro für vier Nummern inkl. Porto **arranca!** erscheint drei- bis viermal im Jahr **Erhältlich** in jedem gut sortierten Buchhandel **Bestellung & Infos** c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
arranca.nadir.org



Nr.76 | Sommer 2007



Verschwörungstheorien - Imaginationen zur Welterklärung

Kostenloses Probeexemplar
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org
web www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3.10 Euro
Abo 15.50 Euro (fünf Ausgaben)

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN



10 mal jährlich
aktuelle Hintergrundberichte und Analysen zu Politik, Gesellschaft und Kultur in und aus
Lateinamerika

Probeabo bestellen
abo@LN-berlin.de // www.lateinamerika-nachrichten.de

graswurzel revolution

LAND IN SICHT!

... ALS SEHHILFE AUF DER ENTDECKUNGS-REISE NACH NEUEN WEGEN UND IDEEN,...

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„...langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgan basisdemokratischer Akteure."
(Wikipedia)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959250 abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74 Fax: 040-401 701 75 E-Mail: fantomas@akweb.de
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73 Internet: www.akweb.de/fantomas

Redaktion: Frauke Banse, Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wissmeier

Bildredaktion: Petra Gerschner, Michael Backmund

Fotos und Bildrechte: Josef Kleine

Coverfotos: Josef Kleine

Technische Erstellung und Gestaltung: Renate Möller, Andrea Schuldt

V.i.S.d.P.: G. Wissmeier, Verlagsanschrift – *Fantômas* erscheint halbjährlich.

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.800

Abonnement: 2 Ausgaben *Fantômas* und 11 Ausgaben *ak* – analyse & kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €. Sozialabo jährlich 37 €. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.
Abo-Bestellungen unter www.akweb.de

Nachdruck von Artikeln nur nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:
Nachdruck aus *Fantômas*, *ak*-magazin für linke debatte und praxis, Nr. xxx, Jahr.

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kt.-Nr. 788 836-202

+++ DANK AN +++ ANDREA SCHULDT +++ ERHARD CROME +++ IB. +++ OLGA MATSCHILSKI +++ KAI EHLERS +++ UNSERE AUTORINNEN UND AUTOREN

